

# ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Die Dividenden steigen bereits wieder

Die deutsche Bourgeoisie hat zwei Weltkriege angezettelt und ist auf dem Weg in den dritten. Zweimal gelang es ihr, die deutsche Arbeiterbewegung, ihre stärkste Gegnerin, politisch zu entwaffnen und vernichtend zu schlagen. In ihrer „Junius“-Broschüre schrieb Rosa Luxemburg 1915: „Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen. Und mit jedem sinkt ein Kämpfer der Zukunft, ein Soldat der Revolution, ein Retter der Menschheit vom Joch des Kapitalismus ins Grab.“

Knapper läßt sich der Klassengegensatz in Kriegs- und Friedenspolitik nicht zusammenfassen. Imperialistische Kriege haben stets auch den einkalkulierten Effekt, Teile der Arbeiterklasse physisch zu vernichten. Das gelang im Ersten Weltkrieg mit seinen rund zehn Millionen Toten bereits in einem bis dahin ungekannten Ausmaß, der Zweite Weltkrieg war noch „gründlicher“. Auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone fand sich 1945 zunächst nur eine Handvoll Überlebender aus KPD und SPD, in den Westzonen gewannen beide Parteien nie zu alter Stärke zurück. Die Nachfolgeparteien des Bürgerblocks, der 1933 den Nazis an die Macht verholfen hatte, regierten in der BRD zunächst unangefochten, erst 1966 wurde die SPD in der ersten großen Koalition am Regierungstisch zugelassen.

Die BRD war von Anfang an ein „postfaschistischer“ Staat, in dem die übelsten Henker in Justizroben und Kriegsverbrecher wieder schalten und walten konnten. Folgerichtig war der Einsatz des Staats- und Justizapparates gegen die Arbeiterparteien – Umarmung für Gewerkschaften und SPD, Verbot und Verfolgung für die KPD 1956.

Die BRD war und ist ein Staat der Revanche, die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges ihre Gründungsidee. Denn die imperialistische deutsche Bourgeoisie erhielt – insbesondere von den USA und von Großbritannien – ihr Eigentum an Produktionsmitteln und ihre politische Macht zurück. Der „Führer“ war weg, die Flick, Krupp, Quandt, Bertelsmann, die Nachfolgekonzerne der I.G. Farben, die

Deutsche Bank, die Allianz usw. blieben. Allerdings sahen sie sich erstmals einer bewaffneten Barriere gegenüber. Die DDR, die Sowjetunion und alle Staaten des Warschauer Vertrages bildeten eine Gruppe von Staaten, in denen niemand an Rüstung verdiente, niemand Interesse an Krieg hatte und vor allem die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wach blieb. Das nannten die Hetzer des Kapitals seit 1990 „verordneten Antifaschismus“, womit gesagt werden sollte: Es gab in der DDR und den anderen sozialistischen Staaten keinen wirklichen Antifaschismus. Denn wer beim Thema Faschismus vom Kapitalismus nicht schweigt, gilt in der BRD nicht als Antifaschist.

Die Propaganda für einen Krieg gegen die Sowjetunion wurde daher in Westdeutschland seit 1945 nie unterbrochen, Revanchisten und Faschisten hatten stets freies Betätigungsfeld. Gegenwärtig fällt die entsprechende Rolle der AfD zu. Ihr Aufstieg besagt vor allem: Eine Partei, die Faschisten salonfähig machen soll, ist wieder einmal nötig. Ihre Existenz und die brutale Rhetorik ihrer führenden Funktionäre gegen Linke, gegen Friedenskräfte und Migranten zeigen an, daß sie als Reserve für Unterdrückung und nationalistische Spaltung benötigt wird. Ihre Politik verwirklichen CDU/CSU und SPD bereits, aber in den Unionsparteien wird offen über eine von der AfD gestützte Minderheitsregierung debattiert.

Noch ist die nicht nötig, weil die amtierende Koalition alles dem Krieg gegen Rußland und China unterordnet. Die Bundesregierung hat ein beispielloses Programm der Aufrüstung und der ideologischen Mobilisierung in Angriff genommen. Die deutsche Arbeiterklasse ist aber anders als bei den früheren Kriegsabenteuern durch Gewerkschaften und SPD gelähmt.

Nun steigen die Dividenden, bevor die Proletarier fallen. Die Situation verlangt, daß weit über die Arbeiterbewegung hinaus die Friedenskräfte aus allen gesellschaftlichen Bereichen zusammenarbeiten, um die nächste von Deutschland vorbereitete Katastrophe zu verhindern. Das wird nur in gemeinsamer Anstrengung mit

Friedenskräften anderer Länder möglich sein und nicht zuletzt durch die militärische Abschreckung, die Länder wie Rußland und China den „Zeitenwende“ und „Kriegstüchtigkeits“-Freunden entgegenzusetzen. Die deutschen imperialistischen Politiker haben noch nicht begriffen, daß ihre Zeit abgelaufen ist. Helfen wir mit, daß sie die neuen Realitäten in der Welt erkennen, bevor es zu spät ist! Unterstützen wir den Friedensaktionstag am 5. Dezember, gedenken wir Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, der Kämpfer für Frieden und Sozialismus, am 10. und 11. Januar in Berlin!

Arnold Schölzel

### Aus dem Inhalt



Vom Krefelder zum Berliner Appell	2
Sie wollen uns in einen Krieg hineinflügen	3
Völkerrecht war gestern	5
Nah am Krieg	6
Deutschland in der Klemme	8
Wirtschaftsmacht im Abstieg	10
Die EU in Abwicklung	11
Ukraine-Konflikt und seine Auswirkungen auf die EU	12
Diplomatie als einziger Ausweg	14
Bekanntnis eines österreichischen Bestsellerautors	16
Warum Deutschland die „Drecksarbeit“ Gaza übernimmt	18
Zahlen des Völkermords in Gaza	20
Im Land der Hochgeschwindigkeit	21
Regierungswechsel in Japan	22
Afrikas Rohstoffe	24
Im Sahel weht ein neuer Wind	25
Der Nichtangriffsvertrag (IV)	26
Zur Kultur der Sowjetunion (2)	28
Zum 100. Geburtstag von Walter Womacka	31
Kunst und Befreiung	34
Peter Hacks: Kreuzzug gegen den Kommunismus	35
Leserbriefe	37

# Friedensruf in größter Sorge

## Vom Krefelder zum Berliner Appell

„Vom Krefelder zum Berliner Appell“ hieß die Veranstaltung am 25. Oktober 2025 im Seidenweberhaus, dem imposanten Theater- und Veranstaltungsbau jener Stadt, von der 1980 der Weckruf für eine gewaltige westdeutsche Friedensbewegung ausging. Mehr als vier Millionen Bürger hatten den Krefelder Appell innerhalb von drei Jahren unterzeichnet. Er forderte die Bundesregierung auf, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Europa zurückzuziehen und „in der NATO künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrennens sein zu wollen“. Denke ich an die künstlerischen Follow-up's, dann erinnere ich mich an die fulminante Abschlußveranstaltung des 2. Forums der Krefelder Initiative im November 1981, als Rolf Becker, Esther Bejarano, Harry Belafonte, Curt Bois, „bots“, Franz-Josef Degenhardt, André Heller, Klaus Hoffmann, Fasia Jansen, Knut Kiesewetter, Udo Lindenberg, Eva Mattes, Erika Pluhar, Dietmar Schönherr, Hanna Schygulla, Dieter Süverkrüp, Hannes Wader sowie andere Solisten und Ensembles in der Dortmunder Westfalenhalle die Dringlichkeit des Appells bekräftigten. Es folgten großartige Manifestationen in Westberlin, Bochum und Hamburg, und die Liste der beteiligten Künstler erweiterte sich um Joan Baez, Maria Farantouri, Hannes Hüscher, Gisela May, Miriam Makeba, Gianna Nannini, Peter Rühmkorf und Konstantin Wecker. Unvergesslich bleiben die Bilder von der gewaltigen Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten mit hunderttausenden Teilnehmern und der bewegenden Rede von Heinrich Böll.

Dieser sehnsuchtsvolle Blick zurück begleitet mich auf dem Weg von Berlin zur Veranstaltung nach Krefeld. 600 Kilometer eine Tour – viel Zeit für Gedankenspiele. Zum Beispiel: Brächte jeder Kilometer nur eine Schar von 2000 Unterzeichnern des Berliner Appells, dann wären das schon mal 1,2 Millionen. Keine schlechte Ausbeute. Ist das falsch gedacht, wo doch so viele Menschen den Aufrüstungskurs der Bundesregierung ablehnen und das für Waffen vergeudete Volksvermögen dringend zur Lösung sozialer Aufgaben und für die Rettung einer im Verfall begriffenen Infrastruktur verwendet sehen möchten? Auch lehnen Umfragen zufolge bis zu zwei Drittel der Jugendlichen die Wiedereinführung des

Zwangs zum Dienst an der Waffe ab. Aber es ist die alte Wahrheit: Damit hoffnungsvolle Meinungsbilder zu Aktionen werden, braucht es Dampf. Das ist die Intention des „Berliner Appells“, der sich in hochexplosiver Zeit für ein Leben in Frieden und Völkerverständigung einsetzt und sich gegen die für 2026 geplante Stationierung atomwaffenfähiger US-Mittelstreckenraketen in Deutschland wendet. Er wurde bisher von 80 000 Menschen unterschrieben, die begriffen haben, daß mit solcher Dislozierung Deutschland unweigerlich zur Zielscheibe in einem von der NATO und vom Pistorius-Quartier herbeigereiteten Krieg geraten muß. Eine Entscheidung, die ohne jegliche öffentliche oder parlamentarische Diskussion getroffen wurde, konträr zu den Sehnsüchten der Menschen. Die politisch-militärische Konfrontation, die seinerzeit zum „Krefelder Appell“ geführt hatte, ist erneut eskaliert. Am Abgrund stehend, erinnern wir uns, wie gefakte Kriegsanklässe gefunden wurden: Im Golf von Tonkin für den Vietnamkrieg, im Märchen von den Massenvernichtungswaffen für den Irakkrieg. Sind es nun die Drohnenmäztchen ziviler Spinner, die zu gewiß doch russischen Akteuren erklärt werden? Sind es die gern mal in Piratenmanier gekaperten Schiffe der „Schattenflotte“? Sind es die dem „Drogenterrorismus“ zugerechneten Fischerboote vor Venezuelas Küste, wo mit martialischem Aufwand offenbar gerade ein neuer Regime-Change vorbereitet wird? Angesichts der versteinerten Phalanx deutscher „Kriegstauglichkeits“-Apologeten und ihres Versuchs, eklatante innenpolitische Malaisen, vor allem die wirtschaftlichen Niedergangsszenarien, durch Milliardenspritzen in die Kriegsindustrie zu kompensieren, ist ein Aufschrei der Zivilbevölkerung überfällig. Der erklang im vollbesetzten Saal des Seidenweberhauses: Nein zu Aufrüstung und Kriegstreiberei! Gegen die Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland! Für ein sicheres Leben in einer friedlichen, solidarischen, auch ökologisch genesenden Welt. Natürlich sind die Schwierigkeiten nicht zu übersehen, mit der die Friedensbewegung heutzutage gegen den seltsam verschworenen Dreibund von bellizistischer Politik, Rüstungslobby und applaudierender Mainstream-Publizistik antreten muß. Ein Meinungskartell, das imstande ist, Künstlern und Journalisten bei Strafe künftiger Medienabwesenheit Abstand von der „putinverstehenden“ Friedensbewegung

anzuraten. Man wird sehen, wie lange sich solcher Bann gegen alle Eingebungen der Vernunft behaupten kann. In der Krefelder Veranstaltung 2025 jedenfalls stieß zu unserer Künstlergruppe wiederum Dieter Hallervorden mit einem klugen Einspieler. Auch Eugen Drevermann, Margot Käßmann und der langjährige UN-Mitarbeiter Michael von der Schulenburg waren mit Videobotschaften präsent. Andrea Horning, die Vorsitzende der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), erhielt langanhaltenden Beifall, als sie den jugendlichen Widerstand gegen die Pläne zur Wiedereinführung der Wehrpflicht inklusive Losverfahren thematisierte. Es war ein ermutigender Tag. Aber der Friedensruf in größter Sorge muss mächtiger werden. Tun wir was dafür!

Hartmut König



Flyer für die Veranstaltung in Krefeld am 25. Oktober

### Die Achtzehner Wahrheit verraten von '89

Ja, des Lebens Feind jubelt dank Volksdummheit.  
Wiederholt im Verrat schon von achtzehn  
Gefruchtet hat wieder Uneinigkeit,  
So daß Teile und Herrsche als Einheit  
Zum Inhalt birgt logisch auch Kriegsgescheh'n.

Die Mehrwertprofitgier privat regiert,  
Beutet aus bis zum Tod hin das Leben.  
Unter die Haut digital bei Geburt placiert,  
Ein Chip, der Gefühl, Intellekt korrigiert:  
Schlicht KI-globalkapitalgegeben.

E.Rasmus

**Sevim Dagdelen**, außenpolitische Sprecherin des BSW, referierte am 7. Oktober auf der Alternativen Einheitsfeier des OKV am 7. Oktober in Berlin.

RF dokumentiert einen Auszug aus ihrer Rede.

## Zur Kriegspolitik der Bundesregierung, dem Verhältnis zu den USA und einer multipolaren Alternative

### Sie wollen uns in einen Krieg hineinlügen

Wir leben in sehr gefährlichen Zeiten. Unser Verteidigungsminister vermag nicht mehr zu sagen, ob wir noch im Frieden oder schon im Krieg sind. Führende Politiker der Regierungskoalition fordern die Ausrufung des Spannungsfalls. Das wäre nichts anderes als der Weg in die Diktatur: Die Grundrechte werden ausgehebelt. Der Spannungsfall gehört zur Vorbereitung eines Kriegseintritts gegen Rußland, denn mit ihm sollen vorbeugend alle Proteste gegen den kommenden Krieg unterdrückt werden. Dieser Kriegseintritt zielt auf die Aussetzung des Grundgesetzes. Und gegen diesen Kriegseintritt gibt es somit ein Widerstandsrecht des gesamten deutschen Volkes.

### Die Geschichte der Kriegslügen

Kriege fangen nicht aus dem Nichts an. Die deutsche Erfahrung ist, daß die Bevölkerung zweimal im letzten Jahrhundert in einen Weltkrieg hineingelogen wurde. Bereits Wilhelm II. ging es darum, den Krieg als Verteidigungskrieg darzustellen. „Es muß denn das Schwert nun entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Darum auf! Zu den Waffen!“, so der Kaiser nach der Kriegserklärung Deutschlands an Rußland am 1. August 1914. In der Folge übernahmen gerade Sozialdemokraten die Formel vom Verteidigungskrieg gegen den russischen Zarismus im ideologischen Nachvollzug der Burgfriedenspolitik. Am 1. September 1939, nachdem deutsche Truppen bereits die Grenzen zu Polen überschritten hatten, hielt der deutsche Reichskanzler vor dem Reichstag seine Rechtfertigungsrede für den deutschen Überfall. Zentrales Argument war, daß Polen den deutschen Einmarsch mit Grenzverletzungen heraufbeschworen habe. Jetzt werde „Bombe mit Bombe“ vergolten. Die angeblichen Grenzverletzungen waren von der SS unter dem Kommandonamen Tannenberg inszeniert worden. Sie betrafen sowohl den fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz als auch die Angriffe auf das Forsthaus in Pitschen, einen kleinen deutschen Grenzzort, sowie einen fingierten Grenzzwischenfall am Zollhaus in Hochlinden. (...)

Kriegslügen aber – und das ist für unsere Zeit sehr wichtig – sind kein Spezifikum des deutschen Kaiserreichs oder auch des Dritten Reiches. Erinnert sei nur an zwei Kriegslügen, mit denen die USA ihre Kriege begründeten: sei es einmal der Tonkin-Zwischenfall, bei dem ein angeblicher vietnamesischer Angriff auf die US-Navy als Begründung für die US-Intervention in Vietnam herhalten mußte – wie sich später herausstellte, alles erstunken und erlogen – oder dann 2003 die Massenvernichtungswaffen Saddams Husseins im Irak, die nie gefunden wurden, aber als Legitimation für den Überfall der sogenannten Koalition der Willigen herhalten mußten. Wir leben in gefährlichen Zeiten – in Zeiten, die weit gefährlicher sind als die Kuba-Krise. Denn es ist kein Kalter Krieg, keine Neuauflage des Kalten Krieges, mit der wir es zu tun haben. Denn es brennt bereits.

### Propaganda, Medien und die NATO-Strategie

In den letzten Wochen gab es zahlreiche Zwischenfälle mit Drohnen, die an Flughäfen und an Militärstandorten in Westeuropa auftauchten. Eine hysterische Presse, getrieben von den Politikern der etablierten Parteien, machte – ohne einen einzigen Beweis dafür zu haben – die Russen verantwortlich. Immer neue Aufrüstungsforderungen tauchten in der Folge auf. Und hier beginnt unsere Aufgabe. Unsere erste und wichtigste Aufgabe ist, uns nicht dumm machen zu lassen von der Kriegspropaganda. (...)

Wir müssen ganz klar diesem Weg in die Diktatur den Kampf ansagen. Sie dürfen mit ihrer Kriegstreiberei nicht durchkommen. (...) Schaut man sich international um, so wird man feststellen, daß das Selbstbild der Bundesregierung als Protagonistin einer wertegeleiteten Außenpolitik nur von sehr wenigen, gerade im globalen Süden, geteilt wird. Deutschland gilt dort als der kranke Mann, der zu jedem Verbrechen fähig scheint. Ein Land, das dabei ist, sowohl seinen Ruf als auch seine Existenz als Industrienation aufs Spiel zu setzen. Die Leute von außen können es nicht fassen, was hier abläuft. Und man muß sagen, wie zutreffend doch diese Wahrnehmung ist.

Denn wäre dieses Land ein Patient, der Fieber hat, und wir würden Fieber messen,

dann würde die Quecksilbersäule wahrscheinlich so um die 41,5 Grad Celsius anzeigen.

Und wenn man nach den Verantwortlichen fragt, dann wird man feststellen müssen, daß die Regierung Merz/Klingbeil binnen kürzester Zeit dafür gesorgt hat, daß der Patient Deutschland auf die Intensivstation verlegt werden mußte.

### Verbrechen, Komplizenschaft und die außenpolitische Glaubwürdigkeit

(...) Wenn man sich in der Welt umhört, dann wird die deutsche Bundesregierung ganz konkret mit dem Völkermord der rechtsextremen Regierung Netanyahu an den Palästinensern in Gaza in Verbindung gebracht. Warum? Wegen der herausragenden Rolle Deutschlands bei der militärischen Unterstützung Israels. Erst jetzt durften wir erfahren, daß Deutschland weiter Waffen an das Land liefert. Im EU-Rat ist Deutschland der größte Unterstützer Israels. Berlin sorgt dafür, daß das Assoziationsabkommen mit Tel Aviv nicht ausgesetzt wird. Berlin ist ein Komplize an den Verbrechen Israels. Und genauso wird es international wahrgenommen: als Komplize eines furchtbaren Verbrechens, eines Völkermords.

Damit aber ist alle Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik endgültig dahin. Keiner wird mehr zuhören, wenn von Demokratie und Menschenrechten die Rede ist. Deutschland wird zum Aussätzigen der Staatengemeinschaft. (...)

### Gerechtigkeit und Frieden auf dem Prüfstand

Drei Lehren gab es aus dem deutschen Faschismus, im Grundgesetz verankert: die Völkerfreundschaft, das Friedensgebot und das Sozialstaatsgebot.

Alle drei – Völkerfreundschaft, Friedensgebot als auch das Sozialstaatsgebot – werden von dieser Bundesregierung in Frage gestellt.

Zur Völkerfreundschaft sei nur unser Außenminister Wadehul zitiert, der meint, Rußland sei immer unser Feind. Ewige Feindschaft – aber das ist die Sprache des Krieges. Das ist die Sprache des Weltkrieges, die unser Außenminister spricht, und das können, das dürfen wir nicht zulassen. In welche Zeiten möchte uns diese

Bundesregierung zurückkatapultieren? An das Friedensgebot des Grundgesetzes scheint man sich gar nicht mehr erinnern zu wollen. Es sind ja nicht nur die Waffenlieferungen für den Völkermord in Gaza. Es sind gerade auch die Waffenlieferungen an die Ukraine. Es ist eine Bundesregierung, die einen Stellvertreterkrieg gegen Rußland führt, eine Bundesregierung, die einen Wirtschaftskrieg führt, der immer mehr Länder betrifft und am Ende das eigene zerstört. Wir aber sagen Ihnen: Kein Krieg ist unser Krieg. Wir wollen keinen Krieg mit Rußland. Wir wollen Frieden mit Rußland.

### **Sozialstaat unter Beschuß**

(...) In dieser Bundesregierung weiß jeder, daß 1,8 Milliarden Euro nicht reichen werden, um die hohen Rüstungskosten für das laufende Jahr in Höhe von 108 Milliarden Euro zu schultern. In der Logik der Kriegsvorbereitung muß die Koalition noch stärker in die Sozialkassen greifen und soziale Leistungen kaputtkürzen. Darüber aber gibt es in diesem Land kaum eine Diskussion – auch weil von Gewerkschaften und Sozialverbänden kaum Kritik an der Hochrüstung Deutschlands zu vernehmen ist. Die DGB-Stellungnahme zum Haushalt will über den Elefanten im Raum nichts sagen. Damit aber bleibt alle Kritik an Sozialkürzungen wohlfeil. Wir wollen aber keinen Rüstungsstaat, wir wollen einen Sozialstaat, der diesen Namen verdient.

Wer aber die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten vorantreibt, der will im Grunde eine andere Republik. Die Ewigkeitsgarantie des Sozialstaatspostulats im Grundgesetz wird im Grunde von der Bundesregierung in diesen Tagen geschleift. Damit wird neben Völkerverständigung und Friedensgebot die wichtigste Lehre aus dem deutschen Faschismus der Geschichte anheimgegeben: soziale Gerechtigkeit, Absicherung und Ausgleich sollten nie wieder zur Disposition stehen. Der Sozialstaat wurde aufgebaut, um Menschen zu schützen – nicht, um für neue Kriege geopfert zu werden. Es ist nicht mehr und nicht weniger als das Ende der Bundesrepublik, so wie wir sie kennen, was hier eingeläutet wird. Boris Pistorius sieht Deutschland bereits auf dem Weg in den Krieg: „Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im kompletten Frieden“, so der Verteidigungsminister, der Deutschland kriegstüchtig machen will.

Soziale Sicherheit würde auf dem Altar des Kriegseintritts gegen Rußland geopfert. Friedens- und Sozialstaatsgebot wären nur noch Erinnerung an längst Vergangenes. Not und Elend diktierten das Tagesgeschehen. Deutschland wäre wieder Kriegsstaat. Und man muß sagen: Einen Vorgesmack, was es heißt, ins Fadenkreuz der Kriegstreiber zu geraten, den haben viele in

Deutschland bereits erfahren müssen. Erfahren haben sie, wie man an den Pranger gestellt wird, weil man für die Einstellung der Waffenlieferungen eintritt, wie versucht wird, auf die Person selbst zu gehen und wie in einer Autokratie alle Hebel genutzt werden, um Kriegskritiker zu diskreditieren(...)

### **Nie wieder Krieg – eine Verpflichtung aus 2+4**

Deutschland ist mit dem „Einigungsvertrag“ völkerrechtliche Verpflichtungen eingegangen, auch um die Nachbarn in Sicherheit zu wiegen, insbesondere gegenüber der Sowjetunion und dem Rechtsnachfolger Rußland, die ihre Truppen bis 1994 abzogen. Drei völkerrechtliche Verpflichtungen wurden eingegangen. Bei allen dreien aber ist man dabei, diese Verpflichtungen zu brechen. Frieden und Freundschaft auch mit Rußland – das war eine der Aufgaben des Einigungsvertrags. Heute diskutiert man einen Kriegseintritt gegen das Land, stationiert deutsche Truppen an der russischen Grenze und droht, der Ukraine Lenk Waffen zu liefern, die Moskau treffen können. Was hat das noch mit dem 2-plus-4-Vertrag zu tun?

Dann hat sich Deutschland verpflichtet, für immer auf Atomwaffen zu verzichten. Der Fraktionsvorsitzende der größeren Partei der Regierungskoalition, Jens Spahn, aber bricht eine Diskussion vom Zaun, wie Deutschland sich Zugriff zu Atomwaffen besorgen könne. Und nicht zuletzt hat sich Deutschland verpflichtet, keine ausländischen Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu stationieren. In Rostock aber richtet man ein NATO-Hauptquartier ein, das nicht so heißen darf. Die Stationierung der ausländischen Soldaten wird als Rotation von Verbindungsoffizieren im Dutzend getarnt. Wer soll diese Ausreden glauben? Nein, das hat alles gar nichts mehr mit dem Einigungsvertrag zu tun.

Nein, Fakt ist: Deutschland bricht mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag. Was aber, wenn sich andere Vertragsparteien reziprok dann auch nicht mehr an ihre Verpflichtungen gebunden fühlen? Diese Frage vermeidet die Bundesregierung, ist sie doch so naheliegend, und doch ist es ein schlimmer Sündenfall, was hier passiert. (...)

### **Vasallenpolitik und die transatlantische Bindung**

Wenn wir uns fragen, was aber in diesen Tagen das Hauptproblem dieses Landes ist, die Urquelle aller schlechten Politik, dann kommen wir nicht umhin anzuerkennen, daß es das Vasallenverhältnis der Bundesregierung zu den USA ist. Denn dieses Vasallenverhältnis hat Folgen. Nehmen wir die Rüstung: In diesen Tagen wurde ein Rekordrüstungshaushalt verabschiedet von Union und SPD – 108 Milliarden Euro für Mordwerkzeuge. Und bald sollen

es, sage und schreibe, 225 Milliarden sein, fast die Hälfte des Bundeshaushalts, 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Oft wird vergessen, daß genau dies die Forderung von US-Präsident Donald Trump und des mächtigsten Militärpakts der Welt, der NATO, war. Und wie die Lemminge folgt unsere Regierung den Vorgaben Trumps. Dann haben die USA gesagt: Ihr braucht mehr Soldaten, wieder wird gesprungen und der Weg zur Wehrpflicht wird eröffnet. Trump will, daß die Deutschen gegen Rußland ins Feuer gehen, weil die USA sich mit Lateinamerika und China beschäftigen, und die Bundesregierung springt. Diese Vasallentreue setzt unser Land der höchsten Gefahr aus. Es sind wir, die es am Ende ausbaden sollen, nicht Washington. (...) Man muß zur Kenntnis nehmen, daß die USA alles versuchen, um ihren internationalen Abstieg zu verhindern. Verbündete und von ihnen geführte Militärpakete wie die NATO werden von ihnen als reines Machtinstrument gesehen. (...)

Ziel der Regierungen Biden und Trump war es, eine Energieversorgung durch Rußland zu torpedieren. Offenbar war man da auch zur Unterstützung von Terror bereit, auch wenn es jetzt ein paar Ukrainer auf einem Segelboot gewesen sein sollen. Dann muß man anerkennen, daß sich die Eigentumsstruktur der DAX-Konzerne in den letzten Jahren fundamental gewandelt hat. Es sind die US-Investmentfonds wie BlackRock oder Morgan Stanley, die den Ton angeben, gerade auch in der deutschen Rüstungsindustrie, etwa bei Rheinmetall. Und wir haben es nicht zuletzt mit einem dichten transatlantischen Netzwerk in Politik und Medien zu tun, das dafür sorgt, daß eben zuvorderst die geopolitischen Interessen der USA und die Profitinteressen der US-Investmentfonds bedient werden. Solange dies so bleibt wie es ist, wird es immer schlimmer werden in diesem Land.

### **Eine multipolare Alternative gestalten**

Wir haben eine Situation wie im Lateinamerika der 70er Jahre. Ohne Emanzipation von den USA wird die Kriegsgefahr immer größer werden, und die Selbstzerstörung unseres Landes nimmt gigantische Ausmaße an. Deshalb ist es hier wichtig, eine Bewegung zu organisieren, die gute Beziehungen zum globalen Süden und den BRICS-Staaten in den Vordergrund stellt. Denn hier wächst eine multipolare Welt, von der alle in unserem Land profitieren könnten, würde die Bundesregierung Deutschland nicht mit Sanktionen, die den US-Interessen dienen, immer weiter isolieren. Noch ist es Zeit. Noch ist es Zeit, die Katastrophe aufzuhalten.

Und deshalb braucht es eine starke Bewegung für ein neutrales, ein souveränes, ein sicheres, ein soziales Deutschland.



## Waffenlieferungen, Aufmarschpläne und Kriegslogistik: Brüche des Zwei-plus-Vier-Vertrags sind an der Tagesordnung

# Völkerrecht war gestern



Auch im Osten Deutschlands werden „Convoy Support Center“ für den NATO-Aufmarsch vorbereitet – völkerrechtswidrig. (Foto: Bundeswehr/Marc Tessensohn)

In einem Bündnisfall an der NATO-Ostflanke wird Deutschland zur zentralen europäischen Drehscheibe für die Verlegung von Truppen und Material“, erklärte der Kommandeur des Bundeswehr-Landeskommandos, Kurt Leonards, aus Anlaß des am 27. September abgeschlossenen Manövers „Red Storm Bravo“ in Hamburg. Die Dimensionen des Aufmarschs gen Osten sind gigantisch. Nach der „All-in“-Berechnung der NATO (NATO New Force Model) sollen bei einem Einsatz an der Ostflanke im Laufe von sechs Monaten bis zu 800 000 Soldaten und bis zu 200 000 Militärfahrzeuge durch Deutschland transportiert werden. Auch wenn diese Zahlen propagandistisch überhöht scheinen, sind sie Grundlage der NATO-Planung und Ausgangspunkt deutscher Berechnungen. „Für unsere Zusagen gegenüber der NATO und die Umsetzung des OPLAN Deutschland benötigen wir insgesamt etwa 460 000 Soldatinnen und Soldaten“, prognostiziert Generalinspekteur Carsten Breuer. Die Planungen und erst recht die Umsetzung des „Operationsplan Deutschland“ (OPLAN) verletzen das Völkerrecht. Nicht nur, weil der angestrebte Aufwuchs der Truppe gegen Artikel 3 des „Zwei-plus-Vier-Vertrags“ vom 12. September 1990 verstößt (Höchstgrenze: 370 000 Soldaten). Das gesamte Verlegungsszenario bricht Artikel 5, Absatz 3 des Vertrages („Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt“). Überall entlang der Straßen- und Schienenstränge in Richtung Osten läßt sich die Vertragsverletzung beobachten. Die bundeseigene DB Cargo transportiert seit Beginn des Ukraine-Kriegs Panzer und schwere

Waffensysteme deutscher Waffenschmieden in Abstimmung mit ihrer Tochtergesellschaft DB Cargo Polska zum NATO-Waffenumschlagplatz Rzeszow in Südostpolen. Die Güterzüge durchfahren den Osten Deutschlands und queren bei Görlitz-Horka/Wegliniec oder Frankfurt/Oder-Kunice die Grenze. DB Cargo-Chefin Sigrid Nikutta pries auf der „Münchener Sicherheitskonferenz“ im Februar dieses Jahres ihr olivgrünes Geschäftsmodell: „Mit Logistik gewinnt man keine Kriege, aber ohne Logistik verliert man Kriege.“ Nur wenige Wochen vergingen und es standen 343 neue DB-Flachwagen zum Panzertransport in den Osten bereit.

Die Verlegung von Truppen und Material an die Ostfront braucht angesichts der benötigten Ladekapazitäten tausende Transportfahrzeuge für die Straße. Die Bundeswehr nutzt für Transporte das von Rheinmetall MAN Military Vehicle (RMMV) produzierte „UTF“ (ungeschütztes Transportfahrzeug). Bis Juli 2024 wurden 3271 Einheiten ausgeliefert. Der Folgeauftrag des Beschaffungssamts beläuft sich auf 6500 weitere Einheiten (3,5 Milliarden Euro). 1400 dieser Fahrzeuge wurden vor kurzem der Bundeswehrlogistik übergeben. Vermessungstrupps der NATO sind zurzeit an Autobahnen und Landstraßen in den östlichen Bundesländern unterwegs, um die an der Marschroute geplanten Rast- und Betankungsräume („Convoy Support Center“) zu kartieren. Wenn's um die Aufmarschgeschwindigkeit geht, muß sogar die Bürokratie weichen. Militärtransporte auf der Straße werden in Zukunft nicht mehr von Einzelerlaubnissen abhängen, durch eine Pauschalgenehmigung können Transporte zu jeder Tages- und Nachtzeit auf die Straße gebracht werden, der Zivilverkehr hat zurückzutreten.

In Hessen ist dies als erstem Bundesland seit dem 21. August beschlossene Sache.

Der Autobahnbetreiber des Bundes (Autobahn GmbH) hat sich vertraglich verpflichtet, infrastrukturell für das reibungslose Rollen der Militärkonvois in Richtung Osten Sorge zu tragen. Ein gigantischer Aufmarsch benötigt gigantische Mengen von Treibstoff. Die notwendigen Betriebsstoffe kommen durch die NATO-Pipeline, die von Hamburg über das niedersächsische Bramsche (Verteilerknoten für Nord-Süd- und Ost-West-Verbindungen) Richtung Rostock und von dort zur polnischen Grenze und vom bayerischen Ingolstadt an die tschechische Grenze herangeführt wird (Kosten: circa 21 Milliarden Euro). Durch das neue „Infrastrukturbeschleunigungsgesetz“ werden Genehmigungsverfahren vereinfacht, Enteignungen erlaubt und dem vermuteten örtlichen Widerstand gegen die Trasse die rechtlichen Möglichkeiten genommen.

Wie schon bei der Errichtung des neuen taktischen Ostsee-Hauptquartiers der NATO in Rostock schert sich die auf Kriegskurs befindliche Bundesregierung keinen Deut um die von der Bundesrepublik einst mit großem Pathos unterschriebenen Verträge. Das hat Tradition: Die NATO-Bombardements 1999 gegen Jugoslawien verstießen gegen die UN-Charta, Artikel 26 Grundgesetz (Verbot des Angriffskrieges) und Artikel 2 des Zwei-plus-Vier-Vertrags: Das „vereinte Deutschland (wird) keine seiner Waffen jemals einsetzen, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen“. Völkerrecht war gestern, zur Kriegsvorbereitung reicht der NATO-Vertrag.

Ralf Hohmann  
UZ, 3.10.2025

# Der Weg in die Eskalation führt über den Spannungsfall und seinen „kleinen Bruder“

## Nah am Krieg

Berliner Zeitung: „NATO bereitet sich mit Manöver ‚Quadrige 2025‘ auf Bündnisfall vor.“ „Bundeswehr und Einsatzkräfte proben den militärischen Ernstfall“, berichtet die „Tagesschau“. „Die Bundeswehr sollte sich für den Verteidigungsfall rüsten – auch aus ‚Verantwortung vor Gott‘“, zeigt die „Evangelische Zeitung“ ihre theologischen Einsichten. „Es gibt schon kriegsähnliche Handlungen, obwohl wir im Frieden sind. Aus meiner Sicht haben wir einen politischen Spannungsfall“, weiß der Wehrbeauftragte Henning Otte. „Wir befinden uns nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden“, sagt General André Bodemann. „Der Krieg ist uns so nah wie nie zuvor“, ergänzt Militärbischof Franz-Josef Overbeck.

Das stündliche Crescendo todessehnsüchtiger Psychopathen? Sicherlich mag sich angesichts der Kriegsekstase der Verdacht eines Chors von Unzurechnungsfähigen aufdrängen. Doch der Wahnsinn hat Methode. Das breitflächige Streuen von Unsicherheit, Desorientierung, Dämonisierung gehört seit jeher in den Werkzeugkasten der Kriegspropaganda. Das laute Gekreische von Ernstfall, Verteidigungsfall, Bündnisfall und Spannungsfall soll die Bevölkerung blind machen, reale Abläufe vertuschen und die Schritte in den für 2029, vielleicht auch 2030, angesagten nächsten großen Krieg verdunkeln. „Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg. Falls es da Regeln gäbe, müsste man sie weitersagen“, schrieb die Schriftstellerin Christa Wolf im Jahr 1983 angesichts der atomaren Bedrohung.

Der Blick in die Kriegs- und Katastrophenabteilung des Grundgesetzes hilft weiter. In der

Verfassung ist der Weg, den sich die Kriegstreiber für die nächsten Jahre vorstellen, plastisch vorgezeichnet. Der militaristische Um- und Ausbau des Grundgesetzes, das ursprünglich als „Friedensverfassung“ angelegt sein sollte, begann gleich, nachdem es in Kraft trat: mit der Wiederbewaffnung, der Installation der Bundeswehr, dem NATO-Beitritt, der Ausschaltung der Friedenskräfte samt KPD und FDJ. 1958 scheiterte die Einführung der Notstandsgesetze an der SPD. Zehn Jahre später ermöglichten die Sozialdemokraten in der Großen Koalition das Großreinemachen des Grundgesetzes für die Zwecke des Krieges. Neben der faktischen Abschaffung der Freizügigkeit, des Post- und Fernmeldegeheimnisses und der Berufsfreiheit ging es auch der Meinungsfreiheit an den Kragen. An über 20 Stellen trieben die Großkoalitionäre den Friedensgedanken aus der Verfassung, schufen die Artikel 12a (Wehrpflicht), 80a (Spannungs-, Zustimmungs- und Bündnisfall), 87a (Einsatz der Armee nach innen) und 115a (Verteidigungsfall). Und sie sorgten für die Dauerermächtigung, in der Zukunft still und leise sogenannte „Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze“ erlassen zu können. Diese mehr als 20 Gesetze regeln alle Lebens-, Produktions- und Gesellschaftsbereiche nach der Prämisse „Alles für die Front“. Sie liegen bis auf Abruf in der Schublade und werden beileibe nicht erst dann wirksam, wenn das Bundesgebiet von einer „fremden Macht“ mit Waffengewalt angegriffen werden sollte (Verteidigungsfall), sondern schon dann, wenn die Bundesregierung von einer für deutsche Interessen unmittelbar bedrohlichen außenpolitischen Situation ausgeht

(Spannungsfall) oder der NATO-Rat den Bündnisfall ausruft.

Der Spannungsfall ist die Vorstufe zum Verteidigungsfall, wobei letzterer in der Betriebsanleitung zur Kriegsauslösung eigentlich überflüssig geworden ist, da schon der Spannungsfall jede militärische Option real werden lässt. Doch der Spannungsfall hat in seinem Vorfeld noch den (weithin unbekannten) Zustimmungsfall als „kleinen Bruder“. Zur Auslösung braucht es noch nicht einmal eine irgendwie geartete Bedrohung oder gar einen Angriff, hier reichen außenpolitische Krisen. Der Zustimmungsfall erlaubt das Freischalten von Sicherstellungs- und Vorsorgegesetzen „peu à peu“. In der juristischen Kommentierung findet sich zu ihm als der „leisen Variante des Spannungsfalls“ die Aussage, er sei installiert worden, um die beim Ausrufen des Spannungsfalls zu erwartende „innenpolitische Empörung“ im Vorfeld besser in den Griff zu bekommen. In der praktischen Umsetzung heißt das, der Bundestag kann zum Beispiel bei einer internationalen Krise das Bundesleistungsgesetz freischalten, das die Beschlagnahme privater Gegenstände (vom Werkzeugkasten bis zum Auto) ermöglicht, oder das Arbeitssicherstellungsgesetz, um Arbeiter in die Rüstungsbetriebe zwangsabzuordnen. Im Moment bemüht sich die schwarz-rote Koalition darum, das im Kanon dieser Gesetze noch fehlende „Gesundheitssicherstellungsgesetz“ auf den Weg zu bringen. Es soll das zivile Gesundheitswesen komplett unter militärische Obhut bringen. Das letzte Mosaiksteinchen, das ihnen noch fehlt.

**Ralf Hohmann**  
UZ, 12.9.2025

Kriegseintritt	Voraussetzung	Entscheidung	Mehrheit	Maßnahmen
Zustimmungsfall	Im Ermessen der Bundesregierung: „Außenpolitische Konfliktsituation unterhalb der Schwelle des Spannungsfalls“	Bundestag	2/3 der abgegebenen Stimmen	Spannungsfall „light“, Entsperrung einzelner Sicherheits- und Vorsorgegesetze, gesteigerte Alarmbereitschaft
Spannungsfall	Gesetzlich nicht definiert, im Ermessen: „drohende äußere Feindseligkeiten“, „internationale Krise“	Bundestag	2/3 der abgegebenen Stimmen	Vorstufe zum V-Fall, Entsperrung aller Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze, Mobilmachung, Einsatz der Streitkräfte im Innern, Einschränkung der Grundrechte
Bündnisfall	Bewaffneter Angriff auf das Territorium eines NATO-Mitglieds, seit Gipfel „Wales 2014“ auch bloße Cyberangriffe	NATO-Rat und Zustimmung Bundesregierung	Kabinettsbeschluss	wie im Spannungsfall; Aktivierung alliierter Unterstützungsleistungen
Verteidigungsfall	Angriff auf Bundesgebiet mit Waffengewalt oder unmittelbare Bedrohung	Auf Antrag der Bundesregierung: Bundestag & Bundesrat, im Eilfall Notparlament	2/3 der abgegebenen Stimmen, „mindestens die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages“ oder Notparlament oder Fiktion (falls das Notparlament nicht rechtzeitig tagen kann)	Entsperrung aller Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze, Vollmobilmachung, Einsatz der Bundeswehr im Innern, Einschränkung der Grundrechte, Notparlament

# Kriegstüchtige Geheimdienste

*Deutsche Geheimdienste sprechen, ohne Beweise zu präsentieren, von weitreichenden hybriden Angriffen Rußlands in Deutschland und fordern größere rechtliche Handlungsspielräume für die Konfrontation mit Moskau.*

## Warnungen vor Rußland

Die Bundesregierung will die rechtlichen Befugnisse vor allem des Bundeswehr-Geheimdiensts (Militärischer Abschirmdienst, MAD), aber auch der Militärpolizei – der Feldjäger – ausweiten. Die geplanten Gesetzesänderungen begründet sie dabei mit einer „zunehmenden Bedrohung“ durch Aktivitäten „fremder Staaten“, beispielsweise durch „von Rußland staatlich gelenkte Desinformation“. Es komme „beinahe täglich“ zu „weitreichenden Sabotage- und Spionageangriffen“, erklärt Verteidigungsminister Pistorius. Deutsche Soldaten stünden – auch im Inland – „im Visier“. Die Präsidentin des MAD, Martina Rosenberg, fordert „weitere Anpassungen der rechtlichen und operativen Spielräume“ der Geheimdienste. Es bestehe weiterhin „erheblicher“ „Reformbedarf“. Deutschland müsse sich auf eine weitere „Zunahme von hybriden Bedrohungen, von Cyberangriffen und Desinformation“ einstellen.

Die „hauptsächliche Bedrohung“ gehe heute „von Rußland aus“, äußert auch der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer. Deutschland befinde sich „in einem Zustand, der nicht mehr ganz Frieden, aber auch noch nicht ganz Krieg“ sei. Diese Einschätzung teilt ebenfalls Verfassungsschutzpräsident Sinan Selen; Deutschland sei demnach „primäres Ziel für russische Aktivitäten in Europa“ und befinde sich bereits „jetzt“ in einer Konfrontation mit Rußland. Deutschland stehe „schon heute im Feuer“, warnt BND-Präsident Martin Jäger. Die Lage könne „jederzeit in heiße Konfrontation umschlagen“. Auch Verfassungsschutz und BND beanspruchen in diesem Zusammenhang eine Ausweitung ihrer rechtlichen Handlungsspielräume.

## Mehr Befugnisse für den MAD

Die strategische Ausrichtung der deutschen Streitkräfte auf eine Konfrontation mit Rußland setzt die Bundesregierung mit dem Gesetzesentwurf „zur Stärkung der Militärischen Sicherheit in der Bundeswehr“ nun auch im nachrichtendienstlichen Bereich fort. Im Fokus der Gesetzesänderungen steht nach Angaben der Bundesregierung die Befähigung des MAD zu nachrichtendienstlichen Aktivitäten im Ausland, insbesondere im Zusammenhang mit dem ersten permanenten deutschen Militärstützpunkt jenseits der deutschen Grenzen, dem Stützpunkt in Litauen – und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem BND und

den litauischen Sicherheitsbehörden. Eine komplette MAD-Stelle wurde bereits nach Litauen verlegt, erklärt Rosenberg – „erstmalig in der Geschichte des MAD“. Auch der Handlungsspielraum des MAD in Sachen Cyberkrieg soll erweitert werden. Zudem beinhaltet der Gesetzesentwurf „neue Befugnisse“ für die Militärpolizei, also die Feldjäger, „zum Anhalten und Überprüfen von Personen“ – und zwar „auch außerhalb von militärischen Bereichen“. Nicht zuletzt „vereinfacht und beschleunigt“ der Gesetzesentwurf die Sicherheitsüberprüfung von Rekruten und Soldaten. Das derzeitige Verfahren „hemmt und verlangsamt“ den „dringend notwendigen personellen Aufwuchs der Streitkräfte“, erklärt Pistorius.

Dabei lasten die Geheimdienste sogenannte hybride Angriffe auch dann Rußland an, wenn eine Beteiligung des russischen Staates nicht nachzuweisen ist. Verfassungsschutz-Präsident Selen macht Rußland etwa für Drohnenüberflüge verantwortlich, „auch wenn die Aufklärung noch anhält“, wie er selbst einräumt. Für das vergangene Jahr konnten Wissenschaftler der Universität Leiden für ganz Europa 44 Ereignisse zählen, die sich eindeutig Rußland zuordnen lassen. Selen bezeichnet Rußland dennoch als „Hauptverursacher für die Vorbereitung und Umsetzung von Sabotageakten in Deutschland“.

BND-Präsident Jäger läßt sich durch mangelnde Beweise gleichfalls nicht davon abhalten, Moskau zu unterstellen, es betreibe einen hybriden Krieg mit dem Ziel, Europa – „von Furcht und Handlungsstarre gelähmt“ – in die „Selbstaufgabe“ zu treiben. Anschließend wolle Moskau seine „Einflußzone nach Westen ausweiten und das wirtschaftlich vielfach überlegene Europa in die Abhängigkeit“ von sich bringen. Verfassungsschutzpräsident Selen vollendet die Projektion und unterstellt Rußland „revanchistische Ziele“.

## Generalverdacht

In diesem Klima einer diffusen Bedrohungslage, meist ohne Beweise, dafür aber mit einem klaren Gegner, hat die pauschalisierte Umdeutung von Regierungskritikern zu Agenten des Feindes längst begonnen. So initiierten das Bundeskriminalamt (BKA) und der Verfassungsschutz gemeinsam die Kampagne „Kein Wegwerf-Agent werden“, deren Zielgruppe laut Selen explizit Personen waren,

„die sich kritisch mit dem Ukraine-Konflikt“ oder auch einfach nur „mit Rußland befassen“. Es gebe in Deutschland eine „Szene der Unzufriedenheit“, die eine „ganz entscheidende Zielfläche für russische Einflußnahme“ sei, behauptet der Verfassungsschutzpräsident. Denn „Unzufriedenheiten“ und Meinungen, die „Kritik an den bestehenden Systemen“ beinhalteten, böten „Angriffspunkte“ für „russische Narrative“. Dabei räumt Selen ein, daß „russische Narrative“ sich nicht immer dem russischen Staat zuordnen lassen, sondern eben auch von alleine „wachsen“. Wichtiger als die Frage nach der Verantwortung des russischen Staates sei die Frage, wie die Geheimdienste auf diese abweichenden Sichtweisen reagierten. Selen plädiert für eine Überwachung und ein Screening der digitalen Plattformen „auf entsprechende Narrative“ und fordert „bessere Sanktionsmöglichkeiten“. Jäger behauptet, auch „Migranten, Flüchtlinge“ seien „politische Waffen“, die Rußland gezielt einsetze, um den Westen zu destabilisieren. Laut Rosenberg hätten zuletzt etwa Aktionen von „Rheinmetall entwaffnen“, einer Kampagne von Kriegsgegnern, die Notwendigkeit von Ausweitungen der Befugnisse des MAD gezeigt.

## Schleichender Kriegseintritt

Die Linie, die Deutschland von einem Krieg mit Rußland trenne, sei „zunehmend verwischt“, erklärt BND-Präsident Jäger. „Die Übergänge werden fließend sein“, urteilt Selen. Der BND müsse befähigt werden, „auch unter den Bedingungen eines bewaffneten Konfliktes mit direkter deutscher Beteiligung agieren“ zu können, um die Bundeswehr „in einer solchen realen Kriegssituation“ mit „Informationen und Dienstleistungen“ unterstützen zu können. Deutschland sei nicht zuletzt deshalb Zielfläche hybrider Aktivitäten Rußlands, weil es „bei der Unterstützung der Ukraine“ eine „führende Rolle einnehme“, erklärt Jäger. Wer das zum Anlaß nimmt, eine andere Rußland- bzw. Ukrainepolitik einzufordern, läuft nach Auffassung des Verfassungsschutzes bereits Gefahr, ein russischer Agent zu werden.

*german-foreign-policy.com, 30.10.2025*

*Redaktionell gekürzt*

# Deutschland in der Klemme

Was sich in der Ukraine wirklich abspielt, ist ein Krieg der USA und ihrer NATO-Staaten gegen Rußland.

In einem Exposé des bekannten Politikwissenschaftlers und Publizisten Patrik Baab „Deutschland – quo vadis“ wird belegt, daß es sich beim Ukraine-Konflikt um eine von langer Hand inszenierte Auseinandersetzung handelt, die auch als Folge der „Systemauseinandersetzung“ verstanden werden muß. Nach kapitalistischem Verständnis glaubt man offenbar, daß in Rußland zu viele sozialistisch-ähnliche Strukturen und Ideologien bestehen geblieben sind. Das sind Strukturen, welche die imperialistischen Staaten für ihr Fortbestehen und die weitere Entwicklung in Europa als bedeutenden Unsicherheitsfaktor betrachten – eines der Gründe für die massive Einmischung der Phalanx dieser Staaten in der Ukraine.

In einer wissenschaftlichen Dokumentation des „Welt Trends-Verlages“, in der brennende Probleme unserer Zeit analysiert werden, wird herausgearbeitet, daß die Russen zu einer neuen Sicherheits- und Geopolitik und damit von der passiven zur aktiven Abschreckung übergegangen seien. Es werden drei Faktoren genannt, unter welchen Bedingungen Rußland sich veranlaßt sehen könnte, „nukleare Waffen“ einzusetzen: 1. Im Falle der Bedrohung seiner Existenz. 2. Im Falle „einer drohenden Niederlage in einem konventionellen Krieg“ und 3. „insbesondere in dem Falle, wenn die Bundesrepublik Deutschland versuchen sollte, sich direkt oder über die EU in die Verfügungsgewalt von Kernwaffen zu bringen“. Das gleiche gilt, wenn entgegen den bestehenden internationalen Vereinbarungen die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden erfolgt. In dem Falle würde ab 2026 „Deutschland zu einem prioritären Ziel eines Einsatzes nuklearer Waffensysteme werden“.

Diese russischen Warnsignale sind von so brisanter Bedeutung, daß es höchst unverantwortlich ist, so zu tun, als sei es nur eine Schwäche Rußlands, damit drohen zu müssen. Wenn die europäischen imperialistischen Staaten glauben, in der Ukraine über Rußland siegen zu können, so bedeutet das, daß sie den Punkt 2 der russischen Vorbedingung – der drohenden Niederlage Rußlands – nicht ernst nehmen. Diese Aussage darf der deutschen Bevölkerung nicht vorenthalten, sondern muß ihr in aller Deutlichkeit vermittelt werden. Dabei muß betont

werden, daß Rußland bereits eine akute „reale Bedrohung“, die die Existenz des Landes zur Folge haben könnte, als Anlaß betrachtet, atomare Waffen einzusetzen. Das ist daher das eigentliche Problem, das es zu verhindern und auszuschließen gilt. Unter diesen gegebenen Bedingungen gilt Deutschland als zentraler Austragungsort zwischen den beiden Großmächten. Das Fortbestehen unseres Landes hängt unter diesen Umständen weithin davon ab, ob die USA und Rußland bereit sind, Lösungswege zu wählen, die uns vor einem schlimmen Schicksal bewahren. Die Konditionen, von denen die Partner ausgehen, sowie der Verlauf und das zu erwartende Ergebnis der Verhandlungen lassen bisher allerdings alle Schlüsse offen. Die bisherigen Bedingungen, denen die jeweiligen Seiten unterliegen, sind in etwa so zu beurteilen: Die USA sind nachdrücklich bemüht, ihren Einfluß auf Europa in der Auseinandersetzung mit Rußland immer mehr durch eine Stellvertreterrolle der europäischen NATO-Staaten ausüben zu lassen. Sie sehen ihr Anliegen in Europa, bis auf ein begrenztes Interesse, weithin als erfüllt an. Das findet seinen Ausdruck darin, daß es gelungen sei, den Einfluß Rußlands auf die europäischen Staaten weithin zu unterbinden und die wirtschaftliche Abhängigkeit Europas von den USA hergestellt zu haben. Daher glauben sie, daß es möglich sei, die Wahrnehmung der amerikanischen Interessen in Europa immer stärker von europäischen Vasallen ausüben zu lassen. Patrik Baab schreibt in seinem Exposé, der Ukraine-Krieg sei für die USA ein „War of choice“, ein Krieg, den man führen, oder lassen kann“. Diese „Gelassenheit“ der USA in bezug auf Europa wird allerdings kaum zu einer Lockerung der Spannungen in diesem Raum führen. Das äußert sich darin, daß unter führenden europäischen Staaten mit Nachdruck auf die Fortsetzung der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine bestanden und von den USA eine weitgehende Mithilfe erwartet wird. Den Blick aber nur auf die europäischen Probleme zu richten, wäre zu kurz gegriffen. Immer offensichtlicher wird, daß sich der Schwerpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen für die USA in den pazifischen Raum verlagert. Für Rußland dagegen sei es ein „War of decision“, eine Entscheidungsschlacht, ein existentieller Krieg“, denn, „eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, US-Atomraketen 500 Kilometer vor Moskau wären das Messer am Hals“, schreibt Patrik

Baab. Rußland sieht seine Existenz mit vollem Recht als gefährdet an und ordnet jedes Vorgehen der USA in Europa als Gefährdung seiner Existenz und der Lebensinteressen seiner Bevölkerung ein. Es trifft daher die Wahl seiner Mittel unter diesem Gesichtspunkt, wenn ihm andere Mittel versagt bleiben!

Deutschland spielt daher in diesem Geschehen eine bedeutende Rolle. Die ergibt sich aus seinem ökonomischen Leistungsvermögen und aus seinem Bestreben, die Stellvertreterrolle der USA in Europa übernehmen zu wollen. Wir können sicher sein, daß die Propagandisten dieses Regimes alles unternehmen werden, die eigentlichen Hintergründe und Absichten zu verschleiern und die warnenden Signale Rußlands auszuschlagen. Dabei wird die Mär von der wachsenden Gefahr, von Rußland angegriffen zu werden und deshalb hochrücken zu müssen, in den Vordergrund gestellt. Das entspricht den Grundinteressen von Aktionären mit „Politikerkompetenz“. Schrittweise geht man dazu über, bestehende Verträge, wie es sich bezüglich des „2+4-Vertrages“ zeigt, zu verletzen.

Wer diese Faktoren nicht beachtet, ist auch nicht in der Lage, das Geschehen um die Ukraine in seinem Gesamtzusammenhang richtig zu beurteilen und die Brisanz dieses Problems zu erkennen.

Wir werden unserer Verantwortung nur gerecht, wenn es gelingt, die Bevölkerung so zu mobilisieren, daß es den herrschenden Kreisen einfach nicht möglich ist, den entscheidenden Schritt ins Verderben zu gehen. Appelle zur Einhaltung vertraglicher Vereinbarungen allein reichen nicht. Unser Schicksal und das der Europäer hängt davon ab, ob die USA „Hemmungen“ haben, Schritt für Schritt gegen getroffene Vereinbarungen zu verstoßen, ob die Russen darin eine Bedrohung ihrer Existenz sehen und atomare Waffen zu ihrer Absicherung einsetzen oder nicht. Die USA würden ja nur ein Deutschland opfern, das ihnen in gewisser Hinsicht auch Kontrahent in Europa wäre und die Russen sähen keine Veranlassung, uns zu verschonen, wenn ihre eigene Existenz gefährdet wäre. Immerhin haben sie das deutsche Volk ja ausdrücklich genug gewarnt und deutlich gemacht, welche Verantwortung sie von uns erwarten. Das ist die Situation, vor der wir stehen und in der wir uns zu bewähren haben.



# Auch wir sagen: „Nie wieder kriegstüchtig! Stehen wir auf für Frieden!“

Aufruf zur Teilnahme an der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration am 11. Januar 2026

Bereits vor über 100 Jahren stellte Rosa Luxemburg 1899 in „Sozialreform oder Revolution“ fest: „Ist aber die Weltpolitik und der Militarismus zweifellos, weil im Zusammenhang mit den ökonomischen Bedürfnissen und Bestrebungen des Kapitalismus, eine aufsteigende Tendenz der heutigen Phase, so muß sich folgerichtig die bürgerliche Demokratie auf absteigender Linie bewegen.“

Diese Worte treffen uneingeschränkt für die Gegenwart zu und können sie doch nur beschränkt beschreiben. Heute droht infolge der Militarisierung das atomare Inferno und die „absteigende Linie der bürgerlichen Demokratie“ ist untrennbar mit schnell zunehmenden Faschisierungstendenzen verknüpft.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15. Januar 1919 von den Bütteln des Kapitals ermordet, weil sie Kapitalismus und Krieg kompromißlos bekämpften und sich dem Frieden mit all ihrer Kraft verpflichtet fühlten. Wenn wir, Linke unterschiedlicher Strömungen, ihrer auf der Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Liebkecht-Ehrung kämpferisch und friedlich gedenken, dann verbindet sich für uns diese Erinnerung untrennbar mit dem heutigen Kampf um

den Frieden, damit wir nicht die letzten Menschen sein werden.

Wir demonstrieren gegen den drohenden Dritten Weltkrieg und gegen all die Folgen,



DIDF-Jugend bei der LL-Demo 2018

die in Vorbereitung einer atomaren Katastrophe heute schon zunehmend unseren Alltag prägen. Nach zwei verlorenen Kriegen erhebt der deutsche Militarismus erneut sein Haupt. Die NATO, zuvörderst die USA, befeuert die neue deutsche Aggressivität. Von Kriegstüchtigkeit ist die Rede, und Unsummen werden für Militarisierung und Aufrüstung gebraucht. Die stärkste konventionelle Armee Europas soll die Bundeswehr werden. Und die geplanten Wehrpflichtigen sollen das Kanonenfutter

sein. Zugleich wird der Ruf nach deutschen Atomwaffen wieder lauter.

Da wird kaum Geld für Soziales, für Bildung und Kultur, für das Gesundheitswesen, Mobilität und den Schutz der Umwelt bleiben. Soziale Not für immer mehr Menschen und irrsinnige Profite für die Rüstungskonzerne und andere Aufrüstungsgewinnler zerschneiden die bürgerliche Gesellschaft und machen den Nazis den Weg für völkische Ideologie und Bewegung immer leichter. Und wie stets muß ein Sündenbock herhalten – die Migranten. Rassismus ist der Kitt des Völkischen. Wenn wir am 11. Januar 2026 zum Friedhof der Sozialisten marschieren, werden Solidarität und Internationalismus unsere Demonstration prägen. Wir sind solidarisch mit allen Unterdrückten, besonders

mit den Menschen in Palästina. Wir stehen an der Seite des sozialistischen Kuba. Wir kämpfen gegen unerträglichen Sozialabbau und die immer weitere Zerstörung unserer Umwelt. Im Mittelpunkt unserer Demonstration wird das Ringen um den Weltfrieden stehen. Wir müssen Zehntausende werden. Bitte mobilisiert vom heutigen Tag an bundesweit für eine Massendemonstration gegen den Krieg.

*LL-Bündnis  
Berlin, Oktober 2025*

## Scheibchenweise

Vor einiger Zeit hat uns Bundeskanzler Merz darauf vorbereitet, die letzten Monate des Jahres zu einem „Herbst der Reformen“ zu machen. Aus dem Munde unserer führenden Politiker klingt das Wort „Reform“ – dessen sollten wir uns immer bewußt sein – stets als unverhüllte Drohung. Und wirklich: Aus den stillen Melodien des Sommers ist schon längst das Tschingdarassabum der Militarisierung geworden. Bei anderen Dingen dagegen, dem versprochenen Sozialabbau dagegen, scheint es langsamer voranzugehen. Na gut, das Bürgergeld ist futsch. Aber das trifft ja eh nur die Ärmsten. In der Kultur und an der Gesundheit soll kräftig gespart werden. Bei Migranten natürlich auch, sogar bei denen aus der Ukraine. Scheibchenweise tastet sich das alles vor, bis daraus eine wirklich große soziale Katastrophe wird. Damit uns das nicht so auffällt, läuft die Bundesregierung bei der Praktizierung

der Salamtaktik zu neuer Höchstform auf. Während das Volk noch fleißig über Vor- und Nachteile des Losverfahrens beim Wehrdienst diskutiert, hat man längst die alten Pläne für ein Pflichtjahr aus den Tresoren hervorgekramt. Natürlich ist das vorwiegend sozial angelegt, wenn man Arbeitspflicht für sozial hält und das Verrecken in Schützengräben für eine nationale Großtat. Die Kliniken sollen 2 Milliarden Euro einsparen, und wir sollen fleißig mitdiskutieren, welches unserer Krankenhäuser als nächstes ins Gras beißen darf. Das Gesundheitswesen soll sich inzwischen darauf vorbereiten, täglich tausend Kriegsverletzte zu versorgen und die Friedhofsverwaltungen, täglich tausend junge Gefallene unter die Erde zu bringen. Wir sollen fleißig auf Migranten schimpfen und zusehen lernen, wie man Menschen wie den letzten Dreck behandelt. Solange, bis wir uns endlich daran gewöhnt haben,

daß auch wir wie der letzte Dreck behandelt werden können. Die Rentner sollen sich gegenseitig selbst finanzieren und nicht merken, wie man ihre Beiträge auf den Finanzmärkten verzockt. Der „Herbst der Reformen“ verspricht, für die Reichsten der Erde eine wirklich lukrative Angelegenheit zu werden, wenn wir nicht endlich lernen, diesen Salamtaktikern kräftig in die Suppe zu spucken.

Im Gebirge ist es überlebenswichtig, mehr auf die kleinen Schneebälle oben am Hang zu achten, als auf die darunter bereits rollenden Lawinen. Denn die sind zu schnell und zu mächtig. Lawinen kann man nicht wirksam aufhalten, wenn man zuläßt, daß sie oben am Berg zielgerichtet ausgelöst werden. Wie hieß es doch vor Jahren so schön: Wer da zu spät kommt, den bestraft das Leben. Oder: Wehret den Anfängen!

A.S.

# Wirtschaftsmacht im Abstieg

Die drei größten Branchen der deutschen Industrie – Kfz, Maschinenbau, Chemie – verzeichnen einen klaren Rückgang in der Produktion und rechnen mit weiteren Verlusten. Die neuen US-Zölle verursachen zusätzliche Schäden.

## Deutschlands Branche Nummer eins

Längst tief in der Krise steckt die – noch – bedeutendste Branche der deutschen Wirtschaft, die Kfz-Industrie. Der Absatz der drei großen deutschen Autokonzerne – Volkswagen, BMW und Mercedes – auf den drei wichtigsten Märkten weltweit, nämlich in China, den USA und Europa, schrumpfte von Januar bis August 2025 um gut fünf Prozent. Dies geschah entgegen dem Trend: Insgesamt nahmen die Neuzulassungen in den drei Großregionen um mehr als sechs Prozent zu. Damit fiel der Marktanteil der deutschen Branchenriesen von 21,7 Prozent auf 19,3 Prozent. Besonders stark fiel der Marktanteil der deutschen Konzerne in China, wo er in den vergangenen beiden Jahren von 22,6 Prozent auf 16,7 Prozent kollabierte. Der Hauptgrund ist dem Leiter des Center of Automotive Management in Bergisch Gladbach, Stefan Bratzel, zufolge, daß die deutschen Unternehmen „massiv unterschätzt“ haben, „wie schnell“ chinesische Konkurrenten „technisch und preislich attraktive Elektroauto-Modelle auf den Markt bringen würden“. Entsprechend stürzten auf dem stolze 60 Prozent gewachsenen chinesischen Elektroautomarkt die Elektroauto-Zulassungen von Volkswagen um 21 Prozent, von BMW um 37 Prozent und Mercedes um 58 Prozent ab.

## Das Ende der Kfz-Riesen

Die deutschen Kfz-Standorte sind nun zusätzlich mit den Zöllen in Höhe von 15 Prozent auf Lieferungen in die Vereinigten Staaten konfrontiert. Bereits von 2014 bis 2024 gingen ihre Exporte um 26 Prozent auf 3,2 Millionen Fahrzeuge zurück. Die US-Zölle lassen nun ein weiteres Schrumpfen der deutschen Kfz-Exporte vermuten. Das wiegt schwer, da die USA der größte Exportmarkt der deutschen Kfz-Branche sind. Dies trägt unter anderem zum weiteren Abbau von Arbeitsplätzen in der Branche bei. Gingen seit 2019 bereits rund 55.000 Stellen verloren, kämen bis 2030 wohl gut 90.000 weitere hinzu, heißt es in einer Studie aus dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Dies entspräche einem Arbeitsplatzverlust von 7,8 Prozent, konstatiert das IW. Mittlerweile äußern Ökonomen offenen Zweifel, welche Zukunft die Branche überhaupt noch hat. So warnte am Sonntag etwa der Präsident des Kieler Instituts für

Weltwirtschaft (IfW), Moritz Schularick, die Branche sei dabei „die nächste Revolution“ – das autonome Fahren – ebenfalls zu verschlafen. Er halte es für gut möglich, daß es die drei Branchenriesen Volkswagen, BMW und Mercedes in ihrer heutigen Form „schon zum Ende des Jahrzehnts nicht mehr geben“ werde, urteilte Schularick.

## Deutschlands Branche Nummer drei

Ebenfalls unter schweren strukturellen Problemen leidet die deutsche Chemieindustrie.



5 Prozent Exportrückgang 2025: VDMA-Sitz in Frankfurt am Main

Auf der Branche lasten insbesondere die gestiegenen Erdgaspreise, die durch den Ausstieg aus dem kostengünstigen russischen Pipelinegas und den Umstieg auf kostspieliges, oft aus den Vereinigten Staaten importiertes Flüssiggas bedingt sind. Nicht zuletzt deshalb schrumpfte die deutsche Chemieproduktion – die Pharmasperte nicht eingerechnet – von 2021 bis 2022 um rund zehn und von 2022 bis 2023 um weitere 11 Prozent. Laut Angaben des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) lag sie im zweiten Quartal 2025 erneut um fünf Prozent unter dem Volumen des Vorjahresquartals. Die Auslastung der Anlagen liege derzeit im Durchschnitt bei 71 Prozent und damit schmerzhaft spürbar unter der Rentabilitätsschwelle, die auf rund 82 Prozent berechnet werde. Die Branche, so heißt es, produziere „so schwach wie zuletzt 1991“. Jetzt kommt noch hinzu, daß der Handelsdeal, den die EU-Kommission mit der Trump-Regierung geschlossen hat, US-Lieferungen in die EU zollfrei stellt und es damit der US-Branche ermöglicht, auf dem europäischen Markt mit der EU-Konkurrenz zu rivalisieren. Die deutschen Chemiekonzerne dringen mit ganzer Macht auf die Abwehr zumindest der chinesischen Konkurrenz mit Hilfe eigener Zölle.

## Deutschlands Branche Nummer zwei

Von der Krise schwer erfasst worden ist auch der deutsche Maschinenbau. Geling es der Branche zunächst, nach dem Einbruch der

Corona-Pandemie wieder zu wachsen, so endete diese Phase bereits 2024 mit einem ersten erneuten Rückgang von Umsatz und Produktion. Laut Angaben des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) ging die Produktion der deutschen Maschinenbaufirmen schon im Jahr 2024 preisbereinigt um rund sieben Prozent gegenüber 2023 zurück. Für dieses Jahr geht der Verband zur Zeit von einem erneuten Schrumpfen der Produktion um vermutlich gut fünf Prozent aus. Zudem brechen die

Aufträge ein. Wie der VDMA am gestrigen Montag mitteilte, verzeichneten die Unternehmen der Branche im September einen Rückgang bei den Inlandsaufträgen von 5 Prozent und bei den Auslandsaufträgen um 24 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wobei die Aufträge aus den Euro-Ländern nur um 13 Prozent einbrachen, diejenigen aus Nicht-Euro-Staaten um 27 Prozent. Zwar heißt es, die hohen Rückgänge im September seien durch Sondereffekte nach oben verzerrt, etwa durch besonders hohe Aufträge im September 2024. Doch lagen alle Aufträge im dritten Quartal insgesamt gleichfalls um 6 Prozent unter dem Vorjahreswert.

## Trumps offenes Foulspiel

Dabei rechnet der VDMA mit einer zusätzlichen schweren Belastung der Branche durch den kürzlich geschlossenen Handelsdeal zwischen der EU und den USA. Das wiegt schwer, denn die Vereinigten Staaten waren im vergangenen Jahr der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt deutscher Maschinenbauer; von deren Gesamtexport im Wert von knapp 200 Milliarden Euro gingen Ausfuhren im Wert von 27,4 Milliarden Euro in die USA, Ausfuhren im Wert von 17,7 Milliarden Euro nach China, Ausfuhren im Wert von 13,3 Milliarden Euro nach Frankreich. Bereits im August hat die Trump-Administration nun freilich die 50-Prozent-Zölle, mit denen sie den Import von Stahl belegt hat, auf eine Reihe Produkte ausgeweitet, die Stahl beinhalten; betroffen sind jetzt rund 40 Prozent aller Maschinenexporte aus der EU. Wie der VDMA berichtet, plant Washington noch vor Jahresende eine Ausdehnung der Liste der Waren, auf die die 50-Prozent-Zölle angewandt werden; laut Angaben des VDMA sind davon dann 56 Prozent aller deutschen Maschinenexporte betroffen. VDMA-Präsident Bertram Kawlath nennt die – im Handelsdeal mit der EU nicht enthaltene – Maßnahme ein offenes „Foulspiel“ und fordert eine Antwort der EU. Davon ist freilich nichts zu sehen.

Redaktionell gekürzt  
german-foreign-policy.com 4.11.25

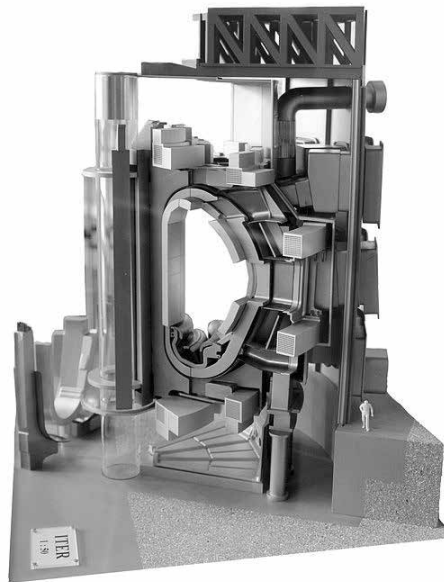
# Die Europäische Union in Abwicklung

Der EU wurde in den vergangenen Jahren immer mal wieder die Totenglocke geläutet. Nach dem Scheitern einer Europäischen Verfassung 2005 bei Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden glaubten viele, daß es das nun gewesen sei. Mit einem Trick wurde unter deutscher Führung der Verfassungstext aber dann doch noch als Lissabonner Vertrag durchgesetzt. Viele durchschauten das Spiel und verloren ihr Vertrauen in die nach eigener Selbstdarstellung „immer engere Union“. Es folgte 2008 die Finanzkrise mit einem Streßtest für die Eurozone. Deren Zerschlagen konnte gerade noch einmal abgewendet werden. Der Preis dafür war allerdings hoch. Die Bevölkerung Griechenlands verarmte, und die Volkswirtschaften Spaniens und Portugals verloren endgültig den Anschluß an Mitteleuropa. Immer mehr junge und gut ausgebildete Menschen ziehen seitdem gen Norden. Die alte Gastarbeitermigration ist zurück. Es folgte 2016 der Schock des Brexits. Mit Großbritannien verließ das zweitwichtigste Land die Union und ließ eine ratlose EU zurück. Trotz all dieser Rückschläge ging es weiter, wurde unverdrossen auf Optimismus gemacht, und es wurden neue Pläne geschmiedet. Man beschwor die Notwendigkeit, endlich aus der Wirtschafts- und Währungsunion eine Politische Union zu formen. (...)

Zu den optimistischen, vorwärtstreibenden Stimmen gehörte in Deutschland stets die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*. Das scheint nun vorbei zu sein. In einem Leitkommentar dieser Zeitung zog der einflußreiche Journalist Nikolas Busse am 30. Oktober 2025 eine ernüchternde Bilanz. Die Überschrift faßte die dann folgende Beschreibung in zwei Worten zusammen: „Europas Abstieg“. Nach Busse sind die außenpolitischen Ambitionen der EU restlos gescheitert: „Die vergangenen Jahre waren eine einzige unerbittliche Lehrstunde für Europa. Ein Kontinent, der dachte, Verteidigung spiele keine Rolle mehr, wurde von Putin eines Besseren belehrt. Ein Kontinent, der Klimaschutz über alles stellte, fand wenig Partner mit ähnlichem Ehrgeiz. Ein Kontinent, der für den Freihandel eintrat, wurde mit Trumps Zöllen konfrontiert. Ein Kontinent, der an die Globalisierung glaubte, wurde Opfer von zusammenbrechenden Lieferketten. Ein Kontinent, der eine weltpolitische Rolle beanspruchte, war ohne die Vereinigten Staaten in der

Ukraine kaum handlungsfähig; im Nahen Osten wurde er erst gar nicht gefragt. Ein Kontinent, der das Völkerrecht zum Ordnungsprinzip erklärte, mußte dem Niedergang der Vereinten Nationen zusehen. Die Liste ließe sich fortsetzen, aber sie ist so schon erschreckend genug. Im Grunde sind die wichtigsten Eckpfeiler, die Europas Außenpolitik und Weltsicht stützen, innerhalb von kurzer Zeit unterspült worden, teils sogar ganz weggebrochen.“

In Busses Aufzählung fehlt das Scheitern des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit seinen ehrgeizigen Defizitzielen. Kaum ein



**Die Bundesregierung setzt in ihrer „Hightech Agenda“ auch auf Fusionsreaktoren (Foto: Modellsegment des ITER-Reaktors)**

Land orientiert sich noch an ihm. Selbst Deutschland, der bisherige Musterknabe der Währungsunion, legt nun Programme mit „Sondervermögen“ in Höhe von Hunderten von Milliarden Euro auf, mit denen aber die wachsende Staatsverschuldung lediglich kaschiert wird. Busse schweigt auch über das Scheitern einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik. Immer mehr EU-Länder handeln hier auf eigene Faust. Grenzkontrollen sind längst nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Und kürzlich bekundete der deutsche Innenminister die Absicht, künftig Asylbegehren außerhalb der EU prüfen zu lassen, auf Brüsseler Vorbehalte will er dabei keine Rücksicht mehr nehmen. So ist die EU heute weiter denn je vom angestrebten „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ entfernt. Busses Resümee beschreibt die Desintegration der EU: „Früher dachte man, daß die Europäer stärker werden, wenn sie

gemeinsam auftreten. Jetzt ziehen sie einander nach unten: Länder wie Frankreich durch Schulden, die einstige Wachstumslokomotive Deutschland durch wirtschaftliche Schwäche, viele Mitgliedstaaten durch gesellschaftliche Konflikte und alle zusammen durch Rückstände in der Verteidigung, die nicht in kurzer Zeit wettzumachen sind. (...) Europa wird weltweit nicht ernst genommen, weil man es nicht ernst nehmen muß.“ (...)

Für Nikolas Busse, und damit spricht er wohl im Namen der gesamten Redaktion der Zeitung, liegt „die Lösung nicht darin, die EU zu stärken, wie das reflexhaft besonders von denen gefordert wird, die für diese Entwicklung die Verantwortung tragen. (...) Die EU braucht in erster Linie starke Mitgliedstaaten, wirtschaftlich wie militärisch (...). Es braucht ein realistisches Verständnis von der Welt, in der wir leben. Trump, Xi Jinping oder Putin sind keine Ausreißer der Geschichte. Sie stehen für das, womit es Europa zunehmend zu tun bekommt: Länder, die ihre nationalen Interessen rücksichtslos verfolgen.“

Da solch ein Leitartikel mit Sicherheit nicht zufällig in der wichtigsten konservativen Zeitung Deutschlands erschien, muß er wohl als publizistische Vorbereitung eines Richtungswechsels in Politik und Wirtschaft verstanden werden: Man setzt nicht länger mehr auf die Schimäre einer europäischen Einheit. Die Perspektive heißt Wiedererlangung nationaler Stärke.

Es mag ein Zufall sein, daß die Bundesregierung ausgerechnet am 30. Oktober 2025, dem Tag des Erscheinens des Artikels, ihre „Hightechagenda“ vorstellte: „Fördermittel im Umfang von 18 Milliarden Euro sollen im Lauf der Legislaturperiode in Projekte aus den Bereichen Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, Mikroelektronik, Biotechnologie, Kernfusion und klimafreundliche Mobilität fließen, um Deutschlands Position in der Weltwirtschaft zu stärken. Die 49 Seiten lange Strategie ist gewissermaßen das Pendant zum chinesischen Fünfjahresplan“, so die *FAZ* im Wirtschaftsteil am 31. Oktober 2025. Und auf der Website des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung heißt es über die „Hightechagenda“: „Durchbruch für Deutschland“ – von der Europäischen Union ist keine Rede.

**Andreas Wehr**  
Berlin

*Redaktionell gekürzt*

Quelle: <https://www.andreas-wehr.eu>

# Die Auswirkungen des Ukraine-Konflikts auf die ökonomische Entwicklung der EU und die Geopolitik

## Aufdeckung von Geheimnissen des Ukraine-Konflikts

Sind die von den westlichen Eliten angeführten Argumente – Herstellung von Demokratie, Freiheit, Menschenrechten, westlichen Werten und die Abwehr der „Aggression“ in der Ukraine – die hauptsächlichsten und wirklichen Begründungen für die Bereitstellung von über 80 Milliarden Euro durch die EU-Länder für Waffenlieferungen, Munition, Ausbildung, Dienstleistungen, Sold und Löhne an die Ukraine? Diese dringend für Soziales, für das Gesundheitswesen und für Bildung benötigten riesigen Mittel werden den EU-Staaten und -Bürgern entzogen. Sie werden über die tatsächlichen Gründe der „Zahlungen“ (Geschenke, Kredite, Hilfen) an die Ukraine durch die Mainstreammedien der EU nicht nur nicht informiert, sondern getäuscht und belogen, womit erklärbar ist, warum sich nur ein mäßiger Widerstand gegen die unerhörten Zahlungen bildet (50 % sollen für Hilfen, 50 % dagegen sein). Welches sind die tatsächlichen Gründe für das Handeln der Führungseliten des Westens und somit für das ungewöhnlich hohe „Sponsoring“ für die gesamte Ukraine und besonders für deren Osten?

### Das erste Geheimnis:

- Für das Gebiet **Cherson**: *Die Landwirtschaft* mit ihrer einmaligen Schwarzerde, soll dazu genutzt werden, die Lebensmittelsicherheit der gesamten EU zu gewährleisten und so die überall auftretenden Verluste durch die Klimaveränderung auszugleichen (Pacht und Kauf sind bereits durch USA, GB und EU-Länder vollzogen).
- Für das Gebiet **Saporoschje**: *Industrie, Rohstoffe* – hoch konzentriertes Eisen- und Eisen- und dessen Aufbereitung und Verarbeitung, ein großes Lithiumvorkommen soll der EU eine eigene Quelle für Magni- und Titan bringen (ein Verarbeitungs-kombinat für diese Rohstoffe ist dort bereits vorhanden). Damit könnte die Abhängigkeit von China verringert werden. Dort befindet sich das größte AKW-Europas mit einer Leistung von 60 MW, welches zum Energiepuffer für die EU und zu einem wichtigen Versorger für die Aufbereitungs- und Produktionsanlagen der Industrie mit Energie werden könnte.
- Für das Gebiet **Donezk**: *Steinkohle und wichtige Transportinfrastruktur (Mariupol)* könnte die in der ganzen Welt teuer

bezogene Steinkohle, die als Übergangsenergie benötigt wird, preisgünstig und bedarfsdeckend aus der Ukraine ersetzen.

- Für das Gebiet **Lugansk**: *Kohle, Eisenerz* – ähnlich wie Donezk. Die Besonderheit dieser Region besteht im Vorhandensein großer Vorkommen an Fracking-Gas (Trillion Kubikmeter), womit die Abhängigkeit der EU von den USA stark verringert werden könnte.

Der Osten, aber auch die gesamte Ukraine haben für die USA und die EU wegen ihrer Lage und ihrer Ressourcen eine große geopolitische Bedeutung. Und das ist auch der Grund dafür, daß der kollektive Westen die Fortsetzung des Ukraine-Konflikts weiter verfolgt. Die mit ukrainischen Rohstoffen und anderen Leistungen bezahlten NATO-Waffen sollen unmittelbar an die Grenzen der Russischen Föderation (RF) herangebracht werden, um Rußland noch stärker zu bedrohen. Bei Umsetzung ihrer unrealistischen Wünsche – Rückeroberung der vier Republiken durch die Ukraine und die NATO – wäre die RF noch weiter eingekreist und geschwächt. Der Ukraine-Konflikt ist für die Atomwaffen-Supermacht RF zu einer existentiellen Frage geworden, die derzeit wegen des beiderseitig eingesetzten Eskalationspotentials nicht diplomatisch gelöst werden kann.

### Das zweite politisch brisante Geheimnis

entdeckten die russischen Sturmeinheiten in den Bunkern bei Pokrowsk. Sie fanden funktionstüchtige Betonbunker und -tunnel, in denen Tierversuche und andere biologische Versuche, angeblich aus Gründen der ukrainischen Bio-Sicherheit, durchgeführt wurden. Alles sei offiziell gewesen, so die Medien des unterstützenden Westens. Aber warum waren diese Laboranlagen militärisch bewacht und warum waren diese von großer Geheimhaltung umgeben? Und warum wurden an dieser Stelle so viele Versuche für NATO-Länder durchgeführt? Indien, China und Brasilien sowie andere Länder fordern dazu eine internationale Untersuchung, denn sie sehen dort frontnah Möglichkeiten zur Entwicklung von Bio-Waffen.

### Derzeitige Lage im Konflikt

Beide Seiten eskalieren den Konflikt – *Ukraine und NATO*, um der RF eine strategische Niederlage beizubringen und deren Rohstoffe in Besitz zu nehmen –, die RF, um ihre Existenz und die Lebenssicherheit der

russischsprachigen Bevölkerung zu gewährleisten. Keine der Seiten hat dabei alle gestellten Ziele erreicht. In den letzten drei Monaten haben besonders die NATO und die Ukraine trotz maximaler westlicher Waffenlieferungen, militärischer und ökonomischer Leistungen und großer Finanzhilfen, die Lage nicht zu ihren Gunsten verändern können. Ihre meist politisch angeordneten und hektisch vorgetragenen Gegenoffensiven endeten im Fiasko, weil es keine reale Einschätzung des Kräfteverhältnisses auf dem Gefechtsfeld bei ihnen gab. Die Überschätzung der westlichen Waffen und der eigenen Kampffähigkeit unter NATO-Führung brachten der Ukraine nicht ersetzbare personelle Verluste, eine immer größere Zerstörung der Lebensgrundlagen, der kritischen Infrastruktur des Landes und der Energiesicherstellung. Prinzipiell ist die ukrainische Armee durch die Ausdünnung des Personalbestandes am Ausbluten, was zur Zerbröselung der über Jahre befestigten Frontstellungen und zu größeren Durchbrüchen der russischen Streitkräfte (RF-SK) führte. Ein Kessel nach dem anderen wird von den SK der RF zu deren Vorteil „aufgelöst“. An Stelle von ukrainischen Rückeroberungen verliert das Land immer mehr und größere Gebiete (Pokrowsk, Wolschansk, Kupjansk, Tschassow Jar u. a.). Trotz ihres Personal-mangels gelang es der Ukraine zeitweise in Pokrowsk und auch in Lyman, durch den Einsatz ihrer letzten Eliteeinheiten, die aus anderen Verteidigungsabschnitten und aus der Reserve abgezogen wurden, die russische Offensive an diesen Orten kurzzeitig aufzuhalten, was aber nicht für die RF-Initiativen an der gesamten Front gilt. Am 11.11.25 gelang es den Sturmeinheiten der SK der RF Pokrowsk zu befreien und die Versorgungs- und Rückzugswege für ca. 50 000 Mann zu unterbrechen, was zu chaotischen Fluchtbewegungen und hohen ukrainischen Verlusten führte. Über 10 000 Ukrainer, auch hohe NATO-Offiziere und Spezialisten, sogar ein US-General, sollen in Gefangenschaft gekommen sein. Dazwischen befanden sich auch noch Teile der in Evakuierung befindlichen Bevölkerung. Welch ein Chaos!

Während die Ukraine bei den militärischen Kampfhandlungen keine durchschlagenden Erfolge auf ihrem Territorium erreichen konnte, bauschte das Selenskyj-Regime seine Ergebnisse beim Beschuß von militärischen, energetischen und ökonomischen sowie zivilen Zielen in der RF mit weitreichenden ukrainischen und



westlichen Flugkörpern propagandistisch auf, obwohl dadurch die Schlagkraft der RF-SK in der Spezialoperation nicht verringert wurde. Die Luftkosmische Verteidigung der RF hat die überwiegende Anzahl von Raketen und Drohnen abgewehrt und nur wenige durchgelassen, die dann meist auch noch von den funkelektronischen Mitteln vom Ziel abgelenkt wurden, so, daß es zwar begrenzte Verluste an Treibstoffen und Munition, aber kaum Volltreffer gab.

Der RF ist es gelungen, nicht nur ihre SK an der Front mit kriegstauglichen Waffen auszurüsten, sondern auch auf wesentlichen Gebieten eine technische und technologische Überlegenheit zu erreichen. Die Rückeroberung ihrer führenden Stellung im Weltraum (Einschränkung der Funktionstüchtigkeit gegnerischer Satelliten), die Produktion und Truppeneinführung immer neuerer Waffensysteme auf den Gebieten der Hyperschall-, Laser-, Plasmawaffen und solchen des funkelektronischen Kampfes, der Drohnen der Luftkosmischen Verteidigung und der Marine, verbunden mit neuen Führungs- und Kommunikationsmitteln, aber auch solchen für die Außerkraftsetzung von Kommunikations-, Führungs- und Lenksystemen (System Posoch), führten zu den besonders in letzter Zeit erzielten russischen Erfolgen auf dem Gefechtsfeld. Beispiele dafür sind die Auslöschung vieler geheimer Militärbasen und anderer wertvoller Ziele auf dem Territorium der Ukraine und neuerdings auch in den Nachbarstaaten Rumänien und Polen, die in den letzten Jahren mit vielen westlichen Milliarden aufgebaut worden waren, durch den Einsatz von verbundenen und nicht abwehrbaren russischen Hyperschallwaffen. So machten neue Mittel der Luftkosmischen Verteidigung (S-500, S-550, S-600) „störende und zielzuweisende“ US- und GB-Satelliten funktionsunfähig, moderne Flugzeuge und Flugkörper sowie die neuen Mittel des funkelektronischen Kampfes schalteten in der Ukraine die Kräfte der Luftverteidigung des gesamten kollektiven Westens aus. Den größten Imageverlust erlitten dabei die hoch gepriesenen Patriot-Komplexe der USA. Es kam auf diese Weise zur Enthauptung der Führung ihrer Streitkräfte im Ukraine-Konflikt. Dadurch können sich die Streitkräfte der Ukraine und der NATO auf den Territorien ihres Handelns nicht mehr sicher und geschützt fühlen. Alleine durch die Zerstörung der beiderseitig der Grenze vorhanden gewesenen Militärbasen konnten 85 % (Putin) der über diese Objekte geleiteten Waffen, Munition und andere wichtige westliche Lieferungen, darunter auch Taurus- und Tomahawk-Raketen, vernichtet bzw. nicht an die Front durchgelassen werden.

Diese durch die RF erzielten Resultate werden einen starken Einfluß auf mögliche

Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Konflikts haben.

Die letzte Position der RF zur Lösung des Ukraine-Konflikts hat der Beauftragte Putins, Dmitrijew, nach Washington als Vorschlag für das Gespräch Trump-Putin in Budapest, welches doch, wenn auch später (so Putin) stattfinden soll, mitgebracht. Inhalt:

1. Die RF ist bereit, der Ukraine Sicherheitsgarantien zu geben, wenn diese und der kollektive Westen solche auch für die RF einräumen.
2. Die Attacken auf russischsprachige Ukrainer im Osten, die sich verselbstständigt haben, müssen eingestellt und deren Selbständigkeit anerkannt werden.
3. Die Ukraine muß neutral und NATO-frei sein.

### Geopolitisches und militärtechnisch Überlegenes (Pepe Escobar)

In weniger als einem Jahr hat russisches wissenschaftliches Know-how mehrere militär-technische Durchbrüche hervor gebracht:

1. **Oreshnik:** Hyperschallmittelstreckenrakete ohne Atomsprenkopf, die bereits in der Ukraine mit der vollkommenen Zerstörung der Produktionsstätten von Rheinmetall erfolgreich getestet wurde.
2. **Burevestnik** (Sturmvogel): Nuklearer Marschflugkörper mit unbegrenzter Reichweite, der bereits aus dem Nordmeer bis nach Kamtschatka flog und das vorgesehene Ziel auf den Punkt vernichtete.
3. **Poseidon:** Atomgetriebener Torpedo, der unentdeckt unbegrenzt lange unter Wasser sein kann. Auf Kommando kann er dann mit einer nuklearen Sprengladung an feindlichen Küsten aufschlagen und er kann auch einen riesigen Tsunami auslösen. Er übersteigt die Zerstörungskraft der Sarmat-Rakete bei weitem.
4. **Chabarowsk:** Atom-U-Boot (Bote des Untergangs): Es kann 6 Poseidons (Unterwasser-Hochgeschwindigkeits-Atom-Torpedos) transportieren, die den Weltuntergang herbeiführen können.
5. **Posoch:** Ein Waffensystem, welches ein Verbund von Systemen des funkelektronischen Kampfes und von KI darstellt und ohne den Einsatz von Atom- u. a. konventioneller Waffen ganze Städte und Objekte, Satelliten und Kommunikationssysteme stilllegen kann. Es soll zur Plasma-Technologie gehören und ebenfalls bereits in der Ukraine zur Drohnenbekämpfung (zur Lähmung von Drohnen) erfolgreich eingesetzt worden sein. Diese Waffe soll das militär-strategische Gleichgewicht zukünftig verändern können.

Präsident Putin legte u. a. dar, daß die in Burevestnik und Poseidon verwendeten „kompakten Nuklearsysteme“ auch für die Schaffung neuer Energiequellen, unter

anderem für die Arktis, angepaßt werden und daß sowohl Burevestnik als auch Poseidon „ausschließlich in Rußland hergestellte Teile verwenden“.

In die Fußstapfen dieser und weiterer Technologien treten die Avangard- und Oreshnik-Systeme sowie die bereits unlängst erfolgreich gegen eine riesige rumänische Aufbereitungs- und Versorgungsbasis eingesetzte schwere Interkontinentalrakete Sarmat.

Die Sarmat kann 10 selbstlenkende, störgeschützte Sprengköpfe tragen, ist kompatibel mit dem Hyperschallgleiter Avangard, welcher jedem Raketenabwehrsystem ausweichen kann.

Kurz gesagt: Burevestnik und Poseidon „werden das strategische Gleichgewicht für das gesamte 21. Jahrhundert gewährleisten“.

Weitere Fakten: Putin und Xi unterzeichnen ein beiderseitiges Investitionsschutzabkommen, was bedeutet, daß China russische Unternehmen im Wert von Billionen Dollar, Sberbank, Rosneft und Lukoil, im Falle eines möglichen Krieges zwischen der NATO und Rußland schützen wird.

Zu den Zielen Rußlands und Chinas gehört der Aufbau eines Produktions- und Technologiegürtels vom russischen Fernen Osten bis nach Zentralasien.

Bis vor kurzem breitete sich über den gesamten NATO-Raum eine donnernde Stille aus, die durchdrungen war vom üblichen Geschwätz, daß „die Russen nur bluffen“. Heute vertreten diese Ansicht Teile der NATO, die EU und die Ukraine, während sich die USA am 10.11.25 wieder einmal von der Ukraine lossagten (die Unterstützung eingeschlossen) und sich eindeutig der Weltmacht Rußland zuwandten. Ausgelöst haben diesen Richtungswechsel der USA offensichtlich die Resultate Rußlands im Ukraine-Konflikt, die entschlossenen und überzeugenden militärischen Aktivitäten Rußlands in Lateinamerika (russisches Truppenkontingent in Venezuela, Militärbase auf Kuba) und vor den Küsten der USA (Atom-U-Boote der RF mit Hyperschallraketen und Atomtorpedos) sowie die bewiesenen Fakten der Existenz von russischen Überlegenheitswaffen. Da die bisherige aggressive Politik der USA gegenüber der RF ihrem Land keine Vorteile, sondern nur Nachteile brachte, sei es an der Zeit, so Trump, mit Rußland zu einer Kooperation überzugehen. Vielleicht waren es ja Xi und Orban, die Trump auf diesen Weg brachten. Rußland ist zu einem Treffen in Budapest mit solch einer Agenda jeder Zeit bereit.

Es wäre nur zu wünschen, daß sich Vernunft und Realismus durchsetzen, um den blutigen und zerstörerischen Ukraine-Konflikt und auch andere Konflikte zu beenden und die Welt in eine Friedensphase zu führen.

# Diplomatie als einziger Ausweg

Im Straßenverkehr heißt es, man möge besonders bei Nebel auf Sicht fahren. Aber allen guten Ratschlägen zum Trotz werden wir vor allem mit Beginn der dunklen und von Nebel geprägten Jahreszeit oft schon bei Tagesanbruch in den Nachrichten über zahlreiche Personen- und Blechschäden auf den Straßen informiert. Übertragen wir diese und alle anderen verkehrsrechtlichen Regeln und Verhaltensnormen auf die internationale Politik, müßten Worte wie Mitdenken, das Verständnis für die Perspektiven der anderen, das Sich-in-die-Lage-des-jeweils-andere-Hineinversetzen, Rücksicht, Respekt und Toleranz den Diskurs bestimmen – und die ausgestreckte Hand, aber nicht der moralisch und belehrend erhobene Zeigefinger (oder gar der vulgäre Stinkefinger) das Denken und Handeln zwischen den Völkern und Staaten prägen. Eigentlich gibt es dafür einen früher allgemeinverständlichen Begriff: Diplomatie. Dieser wird aber neuerdings ähnlich häufig und so unterschiedlich ausgelegt wie der Begriff Demokratie. Der Brigadegeneral a. D. Klaus Wittmann aus Potsdam diagnostiziert bei allen Menschen, die für Verständigung mit Rußland eintreten, Verhandlungen mit seinem Präsidenten unterstützen und für beidseitige Sicherheitsgarantien werben, Blindheit, Naivität und regelrecht sklavische Anbetung des russischen Präsidenten. In seinem letzten Beitrag (in der „Berliner Zeitung“ vom 30. Oktober) unterstellt er Putin, Diplomatie sei für ihn nur ein Mittel zur Kriegsführung und zum Zeitgewinn, während er Verhandlungsbereitschaft nur vortäusche und Präsident Trump zum Narren halte. Daß er nicht nur von Haß getrieben, sondern wirklich mit Blindheit geschlagen ist, stellt Wittmann mit folgendem Satz unter Beweis: „Welche ‚Staatskunst‘ soll man gegenüber dem besessenen und intransigenten russischen Despoten anwenden, der ständig seine Maximalziele bekräftigt?“ Wittmann sollte noch einmal (falls er sie überhaupt jemals gelesen hat) Putins Reden vom Jahr 2001 im Bundestag und 2007 auf der Münchener Sicherheitskonferenz studieren (siehe in diesem Zusammenhang „Von der Zeitenwende zur Systemwende“ in: „RotFuchs“ 9/2025, S. 3).

## Eine völlig absurde Ehrung

Eine Jury aus Politik und Wirtschaft, federführend dabei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, hat das NATO-Militärbündnis mit dem Westfälischen Friedenspreis (!) 2026 geehrt. Das „Verteidigungsbündnis“ steht laut Begründung für eine „regelbasierte Sicherheitsarchitektur, die Konflikte eindämmt und „Eskalationen vorbeugt“. Hier muß wohl einiges vom Kopf auf die Füße gestellt werden. In seinem jüngst erschienenen Buch „Hegemonie oder Untergang“ schreibt Rainer

Mausfeld: „Der Westen ist traditionell wenig fähig und wenig willens, Krisen zwischen Staaten auf diplomatischen Wegen durch einen Interessenausgleich beteiligter Staaten zu lösen. Er ist seit seinen Anfängen daran gewöhnt, Verträge nur so lange einzuhalten, wie es für ihn von Vorteil ist. Sobald er über die Gewaltmittel verfügte, sie zu brechen, hat er sie gebrochen. Diese Haltung hat in den USA von ihren Anfängen bis heute eine lange Tradition.“ Würden die Ureinwohner des Kontinents über ihr Leid und ihre Erfahrungen authentisch Zeugnis ablegen, könnten sie damit ganze Bibliotheken füllen. Wir geben Rainer Mausfeld noch einmal das Wort: „Diplomatie ist für den Westen keine Methode eines möglichen gewaltfreien Interessenausgleichs zwischen Staaten, sondern ein Mittel, in Situationen, in denen er sich im Moment nicht zur Durchsetzung seiner Interessen mit Gewalt – also nicht in der Position des eindeutig Stärkeren – fühlt, gleichsam eine Verschnaufpause zu verschaffen, bis er seine Beutezüge ungehindert fortsetzen kann ... In der Ukraine-Krise hat der Westen sich vollends als unwillig zur Diplomatie erwiesen. Mehr noch, er hat sich vertragsunfähig erwiesen, wie sich dies beispielhaft bei der (sabotierten, H. Sch.) Umsetzung des Minsk-II-Abkommens gezeigt hat.“ Drei weitere aktuelle Ereignisse sollen hinzugefügt werden, um unmißverständlich aufzuzeigen, mit welcher Arroganz der Westen „die internationale Rechtsordnung, wie sie in der Nachkriegszeit entstanden ist, bis in ihre Grundfesten zerstört hat“ (R. Mausfeld). Das ist zum einen der in Gaza vor den Augen der ganzen Welt durchgeführte Völkermord an den Palästinensern, der von militärischer, finanzieller und propagandistisch-medialer Unterstützung des gesamten Westens getragen wird. Zum anderen betrifft es – und hier müssen wir etwas tiefer ausholen – die Bombardierung eines souveränen Staats, des Iran, und seiner zivilen Atomanlagen.

## JCPOA

Der Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) war das Iran-Atomabkommen von 2015, das Irans Atomprogramm einschränkte, um die friedliche Nutzung zu gewährleisten im Austausch für die Lockerung von Sanktionen. Das Hauptziel der Vereinbarung war, sicherzustellen, daß Irans Atomprogramm ausschließlich zivilen Zwecken dienen und es dem Iran nicht ermöglichen soll, eine Atombombe zu entwickeln. Der Iran verpflichtete sich, seine Anreicherung von Uran zu begrenzen und seine nuklearen Anlagen wie Fordow und Natanz ausschließlich zivil zu nutzen. Hans Blix, sowohl ehemaliger schwedischer Außenminister als auch Generaldirektor der Internationalen

Atomenergie-Organisation (IAEO), hat auf einen wesentlichen Punkt verwiesen und damit für Klarheit gesorgt: China, Frankreich, Deutschland, Rußland, Großbritannien, die USA und Iran haben kein „Abkommen“ mit einer Ausstiegsklausel unterzeichnet. Sie haben überhaupt kein Dokument unterzeichnet. Was sie aber erreicht haben, hätte sich bei gutem Willen weitaus nachhaltiger auswirken können. Sie haben nach über zehn Verhandlungsjahren einen detaillierten Aktionsplan ausgearbeitet, der eine substantielle Reduzierung des iranischen Atomprogramms, eine strikte Inspektion durch die IAEO und – nicht zuletzt – die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen vorsah. Die von den Vereinten Nationen schon Jahre zuvor verhängten Sanktionen können aber nicht selbstherrlich nur von diesen am Aktionsplan beteiligten Nationen im Alleingang aufgehoben werden. Deshalb legten die sieben Staaten ihren Plan dem Weltsicherheitsrat vor, in dem Bestreben, daß von diesem Gremium die Aufhebung der Sanktionen beraten, unterstützt und beschlossen wird. So geschah es. Die dann folgenden Beschlüsse des höchsten Gremiums der Vereinten Nationen sind für alle UN-Mitglieder verbindlich und haben Gesetzeskraft. Ein „Ausstieg“ war und ist nicht vorgesehen. Allerdings wäre ein entsprechender Umgang mit Beschwerden möglich. Davon haben die USA bis zum heutigen Tag nie Gebrauch gemacht. Was sie aber getan haben, ist, den Iran erneut völkerrechtswidrig mit einem Sanktionsfuror zu überziehen. Sagen wir es so: Die USA haben einen Beschluß des UNO-Sicherheitsrats mehr als nur mit den Füßen getreten. Es kam aber noch schlimmer: Sie wollten und haben inzwischen alle anderen UN-Mitglieder gezwungen, sich am Bruch eines Beschlusses des UNO-Sicherheitsrats zu beteiligen, den zu respektieren sie eigentlich verpflichtet sind. Die EU („Vasallistan“) hat sich bereits gefügt. Der sich selbst als EU-Gang-Leader bezeichnende Bundeskanzler bedankte sich obendrein beim Trump-Regime für die Erledigung der „Drecksarbeit“ und bezeichnete so das zwölf Tage andauernde Bombardement der iranischen Atomanlagen. Mehr Völkerrechtsbruch geht nicht. Oder doch?

## INF

Es fällt schwer, ein Ranking der Vertrags- und Völkerrechtsverletzungen der USA und der NATO (mit ihrem derzeitigen Generalsekretär Mark Rutte) aufzustellen, zumal wir hier nur auf drei Beispiele eingehen können. Aber unter diesen nimmt die Geschichte des INF-Vertrags eine besondere Rolle ein, auch weil sie den oben diagnostizierten Befund Rainer Mausfelds eindrucksvoll bestätigt.

Mit dem am 8. Dezember 1987 unterzeichneten Vertrag über die Vernichtung aller landgestützten Nuklearraketen mittlerer und kürzerer Reichweite (zwischen 500 und 5500 Kilometer) verknüpften sich bis in die marxistisch orientierten Reihen der Friedensbewegung Hoffnungen auf einen friedensfähigen Kapitalismus – Hoffnungen, die sich schon wenige Jahre später als blanke Illusionen erweisen sollten. Der Imperialismus hatte nämlich schon längst damit begonnen, seine Pferde umzusatteln.

Erinnern wir uns: Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg nie ein Ziel aus den Augen verloren, nämlich den weltweiten Aufstieg der Sowjetunion mit allen Mitteln, also auch mit militärischen, einzudämmen. Alexander Haig, der damalige Außenminister der USA, gab dem „Spiegel“ 1981 ein ausführliches Interview, in dem er die langfristige Globalstrategie der imperialistischen Führungsmacht offenlegte. Die Interviewpartner des Nachrichtenmagazins stellten schließlich die Frage: „Wollen Sie damit sagen, daß die ganze Welt Sache der NATO sein sollte?“ Antwort Haig: „Die ganze Welt ist in der Tat Sache der NATO.“ Das Interview fand zu einer Zeit statt, als es in der Bundesrepublik und in anderen Ländern zur bis dahin größten Friedensbewegung kam. Bald darauf verzichtete der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow nach dem Motto „Der Klügere gibt nach“ auf ein Update der sowjetischen Mittelstreckenwaffen (SS-20). Damit durchkreuzte er das US-Vorhaben, nuklear bestückbare Mittelstreckenwaffen (Pershing 2 und Cruise Missiles) in der BRD aufzustellen (INF-Vertrag). Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wiegte sich das imperialistische Lager seinerseits in Illusionen. Ein geschwächtes Rußland mit einem willfähigen Präsidenten unterwarf sich anstandslos den Erwartungen des Westens, was den Glauben an eine dauerhafte Befestigung seiner globalen Vorherrschaft kräftigte.

Aus der Position der Stärke heraus, aber (noch) unterhalb der nuklearen Schwelle, wurden Versprechungen wie der Verzicht auf das Vorrücken der NATO bis an die Westgrenze Rußlands schnörkellos über den Haufen geworfen (Bill Clinton: „Wir haben gewonnen, nicht die.“) Regime-Changes und „Farbrevolutionen“ wurden vorangetrieben und schließlich der bis dahin wichtigste Abrüstungsvertrag (INF) gekündigt. Im Gleichschritt wurde und wird versucht, mit einer nicht enden wollenden Kette von Sanktionen (als Alternative zur militärischen Eskalation) Rußland zu strangulieren. Aber alle Anstrengungen, quasi ohne Verlust eigenen Bluts zum Ziel zu gelangen, blieben erfolglos. Im Gegenteil. Während der Westen sich permanent ins eigene Knie schießt, brach die russische Wirtschaft nicht zusammen, sie erholte sich, und eine internationale Isolierung wendet sich langsam aber sicher gegen die Urheber des Sanktions-Feldzugs. Dagegen wehrt sich das westliche Werte-Erhaltungsbündnis mit Händen und Füßen.

Genauer formuliert, es besinnt sich auf sein Kerngeschäft, die Militarisierung, in der Hoffnung auf eine Reanimierung einer einstmals von ihm dominierten unipolaren Welt. In Anspielung auf die Aussage seines ehemaligen Außenamtskollegen Alexander Haig stellte der russische Außenminister im Rahmen einer internationalen Sicherheitskonferenz in Minsk die rhetorische Frage: „Wollen wir, daß unser gesamter riesiger, wunderschöner Kontinent zu einem Herrschaftsgebiet der NATO wird?“ Seine eigentlich allgemeinverständliche wie selbstverständliche Antwort: „Nein, dem können wir nicht zustimmen. Entweder wird es eine universelle Sicherheit geben oder gar keine, und jeder wird auf sich allein gestellt sein.“ Aber den legendären „Wilden Westen“ hatten wir doch schon mit dem Genozid an der indigenen Bevölkerung Amerikas und mit den „importierten“, zu Sklaven zugerichteten Menschen aus vornehmlich afrikanischen Ländern ...

### „Das Spiel ist aus“, „Les jeux sont faits“

Oder – damit man es auch im Weißen Haus versteht: „The chips are down“. Dies ist der Titel eines 1947 erschienenen Drehbuchs des französischen Schriftstellers und Philosophen Jean-Paul Sartre. Auf die deutsche Außenpolitik trifft eher die Eigenschaft der Begriffsstutzigkeit zu, wenn es um ihre Beziehungen zur Volksrepublik geht. „Die chinesische Staatsführung muß wissen, daß wir das nicht akzeptieren, was da gerade passiert.“ (Friedrich Merz zu den chinesischen Exportkontrollen als Reaktion auf die US-Politik) Oder Außenminister Wadepul sinngemäß: Wer erlaubt eigentlich Xi Jinping, die russische Aggression gegen die Ukraine zu unterstützen? Kurzum: „Die deutsche Diplomatie hat in ihrer arrogant-rassistischen Grundeinstellung noch immer nicht begriffen, daß die Zeit, anderen Ländern geistig-moralische Lektionen zu erteilen, endgültig vorbei ist.“ (Dominick Pietzker, „Berliner Zeitung“, 11. 11.) In derselben Ausgabe schreibt Frank Sieren, der bereits fünf Bücher zum Thema China veröffentlicht hat: „Der Unwille, die eigene Position in der Welt realistisch einzuschätzen, d. h. das Gefühl, daß Deutschlands – ja Europas – Einfluß schwindet, mischt sich mit dem Drang, besonders selbstbewußt aufzutreten. Während der deutsche Außenminister China als das Land beschreibt, das das Völkerrecht mißachtet, nennt Indonesiens Präsident Prabowo Subianto die Volksrepublik China eine ‚Zivilisation, die nach Harmonie und Gemeinwohl strebt‘. Das deutsche Selbstbild einer moralischen Überlegenheit ist so peinlich, daß es an die berüchtigte „Hunnenrede“ Kaiser Wilhelms II. erinnert, die wir deshalb hier in einem etwas längeren Auszug wiedergeben: „Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wißt: Pardon wird nicht gegeben.

Gefangene werden nicht gemacht. Führt eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen. Wahr! Manesucht! Der Segen Gottes sei mit euch, die Gebete eines ganzen Volkes, meine Wünsche begleiten euch, jeden einzelnen. Öffnet der Kultur den Weg ein für allemal! Nun könnt ihr reisen! Adieu Kameraden! Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, daß es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen!“ (Aus: Johannes Penzler (Hg.): Die Reden Kaiser Wilhelms II. Bd. 2: 1896–1900. Leipzig o. J.) Aber noch ist das Spiel nicht aus. Wenn gesagt wird, daß die Welt schon längst nicht mehr unipolar ist, heißt das noch lange nicht, daß alle Staaten dieser Welt mit diesem Befund einverstanden sind und ihn zur Richtschnur ihres Handelns gemacht haben. Wir kommen zum Schluß noch einmal auf den ehemaligen US-Außenminister Haig („Die ganze Welt ist Sache der NATO“) zurück und auf Rainer Mausfeld: „Im Fall der heutigen politischen Führungseliten des Westens muß man die Frage, ob man es noch mit rational denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Akteuren zu tun hat, wohl entschieden verneinen. Im Kampf um seine Hegemonie ist der Westen bereit, eine nukleare Katastrophe nie gekannten Ausmaßes zu riskieren.“ Ihm gegenüber eine Gegen-Hegemonie aufzubauen, heißt nichts weniger als einen antiimperialistischen Klassenkampf zu organisieren, der gegen einen Gegner geführt werden muß, der sich seit seiner Existenz im Kriegs- und Expansionsmodus befindet. Eine Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit, über Hintergründe und Vorgeschichte des Ukraine-Konflikts zu reflektieren, springt auf einseitig besetzten Talkshows und auf Bundespressekonferenzen jedem ins Auge. Auf letzteren wird jede Frage, jedes Argument mit dem Standard-Mantra abgefertigt, daß Rußland einen nichtprovozierten und einen durch nichts zu rechtfertigenden völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führe und in dessen Verlauf die europäische Friedensordnung „zertrümmert“ habe (so Bundespräsident Steinmeier). Es ist beklagenswert und peinlich, daß diese eindimensionale Sichtweise auch tief ins linke Lager eingeht, wo viele ihre Analysekompetenz geopfert haben und in das Gewand von Moralaposteln geschlüpft sind. Nicht peinlich, aber vielleicht naiv ist die Hoffnung, die ich am Anfang meines Beitrags zum Ausdruck zu bringen versucht habe.

Hans Schoenefeldt

# Das Bekenntnis eines österreichischen Bestsellerautors

Seit vielen Jahren ist der in Vorarlberg geborene und dort aufgewachsene Michael Köhlmeier (\*1949) als ein in Permanenz publizierender Literat im deutschen Sprachraum bekannt. (...)

Nach seiner Matura am Bundesgymnasium in Feldkirch (1970) konnte Köhlmeier sein Studium in die Bundesrepublik Deutschland beginnen. (...)

Wie hat Köhlmeier seine Aufbruchjahre als Student in Westdeutschland reflektiert? Sein neues Buch „Dornhelm. Roman einer Biografie“ dokumentiert die Verantwortung von Intellektuellen für unserer barbarischen Gegenwart.[1] Die dort abgedruckten „Gespräche“ zwischen den beiden langjährigen und in ihrer Haltung sich nicht unterscheidenden Freunden Michael Köhlmeier und Robert Dornhelm (\*1947) dokumentieren, wie beide sich den Applaus des herrschenden Systems samt das dazu gehörende Honorar verdienen. (...)

## Zwei moderne Intellektuelle versinken im Sumpf des Antikommunismus

(...) Das System der kapitalistischen Gesellschaft wird von Köhlmeier nirgends hinterfragt, alles erhält eine Fassade religiöser Mystik. Deshalb erhält dieser Bestsellerautor viele Preise wie zum Beispiel von einer deutschen Stiftung, die nach jenem Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967) benannt ist, der die Bundesrepublik Deutschland im Bund mit den USA zum Aufmarsch gegen die sozialistischen Länder wiederaufgerüstet hat und dessen engster Berater der Holocaust-Planer Hans Globke (1898–1973) war.[2] Andreas Batlogg SJ (\*1962) hat als damaliger Chefredakteur der jesuitischen Kulturzeitschrift „Stimmen der Zeit“ für deren Septemberheft 2017 Köhlmeier Platz für dessen Essay zum „Finden und Erfinden“ der Passionsgeschichte eingeräumt, die diesem „die Fortführung, die Erhöhung einer Realität ins Mythische“ ist.[3] Das Kreuz, welches die unterdrückten, ausgebeuteten und vom Genozid bedrohten Völker in der Realität tragen müssen, wird durch solche reaktionären Mystiker verhüllt. Am 4. Mai 2018 richtete Köhlmeier im Zeremoniensaal der Hofburg zum Gedenktag an die Opfer von Gewalt und Rassismus politisch opportune Worte über seine Wahrnehmung der in Österreich tatsächlich latenten Gefahr der Wiederkehr des NS-Antisemitismus. Der Name von George Soros (\*1930) werde nach seiner Meinung als „Klick“ für „Verschwörungstheorien“ verwendet.[4] Eben dieser George Soros, der als die faschistische Herrschaft

in Ungarn überlebender Jude 1947 nach Großbritannien emigriert ist und dann in den USA durch geglückte Devisen- und Aktienspekulationen ein gigantisches, sich immer mehr anhäufendes Vermögen erwarb, finanziert mit seinem globalen Netzwerk in Verkleidung eines Philanthropen jene gesellschaftliche Strömungen, die für die globale Weltherrschaft des Kapitals nützlich erscheinen. Der Konflikt zwischen dem US-Präsidenten Donald Trump (\*1946) und George Soros, über den die Medien berichten, ändert nichts an der realen Rolle von George Soros als Repräsentant der Reichen, die in unserer Welt Hunger und Verelendung der Armen zu verantworten haben. Seine Einladung in den Zeremoniensaal wird Köhlmeier jenem Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka (\*1956) zu danken haben, der sich in der Maske des Kämpfers gegen den Antisemitismus als Botschafter des faschistischen Weges der Regierung Benjamin Netanjahu (\*1949) betätigt. Der österreichische Zeithistoriker Gerhard Botz (\*1941) hat diese Rede von Köhlmeier zum Unterschied von Paul Lendvai (\*1929)[5] als „daneben“ qualifiziert, auch deshalb, weil dessen Behauptung, die Nationalsozialisten hätten durchgehend versucht, Juden an Flucht und Emigration zu hindern, falsch ist.[6]

## Blick auf die Russen

Kennt Michael Köhlmeier die Geschichte des russischen Volkes? In der Beilage „Freizeit“ (4. Februar 2024) der Wiener Tageszeitung Kurier gibt er aus Anlaß der Veröffentlichung seines Romans „Das Philosophenschiff“[7] ein Interview, dem er das Motto „Ich strebe keine Macht an“ gibt. Dieses Köhlmeier-Buch, das von der angeblichen Deportation von Intellektuellen aus dem revolutionären Sowjet-Rußland handelt, ist eine Karikatur der in wenigen Zeilen lyrisch geformte „Lebensfahrt“ von Heinrich Heine (1797–1856) „Ich hab ein neues Schiff bestiegen, / Mit neuen Genossen“.[31] Daß der russische Präsident Wladimir Putin (\*1952), so Köhlmeier in seinem Interview, sich „gerade im Land, so hoher Zustimmung erfreut, obwohl die Söhne im Krieg fallen, hat auch damit zu tun, daß es in Rußland keine Tradition einer liberalen Gesellschaft gibt. Es ist ein Untertanenvolk. Das klingt böse, es ist auch nicht spottend gemeint, aber das ist ein Volk, das immer nur gewohnt war, untertan zu sein“. Für den öffentlich wirkenden Intellektuellen Michael Köhlmeier zählt die historische

Wahrheit nichts, er will diese im propagandistischen Interesse der europäischen und US-amerikanischen Kriegstreiber interpretieren.

Der Autor dieses Artikels hat dazu an die Chefredaktion des „Kurier“ eine „Lesermeinung“ zur Veröffentlichung adressiert. Zu einer Veröffentlichung ist es nicht gekommen, die Einsendung wurde vom „Kurier“ an Köhlmeier weitergeleitet. Der Versuch, in einen Dialog einzutreten, mußte scheitern. Es läßt sich letztendlich in dem sich zuspitzenden Klassenkampf eben nur auf einer Seite der Barrikade stehen.

## Gerhard Oberkofler an Chefredakteurin des Kurier. E-Mail vom 3. Februar 2024

(...) In der heutigen Kurier-Beilage lassen Sie Ihren Interviewpartner Michael Köhlmeier sein Dogma vertreten, die russischen Menschen seien ein „Untertanenvolk“. Das russische Volk ist, so Köhlmeier, „ein Volk, das immer nur gewohnt war, untertan zu sein“. Eine derartige offen rassistische Propaganda ist wahrlich erschreckend. Nicht anders hat der deutsche Faschismus mit seinen politischen Führern und intellektuellen Lakaien argumentiert, um den Eroberungszug im Osten zu rechtfertigen. Michael Köhlmeier sitzt nicht als fiktiver Gast in einem „Philosophenschiff“, sondern er ist ein angemessen ausgehaltener Intellektueller im „Sklavenschiff“ der Meinungsmanipulation im Interesse der Rüstungsindustrie und Kriegstreiber. Er verfälscht zudem schamlos die Geschichte. Notabene war dieses „russische Untertanenvolk“ hauptbeteiligt an der Befreiung Österreichs vom deutschen „Herrenvolk“.

## Michael Köhlmeier an Gerhard Oberkofler. E-Mail vom 5. Februar 2024

(...) Ich wollte sagen und aus dem Zusammenhang des Interviews könnte man das schließen, jedenfalls dann, wenn man mir nicht sofort alles Schlechte zuschreibt, daß die Menschen in Rußland keine demokratische oder liberale Tradition haben, die so mächtig gewesen wäre, den Despotismus zu besiegen. Ja, ich bin der Meinung, die russische Revolution war ein Putsch einer kleinen, straff organisierten Partei, die von Lenin geführt wurde. Der von mir verwendete Begriff „Untertanenvolk“ kann wohl nur polemisch verstanden werden, das tut mir aufrichtig leid. Wenn ich gesagt habe, „das russische Volk war immer nur gewohnt, untertan zu sein“, dann wäre mir lieb, wenn Sie ein Beispiel aus der Geschichte nennen könnten, das diese Meinung widerlegt. (...)



**Gerhard Oberkofler an Michael Köhlmeier.  
EMail vom 6. Februar 2024**

(...) Ich bin wie Sie kein Kenner der russischen Geschichte und bin auch zögerlich zu sagen, daß ich die österreichische Geschichte wirklich kenne.

Kann „ein“ Beispiel aus der Geschichte Ihre Meinung widerlegen, daß „das russische Volk immer nur gewohnt war, untertan zu sein“? Wenn ich Ihnen nun schreibe, daß im Oktober 1905 ein gesamtrussischer Generalstreik unter der Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft! Es lebe die demokratische Republik“ erfolgt ist und in Petersburg, Moskau und anderen Städten Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten entstanden sind, es im Dezember 1905 in Moskau einen von den zaristischen Truppen niedergeschlagenen Aufstand gegeben und die demokratisch revolutionäre Bewegung bis zur ihrer endgültigen Niederschlagung bis 1907 angedauert hat, so lassen sich solche Fakten, wenn man denn will, eigentlich überall nachschlagen.

Dasselbe gilt von der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 in Rußland, zu einer Zeit, als Lenin noch in der Zürcher Spiegelgasse im Asyl war, und von der

Oktoberrevolution 1917, die den blutigen Despotismus des zaristischen Systems beendet hat.

Lenin wird in unserer „freien Presse“ als Massenmörder dargestellt. Was aber hat den Friedensfreund Albert Einstein dazu veranlasst, zu Lenins Todestag für die Soncino Gesellschaft der Freunde des jüdischen Buchs zu Berlin zu schreiben:

„Ich verehere in Lenin einen Mann, der seine ganze Kraft unter völliger Aufopferung seiner Person für die Realisierung sozialer Gerechtigkeit eingesetzt hat. Seine Methode halte ich nicht für zweckmäßig. Aber eines ist sicher: Männer wie er sind die Hüter und Erneuerer des Gewissens der Menschheit“. In unserer multipolaren Welt, in der ein Weltkrieg sich ausbreitet, halte ich Ihr publiziertes Eintreten für die Kennzeichnung von „Untertanenvölkern“ für eine Art von Wiederbetätigung, die sich nicht allein auf einen „Führergruß“ reduzieren läßt. Ihre Publikation dient allein dem Aufmarsch gegen die „Russen“ und ist kriegstreibend.

**Prof. Dr. Gerhard Oberkofler**

Redaktionell gekürzt

Quelle: Zeitung der Arbeit, Wien, 21.10.2025

[1] Paul Zsolnay Verlag Ges. m. b. H., Wien 2025.

[2] Stimmen der Zeit 142 (2017), Heft 9, S. 634–640.

[3] Rede Michael Köhlmeier.pdf

[4] Vgl. Paul Lendvai: Vielgeprüftes Österreich. Ein kritischer Befund zur Zeitenwende. ecoWing Salzburg 2. A. 2022, S. 94–97 („Michael Köhlmeiers zeitlos gültige Warnung“).

[5] Köhlmeiers Paukenschlag ging daneben – Kommentare der anderen – derStandard.at > Diskurs

[6] Carl Hanser Verlag GmbH München 2024.

[7] Vgl. Ich hab ein neues Schiff bestiegen ... Heine im Spiegel neuer Poesie und Prosa. Eine Anthologie. Herausgegeben von Uwe Berger und Dr. Werner Neubert. Mit einer Graphik von Ursula Mattheuer-Neustädt. Aufbau-Verlag Berlin und Weimar 1. A. 1972.

## Zu jedem Verbrechen bereit

Im Kalten Krieg waren wir nicht so nah am atomaren Weltkrieg. BRD-Politiker mit Vernunft und Verstand unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs gab es noch. Eine starke, über Parteien und ideologische Grenzen hinausgehende, aktive Friedensbewegung im Westen dürfte ihren Einfluß besessen haben.

Wir erinnern uns daran, wie während der Existenz des sozialistischen Weltsystems kein Feind schlimmer, aggressiver, eroberungssüchtiger und übermäßig hochgerüstet gewesen sein soll als eben diese sozialistische Staatengemeinschaft mit der Sowjetunion an der Spitze, vor der im Westen unaufhörlich gewarnt wurde. „Die Russen kommen“, war der Bevölkerung im Westen in Herz und Hirn gehämmert. Unbeeindruckt von alledem, in historischem Bewußtsein und Wissen, setzte die DDR mit dem Warschauer Vertrag auf konsequente Friedenspolitik, die heute – obwohl zur historischen Wahrheit gehörend – geleugnet und in ihr Gegenteil verkehrt wird. Wie der Antifaschismus wurde die Friedensbewegung im sozialistischen deutschen Staat als „verordnet“ diffamiert. Vergessen wird dabei, auf Frieden als Staatspolitik konnte sich die Bevölkerung verlassen, mußte nicht

„verordnet“ ihren Friedenswillen auf der Straße demonstrieren, sie tat es freiwillig. Der Scholzschen Zeitenwende ging die Zeitenwende 1990 voraus. Die Friedensbewegung West zerfiel, löste sich nach und nach bis auf ihren bewußtesten Teil auf. Haben da etwa nicht große Teile geglaubt, mit Wegfall des Sozialismus sei der ewige Frieden geboren, was anfangs die Wölfe im Schafspelz verkündeten. Es dauerte nicht lange, spätestens mit dem Balkankrieg zeigte sich Kapitalismus in seinem Raubtierwesen.

Erst das Wissen um die Vorgeschichte der Friedensbewegung läßt uns die Antworten auf brennende Fragen um Krieg und Frieden unserer Tage finden. Aus der Geschichte erklärt sich, warum die Mobilisierung so mühsam ist, sich das Gewinnen für den Friedenkampf sehr schwertut und einstige Friedenskräfte aus Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden bis zu den Grünen und der SPD heute weitgehend fehlen. Wie viele von ihnen sind heute vereinnahmt von der offiziellen Politik, sind auf den Regierungsbänken angekommen, erklären uns sogar, warum sie Krieg als Voraussetzung für Frieden sehen. Die Spreu hat sich vom Weizen getrennt. Sozialismus ist vorerst Geschichte, die Jahrzehnte beschworene

„Gefahr“ ist gebannt, wozu also für Frieden demonstrieren, mag wohl die Frage vieler gewesen sein. Folgerichtig wird uns das alte, neue Feindbild vorgeführt. Wer bis heute die Ursachen, Hintergründe, Wurzeln der Kriege noch nicht begriffen hat, wie sie kapitalistische Verhältnisse objektiv hervorbringen, der vermag die wahren Gefahren, wovon sie ausgehen, nicht zu erkennen. Westliche Mediengewalt, Massenverblödung, Irreführung tut ihr übriges. Dem Volk das schreckliche Feindbild täglich vorführen, Haß schüren, Kriegsbereitschaft fordern, wird als Friedensdienst und -kampf in altbewährter Tradition den Menschen weisgemacht. So erklären sich viele der Schwierigkeiten im Kampf für Frieden. Es bleibt nichts anderes, als den Zusammenhang von Krieg, Rüstung und Kapitalismus immer wieder zu erhellen, nicht als moralische, sondern als sehr monetäre tödliche Frage zu erklären, profitabel für die Besitzenden, vernichtend für die Ausgebeuteten. „Zu allem entschlossen“, das darf niemand als Floskel auffassen. Kapital ist bei Strafe des eignen Untergangs und für maximale Profitraten zu jedem Verbrechen bereit.

**Roland Winkler, Aue**

# Warum Deutschland die „Drecksarbeit“ für Trumps Gaza-Plan übernimmt

*Deutschland und Europa haben erst Israel dabei geholfen, Gaza zu zerstören, und verpflichten sich jetzt auf Drängen der USA, die Rechnung für den Wiederaufbau zu zahlen. Erklären läßt sich das nur mit geopolitischen Interessen des Westens im Nahen Osten.*

Bei der Zeremonie im ägyptischen Badeort Scharm el-Scheich versammelten sich Mitte Oktober die Oberhäupter von europäischen und arabischen Staaten hinter US-Präsident Donald Trump. Der deutsche Kanzler Friedrich Merz wirkte am Rand der Szenerie für die Friedensshow etwas verloren. (...) Nicht nur er, sondern die Europäer insgesamt fühlten sich sichtlich unwohl in der ihnen zugewiesenen Statistenrolle und lächelten gequält in die Kameras. Der Friedensplan für Gaza wurde von Katar, Ägypten, der Türkei und den USA unterzeichnet, nicht von den Europäern oder der EU.

Nun will die deutsche Regierung zumindest die erste Geige unter den zweiten Geigen bei der Umsetzung von Trumps Friedensplan spielen, der in Wirklichkeit eine verschärfte Besatzungspolitik enthält – ohne Perspektive auf ein Ende von Fremdherrschaft, Entrechtung und Blockade des Palästinenserstaates durch Israel und die USA. In diesem Sinn soll Merz seinen Kollegen Keir Starmer in London und Emmanuel Macron in Paris gesagt haben: „Die harte Arbeit wird erst morgen beginnen.“ Dabei wolle Berlin vorangehen.

Die harte Arbeit – oder die „Drecksarbeit“, um es in den Worten auszudrücken, die Merz mit Blick auf Israels Gaza-Krieg wählte – bedeutet vor allem den Wiederaufbau Gazas. Zusammen mit Ägypten plant die deutsche Regierung einen Spendengipfel. Schätzungen gehen von rund 80 Milliarden Dollar an Kosten für den Wiederaufbau aus. Aber sie könnten noch deutlich höher liegen. (...) Wie zuvor wird den Europäern wie den arabischen Ländern von den USA die Rolle zugewiesen, die Rechnung für die Schäden der Verwüstungen zu übernehmen, die vor allem mit US-Waffen (im Wert von fast 22 Milliarden US-Dollar) und israelischen Soldaten in den besetzten Gebieten angerichtet worden sind. Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, 200 Millionen Euro an Soforthilfe für Gaza bereitzustellen. (...)

Allgemein wird bei Deutschlands eherner Unterstützung Israels auf den Holocaust – die Verantwortung für den jüdischen Staat wegen der historischen Schuld Deutschlands – verwiesen. Doch die deutsche Staatsräson gegenüber Israel hat weniger

mit Moral als mit der Einfügung in ein geopolitisches Korsett zu tun.

## Blut für Öl

Während des zweijährigen Genozids an der Bevölkerung im Gazastreifen steigerte Berlin die Waffenlieferung an Israel um das Zehnfache. Man enthielt sich bei den Resolutionen zu einer Gaza-Waffenruhe in der UN-Generalversammlung, die von einer überwältigenden Mehrheit der Staatengemeinschaft unterstützt wurden, und intervenierte an der Seite Israels beim Internationalen Gerichtshof (IGH), als Südafrika die Netanjahu-Regierung anklagte, Völkermord in der Enklave zu begehen.

Auch bei der historischen UN-Resolution im letzten Jahr, die Israel aufforderte, die Okkupation von palästinensischen Gebieten zu beenden, enthielt sich Deutschland der Stimme. Der IGH hatte zuvor in einem wegweisenden Urteil die Besatzung von Gaza und des Westjordanlands inklusive Ostjerusalems durch Israel für illegal erklärt. (...) Die deutsche Regierung betonte außerdem bis zum Schluß, trotz der massiven Kriegsverbrechen und Verwüstungen im Gazastreifen und auch im Westjordanland, das Recht Israels auf Selbstverteidigung, obwohl Völkerrechtler klarstellen, daß eine Besatzungsmacht kein Kriegerrecht gegen die besetzte Bevölkerung geltend machen kann, sondern im Gegenteil Schutzpflichten habe. Auf EU-Ebene verhinderte Deutschland die Initiative, Sanktionen zu ergreifen und eine Teilaussetzung des EU-Assoziierungsabkommen mit Israel, also die Streichung von Handelsvorteilen, umzusetzen, um Druck auf Tel Aviv zu machen, den Völkermord zu stoppen. (...)

Um zu verstehen, warum vor allem die Bundesregierung, aber auch die meisten EU-Staaten in Gaza derart versagt haben, lediglich rhetorische Kritik übten, aber ansonsten im von den USA und Israel vorgegebenen Rahmen agierten, muß man sich klarmachen, daß die Europäer insgesamt nur eine dienende Funktion innerhalb des Israel-Palästina-Konflikts spielen. Deutschlands Rolle ist den geopolitischen Interessen der USA in der Region untergeordnet. Für die US-Außenpolitik hat Kontrolle über die fossilen Energiereserven im Nahen Osten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs oberste Priorität. So hieß es in einem Papier des Außenministeriums an den damaligen Präsidenten Harry Truman 1945, daß vor allem in der Golfregion eine „überwältigende Quelle strategischer Macht und einer der größten materiellen Gewinne in der Weltgeschichte“ zu finden seien. Die

USA übernahmen in der Nachkriegszeit von Großbritannien die Kontrolle über die fossilen Energieressourcen in der arabischen Region.

Man bezog zwar nie viel Öl aus dem Nahen Osten. Aber es war für die USA zentral, den Ölpreis in ihrem Sinn kontrollieren zu können und dafür zu sorgen, daß der enorme Reichtum aus den Energieressourcen im Nahen Osten, insbesondere der Golfregion, Richtung Westen fließt, in Form von Waffenkäufen, Investitionen, diversen Importen und Finanzinvestments. Was dann auch geschah im Zuge der Petro-Dollar-Geopolitik.

Ab den 70er Jahren lösten die US-Verbündeten Saudi-Arabien und Iran Venezuela als größten Ölexporteur ab, während sich im arabischen Raum, wie es in Aktenvermerken des Nationalen Sicherheitsrats (NSC) der USA hieß, „radikale“ pan-arabische nationale Bewegungen ausbreiteten, die sich von westlicher Dominanz lösen wollten. In Ägypten fanden unter Präsident Gamal Abdel Nasser Verstaatlichungen statt, während er die arabischen Staaten unter einer sozialistischen Agenda vereinen wollte. Progressiver arabischer Nationalismus vertrieb die Vereinigten Staaten sogar zeitweilig aus Saudi-Arabien. Sie verloren dort ihre militärische Präsenz und einen Stützpunkt. Auch in anderen ölproduzierenden Ländern übernahmen „radikale“ Nationalisten die Macht, wie im Irak, Algerien oder später in Libyen. (...) Diese gegen die US-Interessen gerichteten arabischen Unabhängigkeitsbestrebungen wurden von Washington als reale Gefahr angesehen. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die besondere Beziehung zwischen den USA und Israel. Israel-Unterstützung wurde in Folge als logische Konsequenz angesehen, dieser Bedrohung entgegenzutreten. (...)

Nach dem Sechstagekrieg von 1967, bei dem Israel die größte Militärmacht in der Region, Ägypten, und zugleich Syrien schlug, womit es zum Sparta des Nahen Ostens aufstieg, erkannten die USA im jüdischen Staat einen strategischen Verbündeten, der seitdem (...) für die Vereinigten Staaten die Funktion einer Barriere gegen nationale Unabhängigkeitsbestrebungen im arabischen Raum ausübte. (...) Die US-Hilfen und Waffenexporte für Israel stiegen in den 70er Jahren an, ebenso die Vetos im UN-Sicherheitsrat, die Israel vor Sanktionen und einem Palästinenserstaat schützten.

Die „bedingungslose“ Unterstützung Deutschlands für Israel war immer an diese Bedingung geknüpft. (...)

## Die Israel-First-Doktrin

Tatsache ist: Vor dem Hintergrund der US-Dominanz im Nahen Osten und der Golfregion und der damit zusammenhängenden Unterstützung Israels wurden Europa und Deutschland ihre Rollen zugewiesen. Nicht selten mußten sie eigene nationale Interessen dabei zurückstellen. So führte der Jom-Kippur-Krieg Israels gegen arabische Länder 1973 zum Embargo der arabischen OPEC-Staaten und zur Öl- und Wirtschaftskrise. Die Westeuropäer waren besonders betroffen, da sie damals noch 75 Prozent des Öls aus der Region importierten, einschließlich Westdeutschland. Seitdem hat man diese Abhängigkeit reduziert, indem die Energieimporte diversifiziert wurden. Aber mit dem Ukraine-Krieg und den Sanktionen gegen Rußland ist man wieder stärker auf die Ölmonarchien angewiesen (...) Zugleich beeinträchtigt das von den USA und Israel forcierte Sanktionsregime gegen den Iran das „besondere Verhältnis“, das Deutschland und Europa mit der islamischen Republik unterhalten, nicht so sehr angetrieben von ökonomischen, sondern geopolitischen Interessen. (...) Die BRD versucht dabei, einen Balanceakt zu vollziehen und ihre eigenen Interessen in der Region, die wirtschaftlichen und geopolitischen Beziehungen mit arabischen und muslimischen Ländern in Bezug auf Handel oder fossile Importe, vor den negativen Effekten, die aus der Unterstützung für die Besatzungspolitik Israels folgen können, zu schützen. Das haben sie lange Zeit durch moderates, vermittelndes Auftreten – Mediation und Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde, Betonung von nichtmilitärischen, diplomatischen Lösungen, Übernahme der EU-Linie für eine Zweistaatenlösung und begrenzte Kritik am Vorgehen Israels – getan. Auf die

Realpolitik hatte das aber keine Auswirkungen. Auf die Worte folgten keine Taten. (...)

Seit den Gaza-Kriegen ab 2008 infolge der Hamas-Wahl hat sich die Linie der BRD noch verschärft und militarisiert. Deutschland tritt seit der aktiven Teilnahme an diversen Kriegen in den 90er Jahren insgesamt aggressiver auf der Weltbühne auf, von der Beteiligung an den Jugoslawien-Kriegen bis zur Afghanistan-Besatzung und der Unterstützung für den Irak-Krieg. Die militärischen Angriffe Israels auf die besetzte Bevölkerung wurden von deutscher Seite tatkräftig unterstützt und gerechtfertigt. Zugleich bekämpft man in der BRD Israel-Kritik immer vehementer mit dem Vorwurf des Antisemitismus, begrenzt die Meinungsfreiheit mit repressiven Mitteln – siehe das vom Bundestag beschlossene BDS-Verbot, Mittelkürzungen bei Israel-Kritik, Polizeigewalt gegen Demonstrationen oder Strafen für Protestierende, die sich gegen Israels Kriegsverbrechen aussprechen. (...)

Aber während weitere westliche Staaten Palästina als unabhängigen Staaten erkannten und so die Gesamtzahl dafür in der UN auf 157 Länder brachten, ist Deutschland neben Italien weiter das einzige große europäische Land, das sich der Anerkennung widersetzt.

Die UN-Resolution blieb aber ein Papier-tiger. Sie wurde lediglich in einer Vollversammlung verabschiedet, die nicht die Macht hat, eine formelle Anerkennung zu vollziehen. Um das Veto der USA im Sicherheitsrat zu umgehen, hätte man, wie der US-Journalist Nicolas J.S. Davies argumentiert, eine Dringlichkeitssitzung einberufen müssen. Dann hätte man unter dem Grundsatz „Vereint für den Frieden“ Palästina offiziell anerkennen und als Vollmitglied der Vereinten Nationen aufnehmen

können. Beim Eintritt Rußlands in den Ukraine-Krieg 2022 wurde von dem Mittel der Dringlichkeitssitzung Gebrauch gemacht, um Maßnahmen am Sicherheitsrat und Veto Rußlands vorbei zu vereinbaren. Im Zuge der Notstandssondertagung für Palästina hätten die UN dann die angekündigten koordinierten Schritte unternehmen können, um einen Waffenstillstand zu erwirken und einen Palästinenserstaat durchzusetzen. Das hätte in Form von einem UN-angeleiteten Waffenembargo, ökonomischen Boykotten und anderen konkreten Maßnahmen geschehen können, um Israel zur Einhaltung internationalen Rechts und der UN-Resolutionen zu zwingen.

Doch statt dessen verpuffte die Initiative wegen fehlenden Muts in Folgenlosigkeit. (...) Trump nutzte das, um zeitgleich seinen von israelischen Interessen dominierten Besatzungsplan durchzusetzen, ein Rezept für weitere Eskalation, Elend und Gewalt, auch wenn die zwischenzeitliche Beruhigung der Lage zu begrüßen ist.

Das Mittel von Sanktionen, um die Zweistaatenlösung im Zuge einer Dringlichkeitssitzung auf UN-Ebene zu erwirken, steht aber weiter zur Verfügung. Doch dieser Weg wird nur dann beschritten werden, wenn die Regierungen in Europa und den arabischen Staaten von Zivilgesellschaft und Bevölkerung dazu gebracht werden, einen palästinensischen Staat nicht nur anzuerkennen, sondern realpolitisch durchzusetzen.

**David Goeßmann**

*Redaktionell gekürzt  
IMAGO / Xinhua, 30.10.2025*

*David Goeßmann ist Journalist und Buchautor. In seinen Büchern analysiert er Klimapolitik, internationale Beziehungen, globale Gerechtigkeit und die Medienberichterstattung.*



**WIE SIEHT ES AUS MIT OFFENEN ZECHEN?  
WER GAZA ZERSTÖRT HAT, SOLL DAFÜR  
AUCH BLECHEN!**

**Lutz Jahoda**

# Zahlen des Völkermordes in Gaza

## Wiederaufbau des Gazastreifens wird Generationen dauern

Ausgeschlossen von den politischen Spielen, die die „Siegermächte“ im Gaza-Krieg vor der internationalen Presse aufführen, arbeiten die Organisationen der UNO die Folgen des Krieges statistisch aus. In genauen Schaubildern werden aktuell die „Auswirkungen auf den Gazastreifen“ aufgelistet. Gesichtslose Zahlen, hinter denen sich das Grauen für die mehr als zwei Millionen Menschen, die den israelischen Vernichtungskrieg in dem palästinensischen Küstenstreifen überlebt haben, nicht einmal erahnen lassen. Ein besonders großer Schock wird der Anblick des zerstörten Gazastreifens für die Menschen sein, die Anfang des Krieges verhaftet wurden und im Zuge des Gefangenenaustausches am Montag dorthin zurückkehrten. Viele werden keine Wohnungen, keine Häuser, keine Arbeitsplätze, keine Angehörigen mehr vorfinden.

### Die Statistik

Im Zeitraum zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. Juli 2025 wurden im Gazastreifen 67 173 Menschen getötet und 169 780 verletzt. Nicht alle Toten konnten identifiziert werden. Die von der UNO identifizierten Toten sind 27 605 Männer, 18 430 Kinder, 9 735 Frauen und 4 429 ältere Menschen. Hinzu kommen 411 Menschen, die an Unterernährung starben, 108 von ihnen waren Kinder. Die Zahlen beziehen sich auf Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums in Gaza, sie wurden bis zum 31.7.2025 von der UNO überprüft. Unbekannt ist die Zahl der Toten, die unter Trümmern liegen und bisher nicht geborgen werden konnten. Für das besetzte Westjordanland werden für den gleichen Zeitraum 1048 Tote gemeldet, darunter 799 Männer, 212 Kinder, 20 Frauen und 17 ältere Menschen. Der Vollständigkeit halber werden von der UNO auch die Zahlen für Israel in einem Kasten aufgelistet: Von den mehr als 1200 gemeldeten Toten konnte die UNO bis zum Berichtsdatum 1162 verifizieren, darunter 33 Kinder. Ungefähr 5400 Verletzte werden gemeldet. Diese Zahlen beziehen sich auf den 7. Oktober 2023. Im Gazastreifen wurden 466 Israelis getötet und 2956 wurden verletzt. Diese Zahlen beziehen sich auf Soldaten, die bei der Bodenoffensive in Gaza getötet oder verletzt wurden. Die Quelle für diese Zahlen sind israelische Medien und die israelische Armee.

## Die systematische Vernichtung von Wohnraum

Balakrishnan Rajagopal, der UNO-Sonderbeauftragte für das Recht auf Wohnen sagte in einem Gespräch mit dem katarischen Nachrichtensender Al Jazeera, die Menschen fänden „nichts als Trümmer“ in den Gebieten vor, aus denen sich die israelischen Streitkräfte zurückziehen. Konkret sprach Rajagopal über Teile von Gaza Stadt und den Norden des Gazastreifens. Der Wiederaufbau werde Generationen dauern, zehntausende Menschen – die seit dem Waffenstillstand in ihre Wohnviertel im Norden zurückkehrten – durchlebten ein „schweres Trauma“. Nach Schätzungen der UNO wurden 92 Prozent aller Wohngebäude in Gaza seit Beginn des Krieges beschädigt oder zerstört, nahezu alle Überlebenden müssen in Ruinen, Zelten oder anderen Notunterkünften leben. Im Zuge des Anfang 2025 vereinbarten Waffenstillstandes sollten Zelte und Wohnwagen nach Gaza gebracht werden, um die Menschen besser unterbringen zu können. „Fast nichts“ habe den Gazastreifen in dieser Zeit erreicht, so Rajagopal. Israel habe das durch seine anhaltende Blockade verhindert. Auch jetzt werde nichts die Menschen in Gaza erreichen, „wenn Israel nicht aufhört, die Grenzübergänge zu kontrollieren“, betonte der UNO-Experte. Das sei „entscheidend“. Die Vernichtung von Wohnhäusern und Wohnungen bezeichnete der UNO-Sonderberichterstatter als „Domizid“, womit die systematische und umfassende Zerstörung menschlichen Wohnraums gemeint ist. Die Vernichtung des Wohnraums sei ein zentraler Bestandteil des israelischen Völkermordes an den Palästinensern.

### Zerstörtes Kulturerbe

Die UNO-Organisation für das Wohnen, HABITAT, veröffentlicht eine Karte, in der die Zerstörungen in verschiedenen Regionen des Gazastreifens in Tonnen-Trümmer aufgelistet werden. Die am meisten zerstörten Gebiete mit bis zu 20 000 Tonnen-Trümmer sind im Norden des Gazastreifens, in Gaza Stadt, Khan Younis und Rafah. Die Gesamttonnenzahl an Trümmern im Gazastreifen wird mit 61 472 Tonnen angegeben. Die Zahlen wurden über den Abgleich verschiedener Satellitenaufnahmen ermittelt. Das UNO-Umweltprogramm UNEP hat ebenfalls eine Karte veröffentlicht, die das Ausmaß der Zerstörung an den 350 Kulturstätten im Gazastreifen zeigt. Die bekannten Kulturstätten liegen im Norden des Gazastreifens, in Gaza Stadt, Khan Younis und Rafah. 316 dieser Orte wurden untersucht. Über

den ganzen Gazastreifen verteilt finden sich zahlreiche, teilweise nicht zugängliche weitere Kulturstätten. Nach palästinensischen Angaben wurden 226 Kulturerbestätten durch israelische Angriffe zerstört oder beschädigt. 138 Orte seien nahezu vollständig zerstört. Dabei handelt es sich um archäologische Ausgrabungen, historische Gebäude, Museen und historische Friedhöfe. Laut ersten Untersuchungen kann es bis zu acht Jahren dauern, bis alle Kulturerbestätten wieder restauriert sein könnten. Die Kosten dafür werden auf mehr als 260 Millionen Euro geschätzt.

### Die Verwüstung durch Israel

92 Prozent aller Schulen müssen komplett wiederaufgebaut und renoviert werden. Mehr als 2300 Bildungseinrichtungen, darunter 63 Universitätsgebäude wurden zerstört. 658 000 Schulkinder und 87 000 Studenten konnten seit zwei Jahren nicht unterrichtet werden. Mindestens 780 Lehrer und Professoren wurden getötet. 125 Krankenhäuser und Kliniken wurden ganz oder teilweise zerstört, 1722 Krankenpfleger und medizinisches Personal wurden getötet. Mindestens 2600 Menschen wurden getötet bei dem Versuch, Nahrungsmittel für ihre Familien zu finden, mehr als 1900 wurden dabei verletzt. 89 Prozent der Wasser- und Sanitäreinrichtungen in Gaza wurden ganz oder teilweise zerstört. Die tägliche Menge an Wasser, die den Menschen zur Verfügung steht, beträgt – laut Statistik – aktuell 6 Liter am Tag. Die Menge von Wasser in Notsituationen sollte standardgemäß 20 Liter pro Person pro Tag betragen. Neben 92 Prozent an zerstörten Wohnungen und Wohnhäusern wurden auch 88 Prozent aller Werkstätten und Geschäfte zerstört. 62 Prozent der Bewohner des Gazastreifens haben ihre Besitzurkunden für Land und Häuser verloren. Mindestens 270 Journalisten, Kameralaute und Medienpersonal wurden getötet. Am 12. Oktober, dem Tag als bereits der Waffenstillstand gefeiert wurde, haben in Gaza Stadt bewaffnete Milizen, die von Israel finanziert wurden und werden, den bekannten palästinensischen Journalisten Saleh Aljafarawi gezielt erschossen. Saleh Aljafarawi hatte zuletzt Berichte und Bilder von Menschen geschickt, die in den Trümmern den Waffenstillstand feierten. Ein Foto zeigt ihn mit Kindern, die aus dem Wrack eines ausgebrannten Fahrzeugs lachen.

Karin Leukefeld

Quelle: <https://www.zlv.lu/db/>, 14.10.2025



# Im Land der Hochgeschwindigkeit

## Eindrücke von der ersten UZ-Leserreise nach China

Vom 16. Oktober bis zum 3. November fand die erste Leserreise der UZ, der Wochenzeitung der DKP, in die Volksrepublik China statt. Das Interesse war enorm, noch im November startete eine zweite Gruppe. Die erste Reisegruppe umfaßte am Ende 31 Teilnehmer. Der deutsche Leiter war Klaus Ludwig, der solche Touren seit Jahrzehnten organisiert. Seine Landeskenntnis und Erfahrung trug dazu bei, daß alle tief beeindruckt und belehrt nach Hause zurückkehrten.

Die Reise führte von Beijing mit dem Bus in die 120 Kilometer entfernte Küstenstadt Tianjin, von dort mit einem Hochgeschwindigkeitszug über 1100 Kilometer nach Shanghai, weiter per Zug über 1300 Kilometer nach Shenzhen im Süden, von dort mit einem Fünf-Stunden-Flug nach Urumqi, der Hauptstadt Xinjiangs, sowie 1500 Kilometer mit Bus und Bahn bis Kashgar, einer alten Handelsmetropole auf der antiken und der neuen Seidenstraße nicht weit von den Grenzen zu Afghanistan und Pakistan – fast auf demselben Längengrad wie Neu Delhi. Der Flug nach Beijing dauerte fünf Stunden, von dort ging es nach einem Tag Aufenthalt zurück nach Frankfurt am Main. Die Aufzählung besagt: Das war Programm war hart. Der politische Ertrag: Für mich ein positiver Schock. Das „Einmal sehen ist besser als hundert Mal hören“ hat sich mir noch nie so bestätigt wie auf dieser Reise – auch nicht bei denen mit dem FDJ-Reisebüro „Jugendtourist“ in sozialistische Länder und 1979 nach Algerien.

Am Anfang und Ende standen hier zudem in Beijing politische Gespräche: Am ersten Tag in der Internationalen Abteilung des ZK der KP Chinas, am letzten Tag mit dem früheren Botschafter in der Bundesrepublik, Shi Mingde. In der ZK-Abteilung, die Kontakte zu 700 Parteien in 170 Ländern unterhält, darunter aus Deutschland neben der DKP zu SPD, Die Linke und FDP, war die Sicht einer kommunistischen Partei, die eine Weltmacht steuert, zu hören: Wir bieten allen Kooperation an, Gegensätze schließen freundschaftliche Beziehungen nicht aus, die Menschheit ist eine Schicksalsgemeinschaft. Uns in China geht es im Sinne des Marxismus um die umfassende Entwicklung der Menschen und wir sind stolz, 2020 laut UN rund 800 Millionen Menschen aus der absoluten Armut befreit zu haben. Wir helfen anderen auf der Welt aus der Armut, ohne unsere Ideologie aufzudrängen.

Es soll Leute geben, die China für ein imperialistisches Land halten. Wie sie diese Zahl einordnen, weiß ich nicht, weil ich dazu nichts höre. Botschafter Shi Mingde setzte den I-Punkt: 90 Prozent der Chinesen lebten

1978 noch in absoluter Armut. Deng Xiaoping erklärte: Armut ist nicht sozialistisch. Die Volksrepublik hat in den 40 Jahren danach sieben Millionen Menschen ins Ausland ziehen lassen, oft zum Studium. 70 Prozent von ihnen kehrten zurück – mit steigender Tendenz. Heute muß China jährlich an die elf Millionen Hochschulabsolventen mit Arbeitsplätzen versorgen. Das geht nur durch Innovation und qualitatives Wachstum. Man habe Sorge, hieß es im ZK, daß Friedrich Merz Deutschland zur „führenden“ Militärmacht Europas machen will. Fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung? Das bedeutet negative Wirtschaftsentwicklung und Instabilität. Daran hat China kein Interesse. Es hat aber ein anderes Wirtschaftsmodell. Mein Hauptindruck: Gigantische finanzielle Mittel – auch vom internationalen Bankkapital – werden in die Hand genommen, um Infrastruktur und modernste Industrie zu schaffen, aber auch – und das ist der Unterschied zum Imperialismus – für Soziales, für „bescheidenen Wohlstand“. In der Rangliste der Länder nach Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf lag China laut Internationalem Währungsfonds 2024 mit rund 13 000 US-Dollar auf Rang 76 in der Welt (USA auf Rang sieben mit 86 600 Dollar, Deutschland auf Rang 18 mit 56 100 Dollar). Die größte Wirtschaftsleistung erzielten die USA mit 29,3 Billionen Dollar vor der EU mit 19,46 Billionen und China mit 18,75 Billionen.

Aber China holt nicht nur auf, es setzt zum Überholen an. Während der Reise tagte ein ZK-Plenum zum kommenden Fünfjahrplan. Danach war in der englischsprachigen Presse Chinas zu lesen: Das Land soll von der Werkstatt der Welt mit hohem Ressourcenverbrauch zum technologischen Antreiber für höchste Qualität werden. Vor allem aber: Bis 2035 soll die Zahl der Chinesen mit mittlerem Einkommen auf mehr als 800 Millionen Menschen verdoppelt werden. Das bedeutet, eine ganze EU-Bevölkerung in die Weltwirtschaft einzuschleusen. Die Reise führt zu dem Schluß: Das ist realistisch und wird mit langem Atem verfolgt. Für mich das wichtigste politische Indiz: Die Bahnreisen führen durch ungezählte Wohnneubausiedlungen für Millionen Menschen, insbesondere in den Metropolregionen um Beijing, Shanghai und der größten an der Perlflussmündung mit Guangzhou (Kanton), Shenzhen, Hongkong und Macao. Die Städte sind neuerdings übrigens über eine 50 Kilometer lange Brücke miteinander verbunden. In Shanghai erzählt der chinesische Stadtführer Li: Ich bin in den 80er Jahren während der Einkind-Politik mit meinen Eltern in einer Einzimmerwohnung aufgewachsen und kenne noch Gemeinschaftstoiletten – im Volksmund

„Harmoniehallen“ genannt – und die langen Schlangen davor. 1990 hatten, wie Li sagt, die Einwohner von Shanghai statistisch im Durchschnitt 1,7 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, heute sind es annähernd 16 Quadratmeter. Die Statistik besagt auch: 1990 lebten im Großraum Shanghai 8,6 Millionen Menschen, heute rund 25 Millionen. Die Neubauten mit Eigentumswohnungen werden zusammen mit sozialen und Versorgungseinrichtungen fertiggestellt, berichten alle chinesischen Reiseleiter. Arme Familien erhalten sie vom Staat, bei allen anderen geht es nach Einkommen. Bis hin zum freien Wohnungsmarkt. In Tianjin erzählt eine Deutsch-Dozentin, eine Freundin habe im Zentrum von Beijing eine Wohnung mit rund 35 Quadratmetern für umgerechnet 800 000 Euro gekauft. China, das lange keine Sozialversicherung kannte, hat heute Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung, außerdem Kassen, um Kinder nach dem kostenlosen neunjährigen Schulbesuch auf weiterführende Schulen schicken zu können, sowie für Wohnungserwerb. In Shanghai, meint Li, benötigt man mindestens umgerechnet 1000 Euro, um über den Monat zu kommen, am Stadtrand weniger als die Hälfte – auf dem Land noch weniger. Gleichzeitig ist Shanghai, schreibt 2024 die Internetseite private-banking-magazin.de, für Reiche die drittteuerste Stadt der Welt nach Singapur, Hongkong und London. Sie hat die meisten Wolkenkratzer, 500 U-Bahn-Stationen und 1300 Starbucks-Filialen. Westliche Marken werden aber zurückgedrängt: Chinesische Ketten mit eleganten bis luxuriösen Filialen sind überall vertreten.

Das Streben nach sozialen Verbesserungen für alle bestimmt den Landestakt. Das schließt zum Beispiel ein, das überall vorhandene 5-G-Netz etwa in Shenzhen für Lufttaxis und Lieferungen per Drohnen zu testen. 6 G wird vorbereitet, dann soll der Stau am Boden endgültig überflogen werden. Im dünn besiedelten Xinjiang wird jetzt schon überall 4 G auf dem Handy angezeigt (mit einer e-Simkarte für wenige Euro-Cent sind übrigens alle im Internet blockierten Seiten erreichbar. Das wird offenbar nicht mehr ernst genommen). Mit Blick auf ganz Zentralasien werden in Xinjiang mit Hochgeschwindigkeit die Verkehrswege und die touristische Infrastruktur ausgebaut, die Wüsten begrünt und Millionen Arbeitsplätze geschaffen. In Deutschland steht in Bild, FAZ und Spiegel, dort säßen Hunderttausende in Arbeitslagern. Das ist Bullshit, aber der separatistische Weltkongress der Uiguren wird in München gepöppelt. Das gehört zum Abgehängtwerden Deutschlands dazu.

Arnold Schölzel

# Regierungswechsel in Japan

Im Jahr 2023 sah die Welt noch anders aus. Da trafen sich Fumio Kishida, Japan, und Yoon Suk Yeol, Südkorea, mit Biden in Camp David, um ein weiteres anti-chinesisches Dreierbündnis zu schmieden. Die Angst vor Chinas Führungsrolle beim Aufbau einer multipolaren Welt war größer als die tiefsitzenden Spannungen über die Besatzung Koreas durch Japan im 2. Weltkrieg, welche die Männer zu Sklavenarbeit in der Industrie und die Frauen zur Prostitution für japanische Soldaten zwang. Biden lobte seine asiatischen Freunde und sagte, sie würden „gemeinsam für das Völkerrecht eintreten“, und „wenn wir untätig bleiben würden, welches Signal würde das an China in Bezug auf Taiwan senden?“ In einer gemeinsamen Erklärung wandten sie sich gegen Chinas „gefährliches und aggressives Verhalten“ und wollten gemeinsam für einen „freien und offenen Indo-Pazifik“ arbeiten, das übliche neoliberale und neokoloniale Gelaber. Heute sitzt Yoon wegen Putschversuch im Gefängnis, Kishida mußte wegen Korruptionsskandalen in seiner Partei zurücktreten und Biden war wegen Altersdemenz nicht wiederwählbar.

## Japan zwei Jahre später

2022, nach Beginn des Stellvertreterkrieges in der Ukraine verkündete Kishida eine Abkehr von der ausschließlich auf Verteidigung ausgerichteten Sicherheitsdoktrin Japans und kündigte eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts an. Im September zwang ein Parteispendenskandal in der Liberal-Demokratischen Partei (schwarze Kassen usw.) den Premierminister und Parteivorsitzenden zum Rücktritt. Die LDP wählte den früheren Verteidigungsminister Shigeru Ishiba als neuen Vorsitzenden und am 1. Oktober 2024 zum Premierminister. Im September dieses Jahres trat dann auch Ishiba zurück. Die LDP hatte bei den Wahlen 2024 im Unterhaus keine Mehrheit mehr erhalten. Ishiba führte eine Minderheitsregierung an. Vor seinem Rücktritt hatte er noch schnell eine Einigung über neue Zölle mit den USA ausgehandelt. 15 % sollten es nun sein. Allerdings soll Japan noch während Trumps Amtszeit zusätzlich 550 Milliarden Dollar, umgerechnet 4500 Dollar für jeden Japaner, in den USA investieren, Geld, über das die US-Regierung alleine bestimmen kann, wie und wo es investiert wird. Japan darf nur Vorschläge machen, die letzte Entscheidung liegt bei Trump, ein harter Deal für Japan. Die amerikanischen

Zölle nach Japan bleiben bei 10 %. Besonders heikel ist die vereinbarte Öffnung des japanischen Agrarmarktes. Trump steht unter Druck der amerikanischen Landwirte, nachdem Peking alle Importe von US-Agrarprodukten gestoppt hat. Ein wesentlicher Grund für Ishibas Rücktritt nach der Wahlniederlage der LDP war das Zollabkommen, das viele Menschen in Japan verärgert.

Im Oktober wurde die rechtskonservative Sanae Takaichi als neue Vorsitzende der LDP und am 21. Oktober vom Parlament als erste Frau in diesem Amt zur Premierministerin gewählt. Bei den Wahlen



US-Angriffsamphibienfahrzeuge auf Japan

zum Oberhaus eine Woche später bekam die LDP-Regierung erneut keine Mehrheit zusammen. Zudem hatte die Komeito, ihr langjähriger Koalitionspartner, das Schiff vorher verlassen. Takaichi führt mit ihrem neuen Koalitionspartner, der konservativen Ishin-Partei, wieder eine Minderheitsregierung an. Und so wie das amerikanische Allround-Talent Trump Amerika wieder groß machen will, will Takaichi „Japan wieder zu einem kraftvollen Land der aufgehenden Sonne machen“(sic).

## Verteidigung

Japan ist Teil der ersten Inselkette, die vor dem chinesischen Festland liegt. Dazu gehören noch die japanischen Ryukyu-Inseln (Okinawa), Taiwan und die Philippinen. Als enger Verbündeter der USA beherbergt Japan 130 US-Militärstützpunkte, mit der größten Konzentration von US-Soldaten im Ausland. Japan bezahlt 75 % der Kosten davon.

Nach der Niederlage des Faschismus wurde 1946 eine von den Amis geschriebene Verfassung verabschiedet, die Japan Pazifismus verordnete. Art. 9 untersagt Krieg

als Mittel zur Konfliktlösung und verbietet dem Land den Unterhalt einer eigenen Armee. Besitz, Produktion und Einfuhr von Atomwaffen sind verboten. Die Schrecken des Krieges stecken den Japanern noch in den Knochen, aber die reaktionärsten Kräfte des Landes wollen Art. 9 aufweichen. Einer von ihnen war Shinzo Abe. Um das Verbot einer Armee zu umgehen, wurden 1954 sogenannte Selbstverteidigungsstreitkräfte geschaffen, die bis heute noch so heißen.

Als 1950 der Koreakrieg begann, tat Art. 9 den Amis schon wieder leid. Sie hätten sich jetzt eine japanische Armee an ihrer Seite gegen Nordkorea gewünscht. Ende 1952 beendeten die USA die Besatzung Japans, und das Land wurde formal unabhängig. Die Remilitarisierung Japans geht seither schleichend voran. Ziel der Reaktion ist es, wieder ein „normales Land“ mit einer regulären Armee zu werden. 1992 genehmigte das Parlament den Selbstverteidigungskräften, sich an „friedenserhaltenden UN-Maßnahmen“ zu beteiligen. 2015 verabschiedete die Regierung Abe, der 2022 von einem Attentäter wegen seiner Nähe zur Moon-Sekte erschossen wurde, ein Gesetz zur kollektiven Selbstverteidigung, welches die Befugnisse der japanischen Streitkräfte

im Rahmen des Vertrages über gegenseitige Kooperation und Sicherheit zwischen Japan und den USA erweitert. Dafür wurden die Rüstungsausgaben erhöht, und die Selbstverteidigungsstreitkräfte sollten als offizielle Armee Japans in der Verfassung anerkannt werden. Abe führte wieder ein Verteidigungsministerium ein und ermächtigte das Militär, an der Seite der USA zu intervenieren. Die Beziehungen mit der Volksrepublik China verschlechterten sich während Abes Amtszeit, 2016 wurde der japanische Botschafter aus China abgezogen. Japan hat sich geweigert, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen. Die Verfassung und mit ihr Art. 9 aber gilt bis heute noch, da eine Änderung eine Zweidrittelmehrheit in Ober- und Unterhaus erfordert. Trump fordert jetzt von Japan eine massive Aufrüstung, was Takaichi und der Abe-Fraktion in der LDP in den Kram paßt.

## Wirtschaft

Die weltweite Wirtschaftskrise des Kapitalismus hat auch Japan, die viertgrößte Industrienation der Welt, erreicht. Die Wirtschaft schrumpft und steht kurz vor

einer Rezession. Die japanische Arbeiterklasse ist aufgrund steigender Lebenshaltungskosten und stagnierenden Reallöhnen zunehmender Verarmung ausgesetzt. Zudem steht eine drastische Kürzung der Sozialleistungen an. Für japanische Unternehmen sind die Zölle ein Albtraum. Höhere Militärausgaben werden die prekäre Staatsverschuldung Japans von 260 %, die zu den höchsten aller Industrieländer zählt, weiter erhöhen.

Der von Ishiba geschlossenen Handelsvertrag ist ein politisches Abkommen und nur durchsetzbar, wenn beide Seiten sich daran halten. Es gibt keine schriftlichen Vereinbarungen, die Angelegenheit ist noch juristisch unklar. Ein echter Handelsvertrag ist voluminös und wird von Experten abgeschlossen, was in der Regel Jahre dauert, bis alle Einzelheiten geregelt und rechtlich wasserdicht und bindend sind. Eine Audienz, selbst bei einem Genie wie Trump, reicht dafür nicht aus. Im Wahlkampf hatte Takaichi erklärt, sie sei mit Ishibas erzieltm Abkommen nicht einverstanden und werde versuchen, die Bedingungen neu zu verhandeln. Dasselbe gilt übrigens auch für Südkorea, das Trump 350 Milliarden überweisen soll und, wie Japan, das Geld dafür nur schwer aufbringen kann. Inwieweit die Trump'schen Zollforderungen überhaupt mit internationalem Recht vereinbar sind, steht auf einem anderen Blatt. Die Willkürzölle sollen den US-Konzernen Marktvorteile schaffen. Mit dem erpreßten Geld soll der US-Staatshaushalt aufge bessert werden, um damit Steuersenkungen für das Großkapital zu finanzieren. Amerika soll auf Kosten anderer Länder wieder groß werden. Mit Marktwirtschaft, Wettbewerb und der unsichtbaren Hand, dem kapitalistischen Mantra, hat das alles nichts zu tun. Eher mit Raubrittertum.

### **Sanae Takaichi und die neue Regierung**

Die LDP regiert Japan seit 70 Jahren fast ununterbrochen. Ihre Parteimitglieder sind ein Sammelsurium von Konservativen über Neoliberalen, bis hin zum rechtsextremen Rand. Takaichi, 64, ist eine reaktionäre Hardlinerin und Protegé des ermordeten früheren Premierministers Shinzo Abe. Sie ist eine Bewunderin von Donald Trump und vertritt eine harte Haltung gegenüber China. Sie ist Taiwan gegenüber freundlich gesinnt und in historischen Fragen erzkonservativ. Peking ist nicht glücklich über sie. Die kaiserlichen Institutionen und die alten Geschlechterrollen sollen erhalten bleiben. Und natürlich darf das kapitalistische Eigentumsrecht nicht angetastet werden. Die Ishin-Partei ergänzt den reaktionären Kurs der LDP noch durch ihre Forderung nach strengeren Einwanderungskontrollen. Im Parlament versprach Takaichi, die Verteidigungsausgaben noch im laufenden Geschäftsjahr auf 2 % des BIP zu erhöhen.

Aufsehen erregt Takaichi zudem durch ihre regelmäßigen Besuche des notorischen Yasukuni-Schreins in Tokio, ein Shinto Tempel, der Kriegsverbrecher als Heilige verehrt. Besuche von Politikern dort verärgern viele Japaner, vor allem aber China und Südkorea aufgrund der Gräueltaten, die die japanischen Besatzungstruppen im 2. Weltkrieg begangen haben. Für rechts-extreme Gruppen ist der Schrein dagegen ein Wallfahrtsort. Takaichi will ihn auch weiterhin besuchen.

Eine Woche nach Takaichis Wahl reiste Trump nach Japan, wo er überschwänglich mit einer „Einschmeicheldiplomatie“ emp-

fangen wurde. Wer erwartet hatte, daß Takaichi das Treffen nutzt, um das Thema Zölle anzusprechen, das sie ja (zurecht) zu einseitig findet, sah sich getäuscht. Statt dessen überhäufte sich die beiden mit gegenseitigem Lob und versprochen, die Beziehungen weiter zu verstärken. Takaichi bezeichnete das Bündnis mit den Vereinigten Staaten als „Eckpfeiler“ der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik, und beide unterzeichneten ein Abkommen über die Versorgung mit seltenen Erden.



**Lange her: 1984 wurde in Peking das Krankenhaus der Chinesisch-Japanischen Freundschaft eröffnet**

Wenige Tage später trafen sich Takaichi und Xi Jinping auf dem APEC-Gipfel in Südkorea. Dort versuchten beide Seiten, sich gegenseitig zu beruhigen und bekräftigten ihr Bekenntnis zu „für beide Seiten vorteilhaften“ Beziehungen. Takaichi zerstreute dabei Befürchtungen, sie würde gegenüber Peking eine härtere Haltung einnehmen und bekundete statt dessen ihren Willen, „ihre persönlichen Beziehungen (zu Xi) zu vertiefen“. Aber noch am selben Tag traf sie sich dann mit Lin Hsin-i, postete Fotos mit ihm zusammen in den sozialen Medien, bezeichnete ihn als hochrangigen Beamten des Präsidialamtes von Taiwan und äußerte die Hoffnung, daß sich „die praktische Zusammenarbeit zwischen Japan und Taiwan vertiefen wird“. Das

chinesische Außenministerium empfand das als Verstoß gegen das Ein-China-Prinzip und hat bei Tokio Protest eingelegt. Auch wenn Takaichi bei ihrem ersten Treffen mit Xi Jinping noch Kreide gefressen hat, steht zu befürchten, daß die Spannungen zwischen Peking und Tokio unter Takaichis Regierung eskalieren. Zumal Takaichi nicht allein dasteht, sondern mehrere China-Falken in ihrer Regierung und nahen Umgebung hat. Takaichi hatte Taiwan im April besucht und sich dort mit Präsident Lai Ching-te getroffen. Im Juli traf sie mit dem taiwanesischen Außenminister Lin Chia-lung. Sie hat auch eine

„Quasi-Sicherheitsallianz“ zwischen Japan, Taiwan, Australien, Indien, den Philippinen und anderen Ländern, mit allen reaktionären anti-chinesischen Kräften also, vorgeschlagen.

Aber auch Takaichi dürfte klar sein, daß die USA ein unzuverlässiger Partner sind, sich absichern muß und sich nicht von den USA allein abhängig machen darf. Wie alle Länder der Region muß auch Japan seine Handelsbeziehungen diversifizieren und darf seine asiatischen Partner, insbesondere China, seinen größter Handelspartner, nicht mutwillig verärgern. Japan braucht China mehr, als China Japan braucht. Die Regionalmacht ist China, die USA sind weit weg.

Die Koalition der LDP mit der konservativ-liberalen Ishin-Partei dürfte auf lange Sicht nicht einfach werden. Die Ishin wollte anfangs nicht einmal Ministerposten übernehmen, was die gegenseitige Vorsicht und das unterschwellige Mißtrauen zwischen den beiden Parteien unterstreicht. Hinzu kommt, daß der Koalition zwei Sitze zur Mehrheit fehlen. Und wie in ganz Ostasien ist auch die Bevölkerung Japans nicht scharf auf einen Krieg mit China und möchte lieber in Frieden leben.

# Afrikas Rohstoffe – neues Potential in der multipolaren Weltordnung

*In der multipolaren Weltordnung gewinnt Afrika als Rohstoffquelle und neuer Markt strategische Bedeutung. Rußland intensiviert die Zusammenarbeit in allen Bereichen. Ziel ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe, die Afrikas Interessen ernst nimmt.*

Die Probleme Afrikas sind in der jüngsten Zeit sowohl in der weltweiten Entwicklung als auch in der globalen Politik in den Vordergrund gerückt. Unter Experten bestehen keine Zweifel, daß Afrika die letzte große Wachstumsreserve der Weltwirtschaft ist.

Dies umfaßt nicht nur die natürlichen Reichtümer des Kontinents, sondern auch dessen Bedeutung als potentiell wichtigster Markt, auch als Absatzmarkt. Bis zum Jahr 2050 wird Afrikas Bevölkerung von den gegenwärtigen 1,55 Milliarden Menschen auf 2,5 Milliarden steigen. Von 100 Bewohnern unseres Planeten werden 28 Afrikaner sein (1960 war es noch einer von zehn). Dieses Potential können afrikanische Länder nur dann in vollem Maße entfalten, wenn sie über ihre natürlichen Ressourcen souverän verfügen, ansonsten ist eine Verwertung dieser Ressourcen im Interesse der eigenen Entwicklung nicht möglich.

Diese Aufgabe ist unter den Bedingungen der vorhandenen neokolonialen Abhängigkeit nicht lösbar, der trotz der Nachkriegsdekolonisation praktisch alle Entwicklungsländer unterliegen. Nach Angaben der UNO, die im übrigen unter der westlichen Kontrolle steht und in den jüngsten Jahrzehnten sehr wenig für die Überwindung von neokolonialen Praktiken getan hat, werde sich ausgerechnet der afrikanische Kontinent bald zum Mittelpunkt der globalen Armut entwickeln: Jeder dritte Afrikaner werde unterhalb der Armutsgrenze leben. Dabei regt nicht einmal das für die ehemaligen Großmächte, darunter auch die USA, hochakute Migrationsproblem die westlichen Hauptstädte dazu an, für die Lösung des Problems am Ursprung anzusetzen. Dies würde eine beschleunigte Entwicklung der afrikanischen Länder und damit eine gerechtere Umverteilung von Finanzen zu deren Gunsten erfordern – im Gegensatz zu den gegenwärtig bereitgestellten kümmerlichen 0,7 Prozent des BIP der entwickelten Länder.

Dazu müßten die westlichen Eliten jedoch auf ihre Politik des Diktats und der Kontrolle verzichten, die ihnen bis heute den Löwenanteil der afrikanischen

Rohstofferrlöse einbringt und den Wohlstand des westlichen „blühenden Gartens“ (Zitat Josep Borrell) sichert. Noch vor kurzem, am Höhepunkt der „unipolaren Weltordnung“ wurde der Weltgemeinschaft die These eingeprägt, daß Rohstoffe in der vom Westen kontrollierten Welt keine Bedeutung mehr hätten. Auch Rußlands natürliche Reichtümer wurden als angebliches „gemeinsames Erbe der Menschheit“ beansprucht – was in Wirklichkeit deren Unterstellung einer westlichen Kontrolle unter dem Vorwand der „Gerechtigkeit“ bedeutete. Angeblich hätte Rußland gar nicht so viele Rohstoffe benötigt, zumal sie von westlichen Konzernen mit ihren fortschrittlichen Technologien viel effektiver hätten abgebaut werden können.

Tatsächlich wurde die technologische Abhängigkeit von Entwicklungsländern zum Schlüsselement der neokolonialen Kontrolle. Nirgendwo sonst hatte dies verheerendere Folgen als in Afrika. Betrachtet man die vom Westen geförderte „grüne Agenda“ in ihrer ganzen Unangemessenheit, wird im Rückblick klar, daß es sich dabei um ein Projekt zur Festigung dieser Abhängigkeit handelte. Die für die Unterstützung dieser Agenda versprochenen Umsätze wurden niemals ausbezahlt, und wenn, dann landeten sie bei den westlichen Unternehmen.

Es stellt sich auch eine andere Frage, nämlich die nach der Entwicklung der westlichen Länder selbst. Hier wächst die Verschuldung, es fehlt an Geld für die marode Infrastruktur. Frankreich etwa muß sogar für die Auszahlung von Renten Geld leihen. Das Leben des kollektiven Westens auf Kredit verzehrt die Finanzressourcen der ganzen Welt. So verbuchen die USA seit nunmehr 24 Jahren ein Haushaltsdefizit, das gemeinsam mit dem Defizit der Zahlungsbilanz (die USA stellen nicht genug Waren her, um den eigenen Import zu bezahlen) durch auswärtige Anleihen gedeckt wird. Das heißt, daß die gesamte restliche Welt etwa zehn Prozent des US-Haushalts finanziert. So viel zu der Frage nach einer gerechten Weltordnung, die auch Afrika fordert.

Dies ist der Kontext dessen, was üblicherweise als Rußlands Rückkehr nach Afrika bezeichnet wird. Der wichtigste Mechanismus hierfür wurde dabei die Durchführung von Rußland-Afrika-Gipfeln, von denen der erste im Oktober 2019 in Sotschi stattfand. Im Juli 2023 fand in

Sankt Petersburg das Wirtschaftliche und Humanitäre Forum Rußland-Afrika statt, in dessen Rahmen die Gründung der russisch-afrikanischen Gemeinschaft von Technikuniversitäten auf der Grundlage der Bergbauuniversität Sankt Petersburg vereinbart wurde. Diese Initiative soll die Entwicklung der afrikanischen Länder hin zur Souveränität unterstützen und ihnen unter anderem bei der Überwindung der vom Westen aufgezwungenen Konzessionsabhängigkeit helfen. Diese Abhängigkeit hat auch Rußland im Format der berüchtigten Abkommen über Produktionsaufteilung erlebt. Im Rahmen der russisch-afrikanischen Initiative sollen Spezialisten ausgebildet werden, die den zukünftigen Umgang mit den eigenen Rohstoffen für die nationale Entwicklung selbst gestalten. Gegenwärtig durchlaufen zwanzig Mitarbeiter von Bergbauunternehmen und Staatsbehörden aus afrikanischen Ländern an der Bergbauuniversität den Fortbildungskurs „Verwaltung von Bergbauobjekten“.

Es geht somit vor allem darum, Afrikas Humankapital zu fördern und zu entwickeln. Menschen aus Afrika sollen einen würdigen Platz in den wichtigsten globalen Instituten erhalten, darunter in einer reformierten UNO und ihrem Sicherheitsrat. Afrika ist durch die Südafrikanische Republik, Ägypten und Äthiopien bei den BRICS vertreten. Rußland unterstützte den Beitritt der Afrikanischen Union zu den G20, denen bereits die Europäische Union angehört.

Die G20 wurden zu einer Plattform für praktische Verhandlungen über Probleme der globalen Entwicklung, wo die westlichen G7 und die BRICS als Interessensvertreter des Globalen Südens und Ostens auftreten. Auf unterschiedliche Weisen und in unterschiedlichen Formaten, darunter über die bilaterale Zusammenarbeit mit Rußland, erhält Afrika eine reale Subjektivität im Rahmen der sich bildenden multipolaren Weltordnung. Die Rolle des afrikanischen Kontinents in dieser neuen Weltordnung läßt sich kaum überschätzen.

**Wladimir Litwinenko und  
Alexander Jakowenko**

*Redaktionell gekürzt*

RTDE, 3.11.2025



# Im Sahel weht ein neuer Wind

Nach Meinung vieler Experten ist Afrika jener Kontinent, auf dem sich in den nächsten Jahrzehnten die tiefgreifendsten gesellschaftlichen Veränderungen dieser Erde vollziehen dürften. Von Europa aus scheint das oft noch in weiter Ferne zu liegen. Aber hat sich da nicht im Norden des Kontinents längst mehr als eine laue Brise der Veränderung eingestellt? Weht da vielleicht im Sahel doch ein ziemlich kräftiger Wind? Der französischen Politik jedenfalls weht er dort seit einigen Jahren sehr unangenehm ins Gesicht, seit in Niger, Burkina Faso und Mali junge Militärs die Macht übernommen haben. Denen sind die Interessen ihrer eigenen Länder deutlich näher, als die Interessen ihrer ehemaligen Kolonialmacht. Gab es früher in diesem Gebiet Machtübernahmen durch putschende Militärs, hing ihr Erfolg meistens von der Unterstützung durch alte Eliten und ausländische Geldgeber aus den alten „Mutterländern“ ab. Nicht so bei dem, was sich seit 2023 im Sahel abspielt. Neu ist, daß sich die jetzigen Kräfte viel stärker auf nationale Interessen und die massive Teilnahme von Massenorganisationen am politischen Kampf stützen können. Selbstbewusst erklärte beispielsweise Effred Mouloul Al-Hassan, Generalsekretär der nigerianischen Gewerkschaft für das Bildungswesen, im November 2024 in Niamey: „Wir unterstützen sie, solange sie für das Volk sind. Wenn nicht, werden wir sie bekämpfen, wie wir die Kolonialisten bekämpft haben.“ Menschen wie Burkina Fasos Captain Ibrahim Traoré, der in der ländlichen Provinz Mouhoun aufgewachsen ist und in Ouagadougou Geologie studiert hat, und Malis Oberst Assimi Goïta, der aus der Viehmarkstadt und Militärhochburg Kati stammt, repräsentieren diese breiten Klassenfraktionen. Ohne eine echte politische Plattform, die für sie spricht, haben sich große Teile des Landes hinter den patriotischen Absichten dieser jungen Militärs versammelt, die selbst von Massenbewegungen – wie Gewerkschaften und Bauernorganisationen – in ihren Ländern vorangetrieben wurden. Diese jungen Führer kommen nicht mit einem ausgefeilten Programm an die Macht. Allerdings bewundern sie Menschen wie Thomas Sankara: Captain Ibrahim Traoré aus Burkina Faso beispielsweise trägt wie Sankara eine rote Baskenmütze, spricht mit Sankaras linker Offenheit und ahmt sogar Sankaras Ausdrucksweise nach. Neu ist auch, mit welchem Weitblick nun die Entwicklung angegangen wird. Da gibt es beispielsweise Malis nationale Strategie für Aufschwung und nachhaltige Entwicklung, die für 2024 bis 2033

ein mittelfristiges Programm für nationale Erneuerung skizziert. Das neue Entwicklungsmodell sieht eine ganzheitliche Transformation in Bereichen wie Regierungsführung, Bildung, Justiz und wirtschaftlicher Souveränität vor. Klugerweise haben die Führungen verstanden, daß sie ihre Ziele am besten verwirklichen können, wenn sie die noch geringen Kräfte ihrer drei Staaten bündeln. Immerhin betrug das Bruttoinlandsprodukt in Niger mit nur 560 US-Dollar pro Kopf nur ein Hundertstel von dem in der BRD. Damit ist es eines der niedrigsten weltweit. Die durchschnittliche Lebenserwartung lag bei 61 Jahren, 20 Jahre weniger als in Deutschland. Auch in Mali und Burkina Faso liegen die Zahlen ähnlich. Die dadurch entstehenden wirtschaftlichen Herausforderungen werden durch die Sicherheitsprobleme in der Region verschärft. Im Jahr 2023 wurden fast 4000 Menschen bei Terroranschlägen getötet. Anhaltende Gewalt und Umweltzerstörung haben Millionen von Menschen zu Binnenvertriebenen und Flüchtlingen gemacht. 2023 wurde deshalb die AES gegründet, die Allianz der Sahelstaaten. Das erklärte Ziel dieser Konföderation ist es, Ressourcen zu bündeln, um die gemeinsame Infrastruktur zu verbessern, einen gemeinsamen Markt zu schaffen, eine Währungsunion zu implementieren, den freien Personenverkehr zu ermöglichen, die Industrialisierung voranzutreiben und die Landwirtschaft, den Bergbau sowie den Energiesektor zu entwickeln, mit dem Endziel der Föderalisierung zu einem einzigen souveränen Staat. Geplant sind neben einer gemeinsamen Währung und Zentralbank auch ein eigenes Konföderationsparlament. Ein gemeinsamer Paß wurde im Januar 2025 eingeführt. Die AES-Länder besitzen reiche Rohstoffvorkommen, die sie nutzen wollen, um Veränderungen in ihren Volkswirtschaften ermöglichen. Die AES haben sich von der bisherigen französischen Dominanz befreit. Heute sind die bevorzugten Zielländer für Rohstoffexporte bereits die Schweiz und die Vereinigten Arabischen Emirate. Für Niger bleibt Uran sowohl wirtschaftliche Lebensader als auch geopolitische Verhandlungsmasse. Allerdings bleibt vorläufig die von ihnen ausgehende Wertschöpfungskette immer noch weitgehend außerhalb Afrikas. Die AES-Länder haben, um das verändern zu können, ein klares politisches Interesse an einer souveränen wirtschaftlichen Entwicklung. Echte Selbstständigkeit erfordert dabei sowohl die Diversifizierung

der Exportmärkte und -produkte, als auch eine grundlegende Veränderung der Produktionsstrukturen: den Aufbau heimischer Raffineriekapazitäten, die Kontrolle der Geldpolitik, die Stärkung des regionalen Handels und eine Industrialisierung, die über die Abhängigkeit von Rohstoffen hinausgeht. Dieses Bestreben muss selbstverständlich auch sicherheitspolitisch untersetzt sein. Erinnern wir uns nur an die positive Rolle, die Rußland und China in den vergangenen Jahren in diesem Raum zu spielen begannen. Auch in anderen Staaten des Globalen Südens gibt es inzwischen das, was man als „starkes Streben nach Souveränität“ bezeichnen könnte. Auf der internationalen Konferenz zur Solidarität mit den Völkern der Sahelzone im November 2024 erklärte Brigadegeneral Abdou Assoumane Harouna – ein Führer des Nationalen Rates zur Verteidigung des Vaterlandes (CNSP) von Niger: „Wir werden uns der Macht des Imperialismus stellen ... Keine Militärmacht der Welt kann das Streben nach Unabhängigkeit und die Ablehnung der alten Weltordnung aufhalten.“ Allerdings sollten wir uns hüten, die dortigen Entwicklungen zu euphorisch zu bewerten. Dazu stehen die Regierenden vor viel zu vielen tiefgreifenden internen Widersprüchen und müssen zudem die Gefahren alter und neuer Abhängigkeiten bewältigen. Trotz ihrer bisherigen symbolischen und strategischen Siege hängt der Erfolg ihrer Allianz natürlich von ihrer Fähigkeit ab, wirtschaftliche Integration zu fördern und ihre internen Ziele mit regionaler Stabilität in Einklang zu bringen. Neue Initiativen – wie die regionale Koordinierung der Ressourcenverwaltung, Vorschläge für eine Währung für die Sahelzone, ein einheitlicher AES-Paß, der den freien Personenverkehr zwischen den Staaten ermöglicht, gemeinsame Streitkräfte und Forderungen nach Süd-Süd-Kooperation – sind erste Schritte hin zu einem neuen Entwicklungsparadigma, das auf Souveränität, Selbstständigkeit und Beteiligung der Bevölkerung basiert. Man kann wohl trotz aller noch zu erwartender Widerstände heute schon sagen: Diese Brise in der Mitte Afrikas hat das Zeug dazu, zu einem erfrischenden Wind für ganz Afrika werden zu können.

**Zetkinforum**

*Bearbeitet von Achim Seider*

*Quelle: Nach Dossier 91 des Tricontinental Institut for Social Research, auch unter [zetkinforum.org](http://zetkinforum.org)*

# Der Vertrag und das geheime Zusatzprotokoll – bei Lichte besehen (Teil IV)

**D**er Nichtangriffsvertrag versetzte den Westen in einen einmaligen Schockzustand, man sprach in allen Medien von Verrat. Dabei hatte die UdSSR keinen verraten oder Verträge gebrochen. Auch inhaltlich gab dieser Vertrag nichts her, was derlei Aufregungen rechtfertigen konnte. Es war faktisch ein Neutralitätsabkommen, den üblichen Verträgen jener Art angepaßt und sogar denen der Westalliierten mit den Nazis von 1938 ähnlich.

Daß Hitler dadurch seinen Krieg beginnen konnte, wurde bis 1989 selbst von bundesdeutschen Historikern als reine Spekulation betrachtet.

Als wie auch immer interpretierter Kriegsgrund konnte der nicht herhalten.

Dieser Vertrag gehört aber zu den sensationellen Überraschungen, die die UdSSR und Russland zu ihrer Verteidigung dem Westen bereitet hatten.

In diesem Falle war es Niederlage und Mißerfolg gleichzeitig: Die jahrelangen Bemühungen, Deutschland auf die Sowjetunion zu hetzen, waren in einer für Moskau sehr ungünstigen Situation vorerst auf unabsehbare Zeit gescheitert!

Der Traum von einem antisowjetischen Krieg mit westlicher Beobachterrolle war ausgeträumt.

Zudem war der Westen durch seine eigene Politik nun selbst ins Fadenkreuz der Nazis geraten. Als die Nazis die UdSSR dann doch überfielen, waren sie schon von denen unterworfen oder führten einen Abwehrkampf, für den sie die Sowjetunion nun selbst brauchten.

Die Nazis hingegen werteten das sofort als propagandistischen Erfolg und suggerierten, daß die Sowjets nun mit ihnen verbündet wären. Damit sollte der Westen eingeschüchtert und von einem künftigen militärischen Eingreifen gegen Deutschland abgehalten werden. Diese Rechnung ist teilweise aufgegangen.

Andererseits fielen die verantwortlichen Politiker des Westens nicht darauf herein. Die UdSSR wurde als künftiger Bündnispartner behandelt, nach dem sowjetischen Einmarsch in Ostpolen erfolgte keine Kriegserklärung. Die Besetzung Ostpolens wurde sogar von Premier Churchill nicht nur gebilligt, sondern als gerechtfertigt bezeichnet. Zudem sollten alle Antifaschisten, vor allem die Kommunisten, in ganz Europa irritiert werden. Das ist weitgehend gelungen! Dennoch wurden deutsche Kommunisten, immerhin einer von Moskau geführten Partei, weiterverfolgt, eingekerkert und ermordet. Frankreich reagierte aus Frust mit

dem Verbot der Partei und Verfolgung von Kommunisten.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß nichts im gesamten Vertragswerk auf ein gemeinsames Bündnis hinweist. Auch in der Praxis kam es zu keinen gemeinsamen Aktionen. Auch die sogenannte Siegesparade in Brest-Litowsk hat es nicht gegeben, sondern nur einen am 21. September vereinbarten und dokumentierten „Vorbeibzw. Ausmarsch der deutschen Truppen“, wovon im Wortlaut jener Wochenschau die Rede ist.

Der Ordnung halber muß man allerdings noch das Militärabkommen vom 22. Sep-



**Winston Churchill (1874-1965) billigte das Vorgehen der Sowjetunion 1939**

tember 1939 erwähnen. Das regelte die Entflechtung sowjetischer und deutscher Truppen, nachdem es bei Lwow zwischen beiden zu Kämpfen gekommen war. Hier wurde ein gemeinsames Handeln gegen versprengte polnische Truppen eingeräumt, die abziehende oder vorrückende Truppen bekämpften. Das fand aber nie Anwendung! Die Bündnisversion bleibt eine Erfindung der Nazis, die bis heute unbewiesen in Medien und Veröffentlichungen geistert.

Da der Abschluß des Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939 letztlich nicht für eine angebliche Kriegsschuld der Sowjets herhalten kann, konzentrierte man sich auf das Geheime Zusatzprotokoll, in dem angeblich Osteuropa zwischen den

Sowjets und den Nazis aufgeteilt worden wäre.

Hierzu kann man der UdSSR vorwerfen, dieses Papier über Jahrzehnte verschwiegen, ignoriert und abgestritten zu haben, was antisowjetischen Propagandisten aller Couleur unendlichen Raum für Verleumdungen und Spekulationen einräumen konnte. Moskau hätte besser daran getan, sich zum Geheimprotokoll zu bekennen, es zu publizieren und zu erläutern.

Hierzu gibt es noch verschwiegene Fakten: Am Tage der Unterzeichnung hat ein deutscher Botschaftsangestellter heimlich die USA über das Protokoll informiert. Man kann davon ausgehen, daß der Westen im wesentlichen darüber Bescheid wußte, auch die Polen. Doch die kannten die sowjetischen Wünsche und glaubten sich sicher. 1940 wurden die baltischen Regierungschefs, die mit ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber Moskau lavierten und mit den Nazis liebäugelten, mit dem Inhalt des Geheimprotokolls bekanntgemacht.

In den nächsten zwei Jahren waren hierzu die wesentlichen Punkte bekannt. Im sowjetisch-polnischen Bündnisvertrag vom Juli 1941 gab die sowjetische Seite jene Gebietsabsprachen bekannt und erklärte sie für nichtig.

Als in den 90er Jahren jedem dieses Protokoll vorlag, war die Empörung groß: Von Landschacher, imperialem Vorgehen und Verletzung von Prinzipien sozialistischer Außenpolitik war die Rede. Jene Moralisten mit anbiedernder Heuchelei und ahistorischer Betrachtungsweise vergessen, daß sich die UdSSR in einer tödlichen Bedrohung von West und Ost befand. Sie nutzte daher alle Möglichkeiten, die ihr das bürgerliche Völkerrecht bot und war hierbei außerordentlich erfolgreich: Es war ein genialer Schachzug der jungen Sowjetdiplomatie, der der UdSSR wesentlich mehr Vorteile verschaffte als den Nazis.

Obwohl die Kriegsvorbereitungen unübersehbar waren, waren die sowjetischen Forderungen auf ein von den Briten favorisiertes neues München ausgerichtet. Von Krieg war nicht die Rede, sondern nur von „territorial-politischer Umgestaltung“, die Zerschlagung Polens wurde nicht postuliert, für Polen eine „weitere politischen Entwicklung“ vorgesehen.

Beide Seiten sprachen von Interessensphären, ein im Völkerrecht und der politischen Praxis durchaus gängiger und auch von den Westmächten damals wie heute realisierten Begriff. Zudem ist eine Interessensphäre auch keine Aufteilung, sondern

allein eine politische Willenserklärung. Aufteilen kann man auch nur, was zur Verfügung steht.

Bessarabien (Moldawien), seit 1918 von Rumänien annektiert, von Moskau ständig zurückgefordert, wurde nicht als Interessensphäre bezeichnet, sondern als Interesse. Dadurch konnte die UdSSR 1940 mit Einverständnis der Rumänen dieses Gebiet zurückholen. Von Aggression und Okkupation war hier nie die Rede.

Interessensphäre bedeutet, daß sich andere Vertragspartner dort in keiner Weise einmischen. Daher kamen die baltischen Staaten (ab 28. August auch Litauen) in die sowjetische Interessensphäre. „Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.“ Im Oktober 1939 besetzten die Litauer mit sowjetischer Erlaubnis das bisher polnische Wilna (Vilnius). Damit waren sie an den territorialen Veränderungen mitbeteiligt, was bis heute totgeschwiegen wird.

Obwohl die Nazis das annahmen, hatte die UdSSR 1939 nicht die Absicht, sich diese Länder einzuverleiben, wie auch neuere Forschungen bestätigen.

Erst die innenpolitische Entwicklung und die Aktivitäten der baltischen Kommunisten veränderten im Sommer 1940 die Lage:

Während des sowjetischen Finnland-Feldzuges versuchten die baltischen Führungen, sich aus den Bündnisverpflichtungen mit der UdSSR zurückzuziehen. Nach dem deutschen Sieg über Frankreich im Mai 1940 rechnete Moskau mit einem baldigen Überfall und wollte seine Truppen im Baltikum verstärken. Da die Balten lavierten, forderte Moskau nicht nur eine Truppenverstärkung, sondern auch die Einsetzung einer bündnisgerechten Regierung. Hierzu wurden sie von breiten Massen unterstützt. Dem kamen die Balten nach und erlaubten weitere sowjetische Truppenstationierungen. Das wird heute versucht, grundlos als Aggression und Okkupation zu bezeichnen.

Die Balten sollten mit der UdSSR verbündet und souverän bleiben, daher wurden 1939 mit ihnen Bündnisverträge abgeschlossen. Die Bündnispolitik gegenüber den Balten zeigt auch, daß die UdSSR mit einem Angriff der Deutschen an diesem Abschnitt rechnete, entsprechend dort in der Haupteinfallsrichtung Truppen stationierte und auch deshalb die Bündnisbehauptung der Nazis und ihrer heutigen Rezipienten gegenstandslos war und ist.

Eine andere Lage bestand für die westbelorussische und westukrainischen Gebiete Ostpolens.

Offiziell war seit 1923 bekannt, daß die UdSSR Ansprüche auf diese Gebiete erhoben hatte. Es war völlig klar, daß im Falle eines „Neuen Münchens“ hier Forderungen gestellt werden würden. Das war auch im Westen bekannt, und der schwieg dazu.

Im Falle einer deutschen Aggression und des Zerfalls der polnischen Staatlichkeit

war die Besetzung dieser Territorien eine logische Folge. Hier ging es nicht nur um den Schutz der Bevölkerung, sondern auch um die nationale Vereinigung des belorussischen und ukrainischen Volkes. Daher wird der 17. September in Belarus bis heute als Tag der nationalen Vereinigung gefeiert. Moskau hätte aber, um Moralisten zu genügen, auch darauf verzichten können, die Bevölkerung jener Gebiete unter ihren Schutz zu nehmen.

Das hätte man ihr später berechtigterweise zum Vorwurf machen können und sich womöglich so angehört: „Moskau hatte es trotz Forderungen auch aus den eigenen Reihen gegenüber den Deutschen unterlassen, sich der westbelorussischen und westukrainischen Bevölkerung anzunehmen, von denen sie wußte, daß sie wahrscheinlich in allernächster Zeit ebenfalls der nationalsozialistischen Eroberung anheimfallen würde. Das betrachtete die deutsche Führung als einen bewußten Verzicht und somit Freibrief für die Vernichtung prosowjetischer Bevölkerungsgruppen. Die damit einhergehende faktische Auslieferung der jüdischen Bevölkerung Ostpolens (etwa zwei Millionen) wertete Berlin als stillschweigende Zustimmung zur Judenpolitik des Dritten Reiches. Den deutschen Vernichtungsmaßnahmen sah Moskau dann tatenlos zu. Damit machte sich Moskau mitschuldig am Tod von Millionen Menschen ...“

Über den Zeitpunkt des sowjetischen Einmarsches gibt es die verschiedensten Spekulationen. Es ist der absolute Schwachpunkt der antisowjetischen Legende über den angeblichen Hitler-Stalin-Pakt: Moskau hätte sich so spät zum Eingreifen entschlossen, um nicht mit den Deutschen als Aggressor dazustehen. Doch das wurde der UdSSR ohnehin angedichtet.

Doch hierzu gibt es eine Reihe dokumentierter Fakten, die ein anderes Bild entstehen lassen und für die Sowjetunion sprechen:

Die Nazis waren an einem gleichzeitigen Einmarsch in Polen interessiert und drängten Moskau. Schaut man sich den diplomatischen Verkehr an, so entsteht der Eindruck, daß die UdSSR die Deutschen hingehalten hatte und scheinbar auf etwas Wesentliches wartete. Zugleich wurden in der UdSSR militärökonomische und militärpolitische Maßnahmen getroffen, die auf einen großen Krieg und nicht nur auf eine begrenzte Militäraktion hinwiesen. Moskau wartete darauf, wie sich der Westen verhalten würde. So kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich bei einem aktiven Westeinsatz gegen Deutschland die Sowjets dem angeschlossen hätten.

Der kam aber nicht: Zwar hatten die Briten/Franzosen Deutschland am 3. September überraschend den Krieg erklärt, doch keine Offensive geführt, wozu sich Frankreich im Mai vertraglich verpflichtet hatte.

Schlimmer noch: Am 10. September trafen sich die britischen und französischen Staatsführer in Abbeville (Frankreich). Dort wurde beschlossen, Polen nicht zu helfen. Damit wurde Polen verraten. Es war die Krönung der Appeasement-Politik. Die polnische Regierung wie die Weltöffentlichkeit wurden darüber nicht informiert. Allerdings wurde die Sowjetregierung heimlich durch französische Quellen innerhalb der nächsten zwei Tage darüber in Kenntnis gesetzt.

Aber auch die Deutschen haben das mitbekommen und drangen nun auch in Gebiete vor, die den Sowjets als Einflußsphäre zugeordnet worden waren. Am 12. September riefen die ukrainischen Nationalisten zu einem Aufstand auf und griffen die sich zurückziehenden Polen an.

Einen Tag später gingen die ersten und völlig überstürzten Befehle an die Rote Armee. Zum direkten Eingreifen waren die Sowjets zu jenem Zeitpunkt noch nicht vorbereitet. Sie wollten später eingreifen, auf die Ergebnisse der Westoffensive warten und riskierten hierbei ein weites Vordringen der Nazis.

Dann wollte Moskau die Situation der polnischen Staatsführung abwarten. Die war geflohen und bereitete sich für den 17. September auf ihren Übertritt nach Rumänien vor. Damit war der Vertragspartner des Nichtangriffsvertrages von 1932 nicht mehr vorhanden. Die UdSSR hatte diesen Vertrag also nicht gebrochen. Demzufolge verbot die polnische Militärführung aktiven militärischen Widerstand und es erfolgte keine polnische Kriegserklärung. Angesichts des deutschen Vormarsches, der schon seit einer Woche weit in ostslawische Territorien Ostpolens reichte, wurde dem polnischen Botschafter übermittelt, daß sich die UdSSR nicht gleichgültig gegenüber dem Verhalten könne, „daß die ukrainischen und belorussischen Blutsbrüder die auf dem Territorium Polens leben, ihrem Schicksal überlassen werden und schutzlos bleiben ...“ Daher werde die Rote Armee die Grenze überschreiten „und das Leben und Eigentum der Bevölkerung der Westukraine und Westbelorußlands unter ihren Schutz zu stellen.“

Zugleich wurde der Friedensvertrag von 1921 und der Nichtangriffsvertrag aufgekündigt.

Am 17. September überschritt die Rote Armee überall die bisherige sowjetisch-polnische Grenze.

Die Polen erklärten die UdSSR als Aggressor. Tatsächlich traf dieser Begriff nach dem Protokoll über die Aggressor-Definition vom Juli 1933, den Moskau initiiert und unterschrieben hatte, formal durchaus zu. Diese Definition sah aber kein Verbot für militärische Handlungen im Falle eines Einmarsches zur Sicherung der Lebensgrundlagen von unterdrückten Teilen des eigenen Volkes in einem Nachbarstaat vor.

**Dr. Holger Michael**

## AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

# Über einige Schwächen in unserer Darstellung der Kultur der Sowjetunion (2 und Schluß)

## 3. Über Erfindungen in Rußland und in der Sowjetunion

Die Tatsache, daß Rußland in seiner kapitalistischen und darum auch technischen Entwicklung hinter den großen kapitalistischen Ländern zurückgeblieben war, verführt häufig dazu, zu übersehen, daß es auch im zaristischen Rußland bedeutende Techniker und Wissenschaftler gegeben hat. Wir finden oft die Meinung vertreten, daß die Sowjetunion auf einem Nichts hier aufbauen mußte, und daß die Kultur der Sowjetunion auf diesen Gebieten gewissermaßen traditionslos sei. Nichts jedoch wäre so falsch und trüge so sehr zu einem Unverständnis für die technische Kultur der Sowjetunion wie auch Rußlands bei als eine solche Auffassung. Gerade in der letzten Zeit haben zum Beispiel Sowjet-Veröffentlichungen wieder auf die wichtigen frühen Erfindungen hingewiesen, die russische Gelehrte auf dem Gebiete des Telefonwesens oder der drahtlosen Telegrafie gemacht haben. Zahlreich sind die Beispiele großer Begabungen und Einzelleistungen im zaristischen Rußland auf dem Gebiete der technischen Erfindung.

Auf der anderen Seite darf man natürlich nicht in den entgegengesetzten Fehler verfallen und etwa besondere technische Leistungen des russischen Volkes feststellen wollen. Sind solche doch auch gesellschaftlich gar nicht möglich gewesen.

Wir wissen, daß Erfindungen an sich nicht entscheidend sind für eine Kultur, sondern ihre Anwendung. Die Dampfmaschine stand schon in der Antike vor ihrer praktischen Vollendung – aber so sehr wir die Ingenuität des antiken Technikers bewundern, so klar sind wir uns darüber, daß es erst die kapitalistischen Verhältnisse in England waren, der gewaltige Fortschritt, den sie gegenüber früheren Wirtschaftsformen darstellten, die die Dampfmaschine zu einem wirklichen Bestandteil der menschlichen Kultur machten.

Ähnlich verhielt es sich mit gar manchen technischen Erfindungen, die russische Gelehrte und Praktiker unter dem Zarismus machten. Das zaristische Rußland war so rückständig, daß sie dort vielfach nicht zur Anwendung kamen, daß sie in kapitalistischen Ländern entweder neu erfunden werden oder erst dort in großem Maßstab angewandt werden mußten, um wirklich ein Bestandteil des menschlichen

Fortschritts zu werden. Es ist darum falsch, wenn wir, wie es bisweilen geschieht, versuchen, für die Sowjetunion eine besonders große russische Vergangenheit auf technischem Gebiete zu konstruieren, und etwa nachträglich irgendeine Überlegenheit oder Besonderheit der Leistung Rußlands gegenüber Frankreich oder England, Deutschland oder den Vereinigten Staaten künstlich herauszufinden.

Etwas anderes sind unsere Schwächen bei der Darstellung der gegenwärtigen Zustände in der Sowjetunion auf technischem Gebiet. Auf der einen Seite ist es völlig richtig herauszuarbeiten, wie groß der technische Fortschritt heute gegenüber der Zeit vor 1917 ist – nicht nur deshalb, weil an sich die Technik fortgeschritten ist, sondern vor allem deswegen, weil die Sowjetunion heute das zweitmächtigste Industrieland der Welt ist, weil die Technik eine ungleich größere Rolle in der Sowjetkultur spielt als unter dem Zarismus. Unter gewaltigen Anstrengungen hat die Sowjetunion heute die kapitalistischen Länder auf technischem Gebiet eingeholt. Nicht einzelne technische Leistungen sind mehr charakteristisch für sie – wie noch in den ersten zehn und fünfzehn Jahren nach der Revolution. Was sie kennzeichnet, ist vielmehr der breite Strom des täglichen Fortschritts, die Fülle der technischen Erfindungen, das hohe Niveau der durchschnittlichen Leistungen, das jenem des noch vor kurzem technisch fortgeschrittensten Landes, der Vereinigten Staaten von Amerika, heute völlig ebenbürtig ist.

Und doch, nachdem wir festgestellt haben, daß die Sowjetunion die Zurückgebliebenheit des zaristischen Rußland auf technischem Gebiete überwunden und die kapitalistischen Länder eingeholt hat, haben wir erst einen Teil der Kulturleistungen der Sowjetunion auf technischem Gebiet vermittelt. So unrichtig es ist, etwa das technische Niveau der Sowjetunion mit der Aufzählung von Erfindungen oder Installationen von Maschinen illustrieren zu wollen – wie es niemandem einfallen würde, wenn er etwa das technische Niveau in den Vereinigten Staaten darstellen will, und wie es nur angebracht ist, wenn man kein Land auf dem technischen Niveau der Sowjetunion, sondern ein zurückgebliebenes Land darstellt –, genauso falsch ist es, anlässlich der Schilderung des technischen Niveaus der Sowjetunion bei der

Feststellung stehenzubleiben, daß diese heute zum Beispiel die Vereinigten Staaten eingeholt hat.

Denn das technische Niveau der Sowjetunion hat noch eine Eigentümlichkeit, die Technik unter dem Sozialismus ist noch durch eine Besonderheit ausgezeichnet, die sie von der in allen kapitalistischen Ländern grundsätzlich unterscheidet. Und gerade diese Eigentümlichkeit gilt es heute, wo die Tatsache eines hohen technischen Niveaus in der Sowjetunion zwar bei uns immer noch nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet wird, aber es doch hoffentlich bald geschieht, besonders herauszuarbeiten.

Es kommt für uns darauf an zu zeigen, wie das ganze Volk, wie alle Werktätigen an dem technischen Fortschritt teilhaben, und daß es gerade diese Tatsache ist, die die Sowjetunion von den kapitalistischen Ländern unterscheidet und die eine Besonderheit ihrer Kultur ausmacht. Nicht das ist heute mehr das wirklich Wesentliche, daß in der Sowjetunion ein hohes technisches Niveau herrscht, sondern vielmehr, daß dort das hohe technische Niveau der Hebung der allgemeinen Lebenshaltung dient, während es in den kapitalistischen Ländern zur Steigerung der Ausbeutung benutzt wird.

## 4. Über Verschiedenheiten der Vermittlung geisteswissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Leistungen der Sowjetunion

Wenn wir die Leistungen der Sowjetkultur auf geisteswissenschaftlichem Gebiet mit denen der kapitalistischen Länder vergleichen, dann werden wir eine außerordentliche Überlegenheit der Sowjet-Philosophie, -Literaturwissenschaft, -Geschichtswissenschaft, -Wirtschaftswissenschaft usw. erkennen, je mehr wir uns in das Studium der Sowjet-Geisteswissenschaft vertiefen.

Das liegt daran, daß die marxistische Wissenschaft die einzige ist, die die Wirklichkeit des Lebens begreifen und daher so analysieren kann, daß sie einen Sinn gibt und uns als Basis für unser Handeln dienen kann.

Und das liegt gleichzeitig daran, daß die bürgerliche Geisteswissenschaft heute in England oder Amerika oder auch in Deutschland so betrieben wird, daß sie vielfach der Wirklichkeit völlig fern ist,

zum Teil selbst den bürgerlichen Rahmen der Wissenschaft sprengt und zur Pseudowissenschaft, zum Aberglauben, zur Mysterienschaffung wird.

Die Möglichkeit für den bürgerlichen Geisteswissenschaftler, den Boden der Wirklichkeit so völlig zu verlassen, wie es heute vielfach geschieht, ist unter anderem in folgendem begründet: Während es zum Beispiel auch unter den Bedingungen einer absterbenden kapitalistischen Gesellschaft unmöglich ist, einem Menschen einzureden, daß er auf drei Beinen läuft und ihm am Kinn ein Schwanz herunterhängt, ist es nicht so schwer, ihm „klarzumachen“, daß er zu einer besonderen Rasse gehört, die allen anderen überlegen ist; daß sein Elend ihm als spezielle Prüfung vom Schicksal gesandt worden ist; daß alles schon einmal dagewesen ist, oder daß man aus Erfahrungen nichts lernen kann, weil jede Situation einzig ist; daß ein gewisses Ausmaß von Arbeitslosigkeit notwendig ist, weil sonst die Löhne unbeschränkt steigen würden und dann eine Inflation sich entwickeln müßte; daß es Menschen gibt, die, weil ihre Eltern viel Geld haben, besonders begabt sind, und andere wegen Geldmangels auch geistig nichts taugen; daß Dichter nicht vom Alltag berührt werden dürfen und Künstler nur Werke schaffen sollen, die sie allein verstehen; daß alle Materie in Wirklichkeit Geist ist und ähnliches mehr.

Ganz anders ist die vergleichsweise Situation auf den verschiedenen Gebieten der Naturwissenschaften. Man kann nicht sagen, daß die Sowjet-Wissenschaft die kapitalistische Wissenschaft auf den naturwissenschaftlichen Gebieten bereits überholt hat. Sie ist ihr auf einzelnen Gebieten, insbesondere in der Medizin, voraus, und auf einzelnen steht sie noch hinter ihr zurück. Die Tatsache, daß der Unterschied des Niveaus auf naturwissenschaftlichem Gebiet geringer ist als auf geisteswissenschaftlichem, ist vor allem darin begründet, daß die Naturwissenschaftler auch in den kapitalistischen Ländern sich der Einstellung des marxistischen Wissenschaftlers nähern müssen, um zu praktischen Resultaten zu kommen. Resultate der Naturwissenschaft werden an der Wirklichkeit überprüft, und die fortlaufende Beobachtung der Wirklichkeit zwingt zu einer Haltung in der Forschung, die der des marxistischen Forschers nahe kommt. Darum können auch die Marxisten immer wieder feststellen, daß die Ergebnisse der modernen naturwissenschaftlichen Forschung in den kapitalistischen Ländern die marxistische Lehre bestätigen. Wenn die

Naturwissenschaft in der Sowjetunion nicht als allgemein bahnbrechend, gegenüber der in den kapitalistischen Ländern, weit über sie hinausgehend, bezeichnet werden kann, so liegt das ganz einfach vor allem daran, daß die Naturwissenschaftler in den kapitalistischen Ländern bei ihren Forschungen vielfach Wege gehen, die von denen der Marxisten nicht sehr verschieden sind.



**Der sowjetische Chirurg Wladimir Demichow (1916–1998) nahm 1946 als erster eine Herztransplantation bei Hunden vor**

Das ist der eine Grund, warum die naturwissenschaftliche Forschung in der Sowjetunion der in den kapitalistischen Ländern in ihren Resultaten nicht weit überlegen ist – wie es auf geisteswissenschaftlichem Gebiet der Fall ist. Der zweite Grund ist ein technischer: Auf der einen Seite ist es so, daß, auch wenn beide Naturwissenschaftler-Gruppen ähnliche Wege gehen, der Weg des Sowjet-Wissenschaftlers doch leichter ist, schneller begangen werden kann, da er durch das bewußte Studium der marxistischen Methoden klarer abgezeichnet ist, und da das gesamte Studium in der Sowjetunion planmäßig organisiert ist. Aber diesen Vorteilen stehen auf der anderen Seite noch bedeutende Nachteile gegenüber: Die wissenschaftliche Tradition in der Sowjetunion, so wie sie ihr vom zaristischen Rußland überkommen war, ist bedeutend, aber doch recht eng, die Zahl der Wissenschaftler, die vor 1917 in Rußland ausgebildet worden war, relativ gering, und es dauerte einige Zeit, bis

die Sowjetunion in der Lage war, eine größere Anzahl von Laboratorien entsprechend einzurichten und eine größere Anzahl von Wissenschaftlern wirklich voll auszubilden. Diese Auswirkungen des zaristischen Erbes haben dazu beigetragen, daß die Naturwissenschaften in der Sowjetunion nicht jetzt schon zu der Entfaltung gekommen sind, die sie in Bälde haben werden. Diese Unter-

schiede in der naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Situation haben eine große Bedeutung auch für die Arbeit unserer Gesellschaft. Sie zeigen sich schon darin, daß bereits die Form der Verständigung auf beiden Gebieten ganz verschieden ist. Wenn ein Vertreter der deutschen bürgerlichen Wissenschaft und ein Sowjet-Wissenschaftler zusammenkommen, so werden sie sich sofort darüber verständigen können, was sie unter Kohlenstoff und Sauerstoff verstehen, ganz gleich, welcher Ideologie der deutsche Wissenschaftler sich verschrieben hat, ob er zum Beispiel an den „freien“ Kapitalismus glaubt oder etwa gewisse religiöse Bindungen auch in der Wirtschaft für notwendig hält. Das gleiche gilt auch für das Experiment mit Kohlenstoff und Sauerstoff: die Verständigungsschwierigkeiten sind gering. Das bedeutet, daß, wenn wir von naturwissenschaftlichen Forschungsergebnissen in der Sowjetunion berichten, es leicht sein wird, Verständnis sowohl wie Interesse bei deutschen Naturwissenschaftlern zu finden. Wir übersetzen gewissermaßen einfach von einer Sprache in die andere, und damit vermitteln wir schon zahlreiche Ergebnisse der Sowjetkultur auf naturwissenschaftlichem Gebiet. In vielen Fällen ist jede Interpretation überflüssig. Die Funktion unserer Gesellschaft kann

vielfach hier eine rein technische bleiben. Nicht in allen Fällen – wie es ja keineswegs so ist, daß die Forschungswege in den kapitalistischen Ländern und in der Sowjetunion identisch sind, aber der Unterschied ist kein grundsätzlicher, genau wie das Weltbild der modernen Naturwissenschaft, das in den kapitalistischen Ländern gelehrt wird, dem marxistischen nicht grundsätzlich widerspricht. (Das schließt nicht aus, daß viele bürgerliche Naturwissenschaftler den dialektisch-materialistischen Weg mit idealistischen Mänteln behängt beschreiten.) Wie anders ist es auf geisteswissenschaftlichem Gebiet! Wie eindeutig ist der Begriff des Kohlenstoffs gegenüber solchen Begriffen wie Arbeit, Mehrproduktion, Kapital, Realismus, Freiheit, Demokratie usw. Hier fehlen vielfach die Elemente jeder Verständigung, weil das geisteswissenschaftliche Niveau in den kapitalistischen Ländern so lange stehengeblieben ist, während es in der Sowjetunion so enorme Fortschritte



gemacht hat. Hier ersteht unserer Gesellschaft eine ungleich größere und schwierigere Aufgabe als auf dem Gebiet der Naturwissenschaft. Und hier begehen wir auch schon gleich am Anfang unserer Arbeit eine ganze Reihe von Fehlern, die wir schnell überwinden müssen. Wir sprechen zum Beispiel vielfach so, als ob die Begriffe der Sowjetkultur die gleichen wie die zu meist in Deutschland üblichen wären. Wir sagen etwa, daß in der Sowjetunion Freiheit herrscht, während in den kapitalistischen Ländern Unterdrückung und Knechtschaft herrschen, wobei doch die meisten, zu denen wir sprechen, das, was wir Knechtschaft und Unterdrückung nennen, Freiheit heißen. Auf dieser Basis kann man natürlich nicht diskutieren, und zwar liegt die Schuld zum größten Teil bei uns. Wenn wir das mit Knechtschaft betiteln, was die anderen, die wir überzeugen wollen, Freiheit nennen, dann ist keine Verständigung möglich. Zeigen wir aber zum Beispiel, daß das, was in der Sowjetunion herrscht, eine höhere Form der Freiheit ist als die der bürgerlichen Gesellschaft, genau wie der Freiheitsbegriff der bürgerlichen Gesellschaft ein höherer ist als der des Feudalismus, dann schaffen wir eine Basis, auf der wir diskutieren können. Schildern wir den Unterschied der Freiheit in der Sowjetunion, wo jeder einzelne die größten Entwicklungsmöglichkeiten hat, und in den Vereinigten Staaten, wo nur die Reichen und nur die Reaktionäre volle Freiheit genießen – erklären wir, daß fortschrittliche Menschen es nicht als Freiheit betrachten, wenn man Romane voll sexueller Perversitäten schreiben und zum Krieg hetzen kann, wohl aber es Freiheit nennen, wenn alle, die für den Frieden schreiben, großen Absatz für ihre Arbeiten finden und in ihrer Entwicklung gefördert werden – analysieren wir den Unterschied einer Gesellschaft, in der alle Rassen als gleichberechtigt zum vollen Genuß ihrer Entwicklung gelten und ebenso die Kinder der Arbeiter wie hoher Staatsbeamter, und einer Gesellschaft, in der Neger und Mexikaner und Juden und Katholiken und die Kinder der Arbeiter und Bauern als minderwertige, weniger zur Freiheit berechnete Wesen gelten – gehen wir auf die Einwände der anderen, die im bürgerlichen Freiheitsbegriff befangen sind, sorgfältig ein: dann werden wir weit eher zu einer Verständigung und somit auch zu einer Vermittlung der Kultur der Sowjetunion kommen, als es mit den bisher häufig angewandten Methoden der Fall war.

Und wie mit dem Begriff der Freiheit, so ist es mit zahlreichen anderen Begriffen, über deren Bedeutung wir langsam Klarheit schaffen müssen, um auch nur eine Basis zu haben, auf der wir die Größe der Sowjetkultur darstellen können. Erst wenn wir eine gewisse Klarheit der Begriffe geschaffen haben, wird es möglich

sein, die Bedeutung der geisteswissenschaftlichen Leistungen der Sowjetunion so darzustellen, daß sie allmählich erkannt wird. Und auch hier wird es dann verschiedene Stadien des Verständnisses geben. Vielfach wird es so sein, daß die Menschen zuerst gewonnen werden durch die Tatsache, daß die marxistische Betrachtungsweise, die die Grundlage des Verständnisses der Sowjet-Geisteswissenschaften für die Wirklichkeit ist, ihnen zum ersten Male die Zusammenhänge des Geschehens auf den verschiedenen Gebieten klarmacht. Wie oft ist es manchem von uns bei Darstellungen, sei es der Geschichte der Lage der Arbeiter oder von literarischen Strömungen, so gegangen, daß Arbeiter oder Studenten zunächst einmal dahin reagierten, daß sie sagten: „Zum ersten Male hängt die Darstellung wenigstens zusammen und erklärt eines aus dem anderen.“ Sie waren noch keineswegs von der Korrektheit der marxistischen Darstellung überzeugt, aber sie begriffen, daß es sich hier um eine Betrachtungsweise handelt, die vor den anderen ihnen bekannten sehr große Vorzüge hat.

Stellen wir uns nun vor, man vermittele die großartigen Leistungen der Sowjet-Wissenschaft auf den Gebieten der Literatur, der Geschichte, der Kunst, der Volkswirtschaftslehre! Man zeige, wie die Sowjetwissenschaft es versteht, historische Zusammenhänge wirklich klarzumachen und Erscheinungen der Gegenwart nicht als Einzelereignisse, die irgendwie eintreten, sondern in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang zu analysieren – und wir werden bei allen wahren Wissenschaftlern und Kulturinteressierten die Vorbedingung für ein Studium der Kultur der Sowjetunion schaffen: nämlich ihr Interesse wecken.

Aus alledem geht hervor, daß es wesentlich schwieriger ist, die Ergebnisse der Sowjetkultur auf geisteswissenschaftlichem als auf naturwissenschaftlichem Gebiet zu vermitteln. Auf der anderen Seite aber ist es so, daß, wenn wir einmal Fortschritte auf dem Gebiet der Vermittlung geisteswissenschaftlichen Kulturgutes der Sowjetunion gemacht haben werden, wir sehr viel weiter in der geistigen Verständigung zwischen unserem Volke und den Völkern der Sowjetunion gekommen sein werden, als es uns durch Vermittlung naturwissenschaftlicher Leistungen der Sowjetunion gelungen sein wird. Die letztere ist viel leichter und schneller, die erstere von ungleich größerer Bedeutung, denn sie setzt Verstehen anderen Geistes voraus.

Wie sollen wir nun als Gesellschaft vorgehen? Es ist offenbar, daß wir auf die Vermittlung der naturwissenschaftlichen Leistungen der Sowjetunion großen Wert legen müssen. Wir sprechen nicht davon, daß diese Leistungen von Bedeutung zur Förderung unserer Wissenschaft sind. Das ist selbstverständlich und trifft auf die Leistungen auch der amerikanischen

oder englischen oder französischen Naturwissenschaften zu. Für uns entscheidend ist vielmehr, daß wir zahlreiche Menschen auf dem Wege über das Studium der Ergebnisse der Naturwissenschaften in der Sowjetunion auch an das allgemeine Studium der Kultur der Sowjetunion heranzuführen können. Denn es ist offenbar, daß, wenn einmal erst das Interesse für einen Wissenszweig erregt worden ist, viele Menschen sich auch für andere Gebiete interessieren werden.

Gleichzeitig müssen wir aber unsere Anstrengungen darauf lenken, unserem Volke ein Bild der geisteswissenschaftlichen Kultur der Sowjetunion zu vermitteln. Und zwar auf vielerlei Weise. Einmal wird es wichtig sein, große Werke, die Gesamtzusammenhänge zeigen, in Übersetzung herauszubringen: Mit der Geschichte der Diplomatie hat der Verlag der SWA einen Anfang gemacht. Es müssen Werke über Wirtschaftsgeschichte, über Literaturgeschichte, über Philosophiegeschichte usw. folgen. Daneben sind Spezialstudien, deren Themen uns Deutsche besondere interessieren, von Bedeutung: also sowjetrussische Studien über Heine, über Goethe, über Hegel, über Beethoven usw. Dazu kommen dann natürlich Arbeiten über die Sowjetunion und das zaristische Rußland oder Werke über andere Länder, wie etwa die großen Geschichten der englischen und französischen Literatur, die gegenwärtig in der Sowjetunion erscheinen, oder die zahlreiche Shakespeare- und Balzac-Literatur.

Wenn wir untersuchen, was unsere Gesellschaft bisher auf diesen Gebieten geleistet hat, dann müssen wir feststellen, daß wir noch sehr weit zurück sind. Man wird vielleicht einwenden, daß wir noch ganz im Anfang unserer Arbeit stehen. Diese Feststellung ist zweifellos richtig. Aber es ist wichtig, gerade im Anfang schon zu sehen, wo man zurückbleibt, wo sich besondere Schwächen zu entwickeln drohen, um sie schnell zu überwinden.

Man kann sagen, daß die Aufzählung der Schwächen unserer Arbeit, die hier geschehen ist, noch recht unvollständig ist. Auch das ist richtig. Aber es scheint mir wichtig, mit der Bekämpfung der ernstesten, gefährlichsten Schwächen zu beginnen, und ich glaube, daß die hier genannten zu ihnen gehören. Wir haben eine alte Tradition der Versuche, die russische und Sowjetkultur zu vermitteln. Aber wir haben überhaupt keine Tradition der Kritik dieser Vermittlung. Es ist höchste Zeit, daß wir beginnen, eine solche Tradition aufzubauen, damit sie möglichst bald wieder abgebrochen werden kann, weil wir es wirklich gelernt haben, den richtigen Weg der Vermittlung zu gehen.

**Jürgen Kuczynski**

*„Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 2-1948 (2. Jahrgang)*

# Zum 100. Geburtstag von Walter Womacka

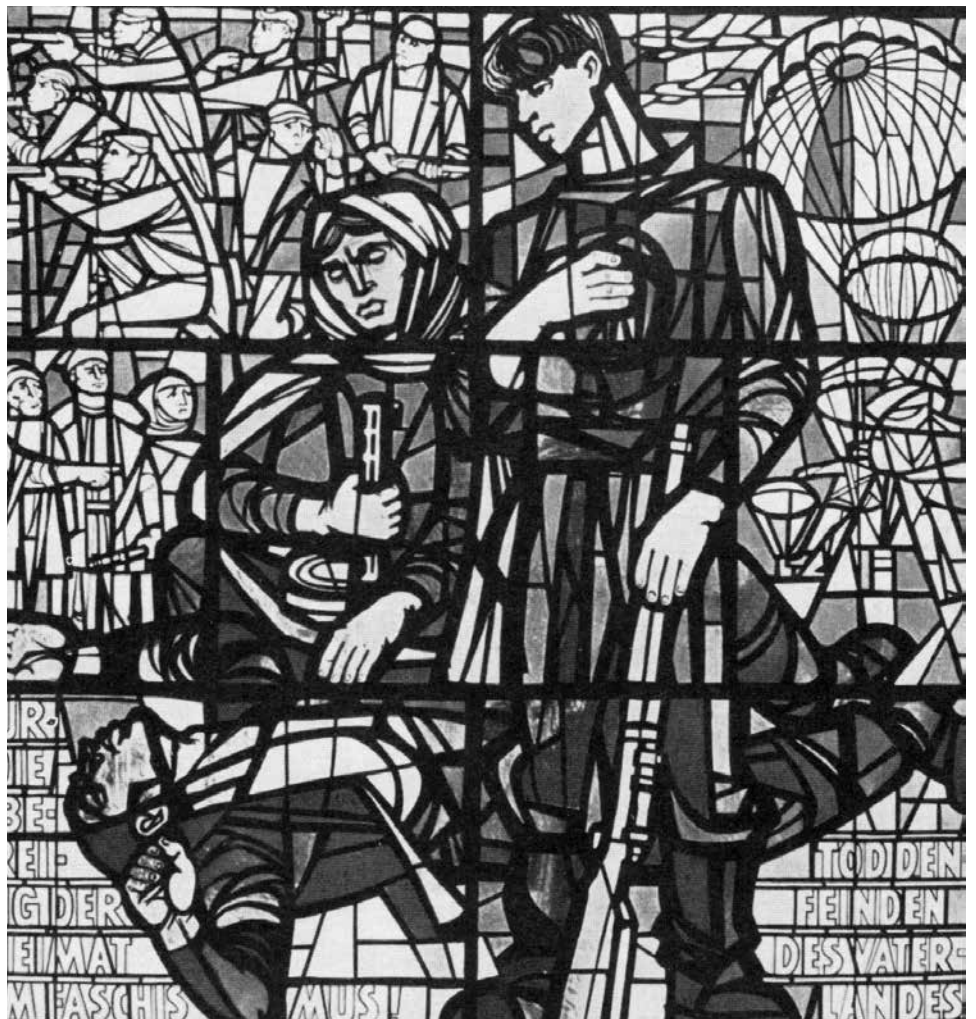
Walter Womackas (22.12.1925–19.9.2010) Schaffen vermittelt heute noch den Zeitgeist vor allem der jungen DDR und läßt Erinnerungen aufleben. Als sein Ölgemälde „Am Strand“ auf der IV. Kunstausstellung 1962/63 in Dresden gezeigt wurde, wählten es zwei Drittel der Besucher als „beliebtestes Bild“ wegen der „Klarheit und Jugendlichkeit“. 2004 konnte man es in einer Ausstellung des „Freundeskreises Walter Womacka“ in Eisenhüttenstadt wieder sehen, wo der Kunstwissenschaftler Peter Michel sagte: „Es drückt ein Lebensgefühl und eine Poesie aus, für die viele Menschen aufgeschlossen waren und noch immer sind. Womacka besaß den Mut, seine Neigung zur dekorativen Kunst, zu leuchtenden Farben, als künstlerisches Mittel anzuwenden, was damals nicht selbstverständlich war“. Ähnlich lautete die offizielle Einschätzung des Verbandes Bildender Künstler 1963, der die „Schönheit unseres Lebens ... verallgemeinert“ sah. Andere Kunstkritiker warfen dem Maler Oberflächlichkeit und Schönfärberei vor, gar die Tendenz, der bürgerlichen Dekadenz Tür und Tor zu öffnen. Sogar als „Brechmittel“ diffamierte es ein Künstler. Im Albertinum wurde es nach 1990 abgehängt, weil es als idealisiert, lieblich und ideologisch weichgespült galt – was man getrost in die allgemeine Verleumdung der DDR einordnen kann – und erst 2018 zeigten es die Kuratoren wieder in der Ausstellung „Ostdeutsche Malerei und Skulptur 1949–1990“ in Dresden. In einer Umfrage, welche Bilder in die Dauerausstellung übernommen werden sollten, belegte „Am Strand“ wiederum den ersten Platz. Zwar ist Popularität kein Kriterium für den künstlerischen Wert eines Werkes. Aber sie bezeugt das Gefühlsempfinden der Bevölkerung.

Dieses krasse Auseinanderdriften der Meinungen begegnete mir in meiner Womacka-Recherche ständig. Völlig loyal steht Hermann Rausch zu ihm, der 1982 schreibt: „Der sozialistischen Kunst geht es doch nicht um Kunst, sondern um den Menschen und seine Zukunft, die so schrecklich gefährdet ist. Walter Womacka stellt sich dieser Aufgabe (ebenso wie andere mit ihm), und ich weiß, wie schwer er es hatte ... Womacka wendet sich nicht an ‚Eingeweihte‘, er will sich verständlich machen in dem, was er sieht“. Andere loben, aber mit einem Unterton, der mir das Gefühl gibt, sie fühlten sich dazu eher verpflichtet; manche flüchten sich in „er erweist sich immer als ein guter Freund und Genosse“ oder „den Besuchern in Moskau hat die Ausstellung sehr gefallen“. Nach 1990 wird die Einschätzung entweder kryptisch oder er

wird völlig ignoriert. In der großen DDR-Kunstaussstellung im Barbarini-Museum 2018 fehlte er ganz (außer in der Sonderausstellung der Palast-Gemälde); Hermann Raum, der acht Jahre unter Womacka Prorektor war, erwähnt ihn in seinem Buch zur Kunst der DDR aus dem Jahr 2000 nur in einem Halbsatz. Diesen Umgang mit einem unserer bekanntesten Künstler finde ich schändlich. Womacka hat hervorragende Werke hinterlassen, weniger gute und

Inhalt ist entweder Kunsthandwerk oder es ist keine Kunst. Womackas Schaffen ist Kunst, die untrennbar mit der Entwicklung der DDR verbunden ist und ein wichtiges Zeitdokument darstellt.

Walter Womacka wurde in Obergeorgenthal (Horní Jiřetín) geboren und wuchs als mittlerer von drei Brüdern in sehr ärmlichen Verhältnissen in Brüx (Most) auf. Der Vater, Gärtner, war oft arbeitslos. Erstaunlich, daß politische Ereignisse völlig an der



Womacka: Ausschnitt aus „Internationaler Widerstandskampf gegen den Faschismus“, 1961

auch Mittelmaß. Das kann man aussprechen und sollte sich nicht herumdrücken. Kunst dokumentiert immer den Entwicklungsstand der Gesellschaft, darin ist sie einzuordnen. Nun könnte man sagen, Kunst ist Geschmackssache. Das ist sie nicht. Es gibt Kriterien, z.B. die Beherrschung des Handwerks, die Übereinstimmung von Inhalt und Form. Das setzt voraus, daß es einen Inhalt gibt. Ein Gemälde, eine Plastik kann gut oder schlecht sein. Ein Werk ohne

Familie vorbeigingen, ob die Angliederung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich oder der Krieg. Walter erhielt an der „Schule für Keramik und verwandte Gewerbe“ in Teplice eine solide Grundausbildung als Dekorationsmaler, erlernte alle wichtigen Techniken der Wandmalerei und Keramik. 1943, er war siebzehneinhalb, kam die Einberufung zur Wehrmacht, wo er bald ins Partisanengebiet nach Baranowitsche kommandiert wurde. Daß die SS Frauen

und Kinder erschoss, hielt er für Feindpropaganda. Anfang April 1945 sollte er an der Front bei Seelow kämpfen. Endlich dämmerte ihm, daß der Krieg verloren sein könnte. Den „Russen“ wollte er keinesfalls in die Hände fallen und flüchtete entlang der R1 (heute B1) bis zur Elbe, wo ihn die Amerikaner gefangen nahmen. Zehn Jahre später malte er „Kinder bei Müncheberg“, nach einem Eindruck, den eine verlassene, hilflose Gruppe kleinerer Kinder aus einem Waisenhaus bei ihm hinterlassen hatte. Die Internierung in einem der berüchtigten amerikanischen Kriegsgefangenenlager überlebte er gesund und kam im Oktober 1945 bei Braunschweig als Landarbeiter unter, wo er bald ein Studium an der „Meisterschule für das gestaltende Handwerk“ beginnen konnte.

In der Freizeit „beschäftigte mich nur das neue Leben, ich sog alles auf wie ein Schwamm“, Bilder bürgerlicher Realisten wie Karl Hofer, Max Pechstein, Karl Schmidt-Rottluff, die zu den verfemten Malern gehört hatten, amerikanische Filme, das Theaterstück „Draußen vor der Tür“ von Wolfgang Borchert. Von Politik hatte er wie die meisten Studenten immer noch „die Nase voll“, obwohl er sich vorher auch nicht dafür interessiert hatte. Das änderte sich sehr langsam, nachdem er seine Familie wiedergefunden hatte. Sie war in Rams-la bei Weimar untergekommen, in der Sowjetischen Besatzungszone. Hier stieß er auf ein neues Leben: Bodenreform, Enteignung von Betrieben der Kriegsverbrecher, Begegnung mit ehemaligen KZ-Insassen, russische und sowjetische Literatur. Das Buch „Der Stille Don“ von Scholochow bezeichnete er als einen Mosaikstein auf dem Weg zum Marxismus. „Bei mir spielte immer das bildhafte Erleben, beim Lesen das emotionale Angesprochensein eine große Rolle, und so habe ich den Zugang zu den ideologischen Problemen weniger über die Theorie als wiederum durch die Kunst erfahren“.

Eine Ausstellung „Künstler des heutigen Weimar“, die ihn wegen der Traditionsverbundenheit und des Realismus beeindruckte, war ein letzter Anstoß, nach Weimar überzusiedeln, um an der Hochschule für Baukunst und bildende Künste zu studieren. Vielleicht war es auch der vorletzte Anstoß, denn in Weimar hatte er seine spätere Frau Hanni kennengelernt. Am 11. Oktober 1949 begann sein erstes Semester. Die Gründung der DDR vier Tage vorher war ihm entgangen.

Die Weimarer Hochschule hatte sich in den vier Jahren von 1945 bis 1949 unter dem Rektor und späteren Chefarchitekten von Berlin, Hermann Henselmann (3.2.1905–19.1.1995), zu einer fortschrittlichen Hochschule entwickelt. Henselmann erinnert sich an ein Gespräch am Teetisch mit einem Mediziner: „Was tun Sie, Herr Professor, diesen armen Menschen an, die Arbeiter sind und studieren

sollen! Diese werden fast alle ihr ganzes Leben hindurch einen schweren neurotischen Konflikt mit sich herumschleppen ...“ 1947 kamen bereits 40 % Studenten aus der Arbeiterklasse (bei sehr niedrigem Frauenanteil). Fast alle Studenten kamen aus der Wehrmacht und glaubten bis zum Schluss an den „Endsieg“. Womackas Kommilitone Günther Brendel schrieb später, als er Professor an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee war: „1948 – 18jährig – begann ich in Weimar mit dem Studium ... Ich ... hatte keine Ahnung von Käthe Kollwitz oder Paul Klee ... Ich kannte nicht Thomas Mann, Hermann Hesse, Arnold Zweig, Bert Brecht. In Weimar veränderte sich mir alles. Aus Jena kamen Professoren zu Vorlesungen zur Geschichte der Literatur, Politische Ökonomie ... und vor allem Prof. Dr. Georg Klaus zu Vorlesungen des dialektischen Materialismus. Es ist mir unvergesslich, wie er einfach und klar Zusammenhänge der menschlichen Gesellschaft darlegte ... unsere Schule ... war der Beginn eines neuen Lebensabschnittes, sie hat uns viel gegeben!“ Auch für Womacka öffnete sich mit den Klaus'schen Vorlesungen eine politische Orientierung; später, als Rektor, erwartete er von seinen Studenten politökonomisches Verständnis, „damit sie wissen, für wen sie künstlerisch arbeiten“. Die Weimarer Studenten entwickelten Typenbauten für Neubauernhöfe und Schulneubauten, packten an beim Wiederaufbau von Betrieben, der Maxhütte Unterwellenborn, und durften die architektonische und bildkünstlerische Ausgestaltung beim Wiederaufbau des Nationaltheaters Weimar unter Thüringens Ministerpräsidenten Werner Eggerath verantworten (Einweihung am 31.12.1948). Als die Klasse für Malerei in Weimar aufgelöst wurde, studierte Womacka in Dresden weiter. Nach seinem Diplom bot man ihm eine Assistentenstelle an der Hochschule für Bildende Kunst in Berlin-Weißensee an. 35 Jahre lang wirkte er hier als Hochschullehrer. Von 1968 bis 1988 leitete er die Schule als Rektor.

Womacka trat als Absolvent mit Bildern von Fischern und Genossenschaftsbauern an die Öffentlichkeit. Sie ordneten sich ein in die Widerspiegelung der neuen Zeit in der Literatur, auf der Bühne, im Film. Friedrich Wolff, Bertolt Brecht, Erwin Strittmatter gestalteten Themen wie Frieden und Völkerfreundschaft, Arno Mohr hatte die „Landaufteilung 1945“ gemalt, Lea Grundig schuf einen Bauernkriegszyklus, von Günther Brendel stammt das Bild einer Brigade im Braunkohlentagebau. Womacka zeichnete unter Fischern an der Ostsee und brachte kraftvolle, lebendige Skizzen mit. In Mecklenburg beobachtete er mit seinen Studenten Genossenschaftsbauern, entwickelte aus einer Vielzahl von Studien seine Gemälde. Sie trugen anfangs idealisierte

Züge, sowohl in der Komposition als auch in der wenig differenzierten psychologischen Darstellung. Deutlich sieht man das z.B. in der ersten Fassung von „Rast bei der Ernte“. Es gelang ihm zunehmend besser, sein eigenes Erleben einzubringen: die Schwere der stumpfsinnigen Arbeit der „Rübenhackerinnen“ sichtbar zu machen, aber auch das neue kollektive Gefühl der Bauern zu vermitteln. Die verschiedenen Fassungen der „Feldbaubrigade“ oder „Sommer“ haben für mich ihre Anziehungskraft nicht verloren. Dazu trägt die oft gescholtene „Schönheit und Farbenfreude“ bei. Natürlich veranlaßt ein Erntebild im August, zu leuchtenderen Farben zu greifen als ein Tagelager im November. Aber die Farbenpracht entsprach auch Womackas optimistischer Lebenshaltung. Neben den großen Problemkreisen begeisterte er sich stets an der Schönheit der Dinge um ihn herum, an Blumen, Früchten, Muscheln, Steinen, Stillleben. Seine Landschaften aus Bulgarien oder Loddin auf Usedom, wo er später sein Sommerhaus hatte, sieht man einfach gern an und erfreut sich an ihnen.

Womacka konnte außergewöhnlich oft reisen: Bulgarien, Ägypten, Indonesien, Italien, Sowjetunion, Österreich, Mexiko, Ecuador. Jede Reise bereicherte die Palette von Künstlern und gibt neue Impulse. Sein liebstes Land blieb jedoch Bulgarien, der Eindruck seiner ersten Auslandsreise in ein Land mit viel Sonne, hellerem Licht und prächtigen Landschaften war wohl das Erlebnis, das frühere Künstler in Italien empfanden.

Ab Mitte der 60er Jahre veränderten sich Malerei und Grafik in der DDR von der sinnlichen Reflexion in Richtung intellektuelle Untersetzung. Willi Sitte, Bernhard Heisig und Werner Tübke hatten in der alten Form des Triptychons hervorragende Beispiele komplexer Darstellungen historischer Vorgänge geschaffen – Sitte „Stalingrad“ und „Lidice“, Tübke „Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze“.

Die politischen Ereignisse in Chile zwangen Womacka ebenfalls zu neuen künstlerischen Überlegungen.

Den ganzen Winter 1973 über zeichnete er aufgewühlt zum Thema „In Chile herrscht Ruhe“ – „Opfer“, „Henker und Gefangene“, „Mütter“, „Gefesselte“, „Luis Corvalan“, „Pablo Neruda“. Im Jahr darauf entstand sein vierteiliges Gemälde „Für Freiheit und Menschenwürde“. Links hält ein Junge eine Milchkanne auffordernd vor sich, die nun leer bleibt, der stärkste Teil des Gemäldes. Womackas Ausbildung verschaffte ihm früh Aufträge der baugebundenen Kunst in Berlin, Eisenhüttenstadt, Bad Elster und Magdeburg.

Wer von den Menschen, die den Berliner Alex überqueren, weiß heute (noch), von wem der Brunnen „Völkerfreundschaft“, das Kupferrelief am Haus des Reisens und „Bauchbinde“ am Haus des Lehrers und stammen? Womacka brachte in dem

125 Meter langen Wandfries die Themen Erde (Gegenwart), Luft (u.a. Raumfahrt), Krieg und Frieden sowie Handel, Fischfang und Forschung unter. Es war eine große kollektive Leistung, zwischen weiteren Künstlern, Architekten, Bauarbeitern und nicht zuletzt mit den künstlerischen Werkstätten, in denen erfahrene Facharbeiter die Arbeiten ausführten. Die „Bauchbinde“ wurde nach 2005 fachgerecht restauriert; seine drei großen Wandbilder im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, „unter denen sich alle Nationen willkommen fühlen sollten“, sind mit dessen Abriß vernichtet worden. Womacka zählte sie zu seinen besten Arbeiten. Im früheren Staatsratsgebäude (jetzt European School of Management, wo heute die „Elite“ verbildet wird), schuf er das großformatige Glasfenster „Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Die Glasfenster in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen halte ich für ein Meisterwerk. Im Zentrum steht

eine Figur, die an Fritz Cremer's Mahnmahl sowie die Selbstbefreiung des KZ Buchenwald erinnert, die rechte Seite ist dem Kampf und den Leiden des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg und der Trauer um seine Toten gewidmet. Die kleinen Teile zeichnen illegale Arbeit, Partisanenkampf, Folterungen in Gestapokellern nach; für DDR-Bürger eindeutig zu identifizieren.

Womacka hinterließ Grafik, Keramik, Porträts – von Walter Ulbricht, Prof. Moritz Mebel und Erika Steinführer – das Montagebild der Arbeiterin, das ihm der westdeutsche Sammler Peter Ludwig von der Staffelei weg kaufte.

In seiner Autobiografie „Farbe bekennen“ von 2004 äußert Womacka auch Kritik an der DDR. Daß er sie aber „rote Kleinbürgerrepublik“ nannte, „welche die Gebrechen des russischen Feudalismus und Kapitalismus in sich trug“, halte ich in der Absolutheit für falsch, ebenso die pauschale Abwertung (nicht nur) des „Bitterfelder

Weges: Die vermutlich hochgestochene Erwartung, die sich wie bei den meisten politischen Zielsetzungen auch in diesem Falle nicht erfüllte, hatte dennoch etliche gute Seiten“.

Das schmälert sein künstlerisches Werk nicht. Es wird u.a. im Hotel „Seerose“ auf Usedom und im Kunstarchiv Beeskow bewahrt. Aus dem Gemälde „Wenn Kommunisten träumen“ aus dem Palast der Republik (heute im Deutschen Historischen Museum) wählte Peter H. Feist ein Detail: „Der Junge, Bild des neuen Geschlechts, der Zukunft, studiert einen (schönen!) Marienkäfer auf seinem Handrücken. In ihm verkörpert sich auf einfachste Weise der die ganze Geschichte durchziehende Erkenntnisdrang und Schönheitshunger der Menschen, und in seinem friedvollen Dasein zugleich der tiefste Sinn des Traums und Kampf der Kommunisten“.

Martina Dost

## Das war die 30. Linke Literaturmesse in Nürnberg Am Puls der Zeit

Vom 31. Oktober bis 2. November hat sich das Künstlerhaus Nürnberg, ehemals KOMM, erneut in einen Treffpunkt linker Kultur- und Buchöffentlichkeit verwandelt. Über drei Tage präsentierten über 70 Verlage, Zeitungen und Selbstverlage ihr Programm – 65 Lesungen, Diskussionen und Buchvorstellungen warteten auf das interessierte Publikum.

Von Beginn an war spürbar: Diese Messe wollte nicht nur Bücher unter die Menschen bringen, sondern eine politische Öffentlichkeit herstellen. In Zeiten, in denen Bildung, Kultur und Öffentlichkeit unter wachsendem Druck stehen, war dies allgegenwärtig spürbar. Schon die Eröffnungsveranstaltung vor 200 Besuchenden am Freitagabend, „Das Ende der liberalen Demokratie!? Staatsräson und reaktionärer Staatsumbau“, zeigte: Es geht hier nicht nur um Literatur, sondern um das große Ganze. Ein Blick auf ausgewählte Veranstaltungen zeigt exemplarisch, wie breit und zugleich konsequent das Programm gestrickt war.

### Georg Auernheimer: „Zweierlei Antisemitismus: Staatsräson vor universellen Menschenrechten?“

Georg Auernheimer fordert bei seiner Buchvorstellung dazu auf, die tiefsitzende „Erbschaft des Antisemitismus“ in der Bundesrepublik ernst zu nehmen – und die Frage zu stellen, wie sich deutsche

Israel-Bilder im Laufe des Nahostkonflikts verändert haben. Zugleich wirft er einen kritischen Blick darauf, wie heute ein „israelbezogener Antisemitismus“ zur Einschränkung von Grundrechten instrumentalisiert wird.

### Nick Brauns: „Pressefreiheit in Zeiten von Militarisierung und medialer Mobilmachung“

Nick Brauns, Mitglied der Chefredaktion der „jungen Welt“, sieht einen reaktionär-militaristischen Staatsumbau voranschreiten, eine Anpassung der Mainstream-Medien an Kriegstauglichkeit und somit eine Gefährdung der Pressefreiheit – etwa, wenn Journalisten, die gegen das Kriegsgeschrei eintreten, durch den Inlandsgeheimdienst unter Druck geraten.

### Jenny Farrell: „Kunst und Befreiung“

Jenny Farrell richtete den Blick auf eine andere Sphäre: die Kunst. Sie zeigte anhand von Literatur, Musik und Malerei, wie aufgeklärte Künstler seit der Renaissance – also seit dem Beginn der kapitalistischen Ära – sich der Aufgabe stellen, „auf der Seite des Volkes der Barbarei zu widerstehen“. Kunst werde hier nicht als Dekoration verstanden, sondern als kraftvolle Form des Begreifens und Veränderns der Welt.

Kurz vor Beginn der Messe kam es zu einem Zensurskandal durch die Stadt

Nürnberg. Am Tag vor der Eröffnung teilte die Stadt mit, daß der Veranstaltungstext des Mehring Verlags inakzeptabel sei, und drohte bei Beibehaltung mit dem Verbot dieser Lesung. Der Text des Verlags erwähnte den Völkermord in Gaza und die deutsche Beteiligung an diesen Kriegsverbrechen. Die Gemeinschaft der Verlage auf der Linken Literaturmesse weist dies als Zensur und Angriff auf die Meinungsfreiheit entschieden zurück. Auch wenn der Text geändert werden musste, konnte die Veranstaltung störungsfrei stattfinden.

Die Linke Literaturmesse 2025 hat ihren Anspruch eingelöst: als Ort, an dem Literatur und politische Aktion zusammenfinden, wo Analysen angeboten werden, die weit über den Buchmarkt hinausreichen, und Kultur als Teil linker Praxis verhandelt wird. Sie war kein gemütliches Treffen von Literaturfreunden, sondern eine aufgeladene Plattform – und angesichts zunehmender Militarisierung, Medienkonformität und Einschränkung demokratischer Freiräume auch heißbegehrt. Knapp 2 000 Interessierte fanden den Weg. Auch mit den Veranstaltungen und Standflächen war die Messe am äußersten Rand ihrer Kapazität.

Raphael Fleischer

Unsere Zeit, 7.11.2025

# Kunst und Revolution – ein dialektisches Verhältnis

Jenny Farrells Essaysammlung „Kunst und Befreiung“ bei Neue Impulse erschienen

Das Erscheinen dieses Buches ist für mich ein bißchen wie ein déjà vu, denn meine Mutter verteidigte Ihre Abschlußarbeit für das Lehrerstudium vor ungefähr 60 Jahren zum Thema: „Kunst als Waffe und Scheinwerfer, am Beispiel von Gorkis Werk“. Man ahnt schon, daß diese Ausbildung im anderen Frankfurt stattgefunden hat, in einem Land, indem, bei aller Engstirnigkeit einiger Funktionäre, Kunst nie nur eine Sache von einzelnen, sondern immer eine Sache für alle gewesen ist, weil sie eine spezielle Widerspiegelung der Wirklichkeit darstellt. Und gute Kunst ist nie nur Widerspiegelung, sondern auch immer Anteil- und Parteinahme für oder gegen etwas. Und so ist Kunstrezeption nie nur kontemplativ, sondern kann handlungsanreibend sein, wenn man nicht im Lamoryanten verharren, sondern selbst verändernd tätig sein will. Anders gesprochen: Gute Kunstwerke bewegen Menschen. Friedrich Wolf, Arzt und Schriftsteller, sprach Anfang der 30er Jahre von der „Kunst als Waffe“. Genau das zeigt uns Jenny Farrell mit ihrer Sammlung von Essays aus über neun Jahren ihrer Arbeit anhand von über 60 Beiträgen aus den Bereichen Literatur, Musik und Malerei und Plastik. Ihre marxistische Betrachtungsweise der Kunstwerke ist sicher zu einem Teil ihrer Herkunft und Ausbildung geschuldet, denn wie bemerkte doch der DDR-Philosoph Gottfried Stiehler so trefflich: „Der Mensch ist ein biopsychosoziales Wesen.“ Farrell wuchs in der DDR auf und verdankte ihrem schottischen Vater sowohl die Liebe zur englischen und russischen Sprache als auch eine sozialistische Weltsicht. Folgerichtig studierte sie an der Humboldt-Uni zu Berlin Anglistik und promovierte dort auch. Ab Mitte der 80er Jahre arbeitet sie dann als Hochschullehrerin in Irland. Dort brachte sie ihren Studenten die irische, englische und auch internationale Literatur nahe und versuchte ihnen beizubringen, daß das Verhältnis zur Kunst auch immer ein Verhältnis zum

persönlichen und gesellschaftlichen Leben ist. Von Beginn an beließ sie es nicht bei Vorträgen vor ihren Studenten, sondern engagierte sich vielfältig im Kampf um eine bessere, ausbeutungsfreie Welt. Ihre Hauptwaffe war und ist dabei das Wort. Im Ergebnis entstanden einige Bücher, z.B. über Shakespeare, Keats oder irische Arbeiterprosa sowie dutzende Essays und Artikel sowie Vorträge außerhalb der Lehre. Die Liste, der von ihr im aktuellen Buch porträtierten Künstler ist lang und reicht von der Renaissance bis in die Gegenwart. Das geht von Boccaccio und Chaucer über Georg Weerth, Maxim Gorki, Bert Brecht, Victor Klemperer, Brigitte Reimann, Irma Traut Morgner, Jenny Erpenbeck und Christoph Hein, über Pablo Neruda, Tschingis Aitmatow bis zu James Baldwin, Ngũgĩ wa Thiong'o, José Saramago oder Hang Kang. Die schottische und englische Literatur bekommt ein eigenes Kapitel, das von Shakespeare Burns, Scott und Shelley bis Caryl Churchill, Feministin und Dramatikerin, reicht. Farrell gelingt es, die Schreibenden in ihrer jeweiligen Zeit zu zeigen und deren Bestreben zur Veränderung des Bestehenden trefflich herauszuarbeiten. Bei Boccaccio ist es die Benutzung der Alltagssprache und des Dialektes, kein Kirchenlatein, welches Lesende ausschließt. Gorkis Thema sind die Ärmsten der Armen und die Kraft zur Veränderung, die in ihnen steckt, bis hin zu Churchills eindringlichem Realismus.

## Literatur einmal durch die Kämpfe der Zeit

Ging es in der Renaissance noch darum, durch Aufklärung den antiklerikalen Kampf zu führen, die frühbürgerlichen antifeudalen Kräfte zu stärken, geht es später ums Ganze, um die Befreiung der Arbeitenden selbst. Daß die DDR-Literatur als Spiegel frührealsozialistischen Kampfes gegen äußere und innere „Steine-in-den-Weg-Leger“ bzw. beim Suchen nach dem richtigen nächsten Schritt

sehr wichtig und äußerst hilfreich bei der Analyse des verlorenen Kampfes ist, wissen viele und sie ist deswegen prominent vertreten. Daß der Kampf nicht nur in Europa stattfindet, zeigt Farrell an ausgewählten Beispielen aus Afrika, Asien und Amerika. Farrell gelingt es, die Schreibenden in ihrer jeweiligen Zeit zu zeigen und deren Bestreben zur Veränderung des Bestehenden trefflich herauszuarbeiten. Die Plastizität der Darstellung kennzeichnet ebenso die Beschreibung des musikalischen als auch bildkünstlerischen Schaffens von Beethoven, Chopin, Prokownjew, Schostakowitsch oder Duke Ellington bzw. Paul Robson. Beim Lesen der Zeilen entsteht die Musik im Kopf, das Gewaltige Beethovens, die Leichtigkeit Chopins, das Niederdrückende der Leningrader Sinfonie Schostakowitschs oder auch das Kämpferische Victor Jaras und Paul Robsons. Bei den abbildenden Künstlern reicht die Spanne vom antiklerikalen Hieronymus Bosch über Raffael, Dürer, Holbein, Rembrandt, Caspar David Friedrich bis Käthe Kollwitz, Ernst Barlach, Otto Dix oder Robert Ballagh, dessen Bilder den blutigen Kampf der britischen Unterdrückten in Nordirland zeigen. Diese Essaysammlung ist quasi ein Kompendium kämpfender und kämpferischer Kunst und Künstler der letzten mehr als 500 Jahre. Etliche der im Buch Beschriebenen werden heute vom Mainstream kaum noch erwähnt, denn auch der kapitalistische Kunst- und Kulturbetrieb scheut Aufruhr, Anprangerndes und Revolutionäres wie der Teufel das Weihwasser. Lieber schläft man die Massen mit Unterschichten-TV, Nichtssagendem oder Banalem ein oder hetzt die Armen aufeinander, auf daß sie nicht begreifen, wer ihre wirklichen Peiniger sind. Insofern ist das Buch auch ein Aufruf zum Kampf und sehr lesenswert. Eine klare Empfehlung im Kampf gegen Volksverdummung und für die Weihnachtsgeschenkeliste!

Uli Jeschke

## 2025 nähert sich dem Ende

Vor uns liegt Weihnachten – das Fest des Friedens, der Besinnung und der Familie. Das jedenfalls wünschen sich die Menschen, nicht nur hierzulande, sondern überall auf der Welt. Den Frieden erhalten, das ist das Gebot der Stunde! Angesichts dieser wie nie zuvor bedrohten Existenz der gesamten Menschheit versichern wir: Auch 2026 wird der RF wie bisher verlässlich Kurs halten!

Unsere guten Wünsche verbinden wir mit einem Dank an alle, die dem „RotFuchs“ die Treue halten, Dank allen „Altgedienten, allen neu Hinzugekommenen, die uns helfen, den RF zu verbreiten und neue Leser zu gewinnen. Dank allen, die den RF mit ihrer Spende, mit Leserbriefen oder Beiträgen unterstützen. Dank sagen wir den Genossen und Freunden, die regelmäßig dafür sorgen, daß jeder Abonnent das Heft Monat für Monat in seinem Briefkasten findet.

Am Vorabend des Neuen Jahres wünschen wir allen Leserinnen und Lesern, allen Freunden sowie den Mitgliedern des Fördervereins und den bewährten Kampfgenossen in den zahlreichen Regionalgruppen von ganzem Herzen alles Gute, Gesundheit, Mut und Kraft für 2026.

Redaktion und Vorstand



# Kreuzzug gegen den Kommunismus

## Antiimperialismus als Klassenkampf im Weltmaßstab: Peter Hacks, die Kunst und das höchste Stadium des Kapitalismus

Für Peter Hacks waren Kunst und Kommunismus unlösbar verbunden. Die Aufgabe von Kunst sei „von ihrer besonderen gesellschaftlichen Stelle“ aus der „vollkommene Mensch“. Der „Kommunismus“ sei „am Horizont, seit es eine Kunst gibt. Und wo angemessen über Kunst gedacht wird, wird über Kommunismus gedacht“.

Auf seinen Boden stellt sich Hacks: „Bekanntlich unterscheiden die Kommunisten sich von den Schwarmgeistern dadurch, daß sie über den Tag der Revolution hinaus zu denken vermögen.“ Sie begnügten sich nicht damit, „die bürgerliche Gesellschaft abzuschaffen; sie haben vielmehr im Sinn, die sozialistische und nach der die kommunistische Gesellschaft herzustellen“.

Das 20. Jahrhundert ist für Hacks der Gegensatz von Imperialismus und Sozialismus. Der Kapitalismus sei mit dem Ersten Weltkrieg ans Ende seiner Zivilisationskraft gekommen. Als „verkehrte Welt der Ausbeuter“ verpönte er „den Erdball“.

1914 ist für den Sozialismus entscheidend: „Zusammenbruch der II. Internationale. Das Ende des Friedens, das war leicht abzusehen, würde die bisherige Welt beschädigen. Das Ende des Sozialismus aber würde die künftige Welt vernichten.“ Vor der sozialdemokratischen Zustimmung zu den Kriegskrediten sei „die menschliche Gesellschaft scheinbar in Ordnung“ gewesen. „In allen Ländern der Welt“ marxistische Sozialdemokratien, „im Zunehmen begriffen“ und „über die Grenzen hinweg zusammengeschlossen. Sie vertraten beides, die Arbeiterklasse und die Weltvernunft, und es galt für sicher, daß sie demnächst den Imperialismus überwinden und den Kommunismus in Europa einführen würden“.

Aber dann: „Das Finanzkapital schickte sich daran, zehn Millionen Menschen umzubringen, und die Sozialdemokraten stimmten dafür.“ Der „Fachname für diese wunderbare Selbstauflösung des organisierten Proletariats: „Opportunismus“. Seine Verkörperung ist Eduard Bernstein, der „linke Militarismus“ bloß seine „Erscheinungsform“, sein „Wesen“ die „Abschaffung der marxistischen Gesellschaftslehre und die Durchsetzung bürgerlicher Denkgewohnheiten und Wertvorstellungen“.

1917 folgt die Zäsur, die den Sozialismus zum Leben erweckt: „Drei Jahre nach dem völligen Abhandenkommen des Sozialismus von der Erdoberfläche“ habe „die Russische Revolution“ stattgefunden. „Wieder ein Jahr drauf“ habe „die

Kommunistische Partei Deutschlands“ beschlossen, „daß man fortan mit ihr sollte zu rechnen haben“. Es sind Lenin, Trotzki, Kollontai, die Kautsky und Co. im Westen vorhalten: Wären wir nicht gewesen, läget ihr immer noch in den Schützengräben.

Die erste siegreiche proletarische Revolution ist für Hacks alles entscheidend. Ein „Sechstel der Erde“ wird rot. Der Marxismus wandert in die Welt. Die Oktoberrevolution inspiriert nicht nur die sozialen Antikriegsrevolutionen im Westen. Ohne sie wäre auch nie die 1921 gegründete KP Chinas im marxistischen Geist entstanden. Ohne den Sieg der Chinesischen Revolution 1949 wäre der Marxismus weder Staatsideologie in einem Drittel der Erde noch Inspirationsquelle für Revolutionsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika geworden. Kurz, die Oktoberrevolution stand Pate für die Globalisierung der Ideen von Marx und Engels.

Mao Tse-tung war überzeugt: Jede nationale Befreiungsbewegung vom Imperialismus sei seither gezwungen, sich in die proletarische Weltrevolution einzureihen. Es gebe keinen Platz mehr für beschränkte bürgerliche Revolutionen. Das denkt auch Hacks: Der „Epochenwiderspruch“ sei der zwischen Weltrevolution und „Weltgegenrevolution“. Die deutsche Spaltung interpretiert er als eine der Klassen: in der BRD-Kapitalherrschaft, also „Diktatur der Bourgeoisie“; in der DDR Volkseigentum, also Diktatur des Proletariats. Der Imperialismus ist die Form der Konterrevolution auf zwischenstaatlicher Ebene.

Hacks sagt von sich: „Ich habe als Kind, in einer antifaschistischen Familie, den Imperialismus in seinem ausgedrücktesten Zustand, dem Nazismus, kennengelernt.“ Die postfaschistische Elitenkontinuität füge sich gut ein: „Eine imperialistische Regierung ohne Mörder wäre ein Adler ohne Klauen.“ Die Bundesrepublik erscheint nicht als bloße Rechtsnachfolgerin des Faschismus, sondern als Kontinuität seines „Kreuzzugs gegen den Kommunismus“.

Die Vorstellung von der Friedensfähigkeit des Imperialismus verweist Hacks ins Reich der Illusionen. Bürgerliche Außenpolitik ist für ihn notwendigerweise Macht und Gewalt. Das Völkerrecht sei der Versuch, die „Begierden“ von „Staaten und Monopolen“ durch ein „Rechtsverhältnis“ zu regeln. An dieses habe „sich im Ernst noch keiner gehalten. Schon ein innerer Frieden kann anders nicht gedacht werden als bei

vergesellschaftetem Eigentum und unter der Bedingung eines überquellenden Erzeugungsreichtums ... Ein äußerer Frieden gar sei nur „möglich unter der Bedingung des Weltsozialismus und des Weltüberflusses“.

Antiimperialismus ist Klassenkampf im Weltmaßstab. Sein Ziel: die Erweiterung des Blocks des Weltproletariats als Element der Weltrevolution. Die „Möglichkeit ihrer Durchführung“ rechtfertige sie. Die Gewalt sei „ein mögliches Mittel“, aber „ein unerfreuliches“. Die „Mittel der Revolution“ würden „diejenigen ihrer Gegner in Rechnung ziehen müssen“. Fest stehe aber, „daß die Revolution nie Ursache hat, gewalttätiger zu sein als ihre Gegner, und daß sie es nie sein wird“. Die klassenlose Gesellschaft sei „kein Endzustand“, sondern mit ihr fange „die menschliche Geschichte ja erst an“.

Der eurokommunistische Weg, den Biermann, der „Eduard Bernstein des Tingtangel“, der DDR vorschlägt, erscheint Hacks als Weg zur Wiedereinführung „eine[r] imperialistische[n] Wirtschaft und Herrschaft“. Zur Konvergenztheorie sagt er: „Gewiß ist die Vorstellung, man könne die Vorzüge des Sozialismus mit den paar noch übrigen Vorzügen des Imperialismus verbinden, angenehm.“ Aber: „Es ist der Wunsch nach einem schokoladenen Leninismus, und ein Lenin, der aus Schokolade wäre, würde schnell schmelzen.“

1989 wird die Grenze zum Imperialismus geöffnet. Anhand der Französischen Revolution von 1789 bespricht Hacks die Konterrevolution von 1989. Die Revolution als solche mache „in keinem ihrer vielen Zustände ein schönes Bild“, aber sie habe „tatsächlich nichts Neues gebracht, nur eine neue Epoche“. Hacks verteidigt weiter die Diktatur des Proletariats als notwendig, verbunden mit der Warnung vor der „ungeheuren Tyrannei ... der parlamentarischen Demokratie“ als „die Befehlsgewalt der Kammermehrheit“. „Von allen Herrschaftsformen“ sei „die Oligokratie die schlechteste, und von allen Oligokratien die schlechteste“ sei „die Befehlsgewalt der Kammermehrheit“. „Wenn ein Volk Brot essen will, sollte es vermeiden, liberal zu fühlen.“

Ingar Soltys

Kurzfassung von Ingar Soltys Vortrag für die Peter-Hacks-Tagung am 1. November in Berlin

Quelle: Neues Deutschland, 1.11.2025

# „RotFuchs“-Veranstaltungen im Dezember

## ■ Regionalgruppe Magdeburg

**Am Dienstag, dem 9. Dezember, um 16.30 Uhr:**  
**Besinnlicher Jahresausklang. Rückblick und Gedankenaustausch zu Veranstaltungsthemen 2026**

**Ort:** Begegnungsstätte „Pik ASZ“,  
Leipziger Straße 43, 39120

## ■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

**Am Sonnabend, dem 13. Dezember, um 10 Uhr:**  
**Besuch der Ausstellung „DIE NELKENREVOLUTION-  
Chronik eines Aufbruchs zu Freiheit, Fortschritt  
und Demokratie“ – Austausch zu den anticolonial-  
Befreiungsbewegungen der 70er Jahre.**

Die Ausstellung widmet sich den revolutionären Ereignissen in Portugal und zeigt Fotografien und Plakate des DDR-Reporters Klaus Steiniger.

**Ort:** Universitätsbibliothek, Straße der Nationen 33,  
0911 Chemnitz

## ■ Regionalgruppe Dresden

**Am Sonnabend, dem 13. Dezember, um 10 Uhr**  
spricht **Wolfgang Schumann** zum Thema: **Imperialismus heute – unterschiedliche Auffassungen unter Linken**

**Ort:** „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26,  
01809 Heidenau

## ■ Regionalgruppe Bernau

**Am Sonnabend, dem 13. Dezember, um 15.00 Uhr:**  
**Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Bernau und Umgebung**

**Ort:** Saal3, Treff 23, Breitscheidstraße 43 A,  
16321 Bernau bei Berlin

## ■ Regionalgruppe Halle

**Am Dienstag, dem 16. Dezember, um 15 Uhr** spricht der Militärhistoriker und Buchautor Dr. Lothar Schröter zum Thema: **Der Ukraine-Krieg. Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO – die andere Sicht.**

**Ort:** Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

## ■ Regionalgruppe Strausberg

**Am Donnerstag, dem 18. Dezember, um 15 Uhr**  
spricht Dr. Uwe Behrens zu seinem neuen Buch **„Chinas Gegenentwurf auf dem Weg in die Zukunft“ – Erkenntnisse und Erfahrungen aus 5000km Rundreise durch China**

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität,  
Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

## ■ Regionalgruppe Leipzig

**Am Donnerstag, dem 18. Dezember, um 18 Uhr:**  
**Mitgliederversammlung und gemeinsamer Jahresabschluß 2025 „RotFuchs“ und Marxistisches Forum**

**Ort:** Liebknecht-Haus, Braustraße 15, 04107 Leipzig

## ■ Regionalgruppe Rostock

**Am Sonnabend, dem 20. Dezember, um 10 Uhr:**  
**Weihnachtstreffen** mit Kultur und Stollen; Liedermacherin Bea sorgt für die richtige Stimmung und Raum für ein kleines literarisches Programm zu Kuba (Kurt Barthel)

**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität,  
Etkar-André-Straße 53 A,  
18069 Rostock-Reuthersagen

Unser Geburtstagsgruß geht an

## Hans-Otto Grude

zu seinem 75. Geburtstag am  
10. Dezember.

Lieber Hans, seit mehr als drei Jahren führst Du die Regionalgruppe Halle des „RotFuchs“-Fördervereins. Mit Deinem Leitungskollektiv kannst Du auf ein erfolgreiches Wirken blicken. Die organisierten Bildungsveranstaltungen sind Anziehungspunkt für viele Linke. Sie vermitteln Wissen für eine selbständige Meinungsbildung und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Wir bedanken uns bei Dir und wünschen weiterhin Freude und Gesundheit.

**Redaktion und Vorstand**



## „RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

**Für den Bezug des RF  
als Printausgabe  
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30  
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung  
per E-Mail:**

**vertrieb@rotfuchs.net**

Zum 75. Geburtstag am 26. Dezember  
gratulieren wir unserer Mitstreiterin

## Ingrid Matwejew

Liebe Ingrid, von Anbeginn der Vereinsgründung gehörst Du zu den aktiven Mitgliedern. In der Revisionskommission und im Versandkollektiv leistest Du Deinen Beitrag. Wir wünschen Dir ein glückliches neues Lebensjahr und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

**Redaktion und Vorstand**

## Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Dezember!

### Zum 97. Geburtstag

Werner Herzig (Altenbrak) am 16. Dezember

### Zum 96. Geburtstag

Dr. Rosemarie Buhr (Berlin) am 12. Dezember

### Zum 92. Geburtstag

Dieter Ament (Dabel) am 13. Dezember

### Zum 91. Geburtstag

Hans-Dieter Kunze (Dresden) am 11. Dezember  
Bernhard Werner (Berlin) am 12. Dezember  
Hans-Peter Höffer (Rostock) am 16. Dezember

### Zum 90. Geburtstag

Klaus Baunack (Berlin) am 2. Dezember  
Dr. Günther Müller (Unterwellenborn) am 11. Dezember

### Zum 85. Geburtstag

Dr. Elli-Marie Simon (Neustrelitz) am 11. Dezember

### Zum 80. Geburtstag

Bernd Gutte (Görlitz) am 26. Dezember  
Lothar Nätebusch (Königs Wusterhausen) am 26. Dezember

### Zum 75. Geburtstag

Michael Räthel (Nersingen) am 6. Dezember  
Vivian Metzger (Berlin) am 11. Dezember  
Jürgen Czekalla (Cottbus) am 21. Dezember  
Bernhard Schwarz (Berlin) am 22. Dezember

### Zum 70. Geburtstag

Lutz Fischer (Wardow) am 13. Dezember

**Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.**



### Rückschlag für Friedensbemühungen im Ukraine-Konflikt

In den vergangenen Wochen führten die Staatschefs Rußlands und der USA eine Reihe von Telefongesprächen, wobei Trump beim vorläufig letzten ein kurzfristiges Treffen in der ungarischen Hauptstadt vorschlug, dem Putin zustimmte. Eine Woche später sagte Trump das Treffen wieder ab, weil er den Eindruck hatte, daß das gewünschte Ziel nicht erreicht werden würde. Trumps sporadische Wechsel in seinen Entscheidungen sind zwar schon so etwas wie sein Markenzeichen geworden, verdecken aber die Differenzen, sowohl in seiner Regierung, als auch im Land. Die Befürworter des Krieges in der Ukraine sind nicht nur die Demokraten, sondern auch republikanische Senatoren und Mitglieder seiner Regierung, wie z.B. der Außenminister oder der Finanzminister. Letzterer setzte gleich nach Trumps Absage des Treffens Sanktionen gegen russische Erdölunternehmen Lukoil und Rosneft in Kraft. Betroffen sind auch 28 Tochtergesellschaften von Rosneft und sechs Tochtergesellschaften von Lukoil. Die Absage des Treffens und die Sanktionen lösten Jubel vor allem in der EU aus, die am gleichen Tag ihr 19. Sanktionspaket gegen Rußland verabschiedet hatte. Die Ankündigung des Treffens hatte zuvor die europäischen Krieger in helle Aufregung versetzt und Aktivitäten zu dessen Verhinderung ausgelöst.

Die EU ist an einem Frieden nicht interessiert, da ihr die Gewinne der Rüstungsindustrie wichtiger sind als jegliche Friedensbemühungen. Da es nicht gelungen ist, Rußland zu isolieren oder zu besiegen, ist die EU zu einer Politik der Militarisierung übergegangen.

Trump's Entscheidungen sind also nicht so souverän, sondern haben auch mit dem Druck äußerer Kräfte zu tun. Sanktionen gegen russisches Öl und Gas liegen aber auch in seinem Interesse, da die amerikanischen Exporte in der Welt dominieren sollen.

Putin bezeichnete die Sanktionen als einen „unfreundlichen Schritt“, der die

Beziehungen zwischen Rußland und den USA nicht fördere, gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß Verhandlungen ohne Druck wieder möglich werden.

Sich auf die Hoffnungen des Westens beziehend, bemerkte der slowakische Präsident Fico, daß ein Russe nur niederkniet, wenn er sich die Schuhe zubindet.

Horst Neumann, Bad Kleinen

### Nicht Rußland ist der Aggressor

In einem Leserbrief einer hiesigen Lokalzeitung las ich: „Der Ukraine-Krieg ist eine Katastrophe für Rußland, die Ukraine und Europa.“ Dem muß man zustimmen. Was danach allerdings an Argumenten herangezogen wurde, um Rußland als den Aggressor zu verurteilen, entspricht nicht den Tatsachen, auch nicht den historischen Fakten. Es sind Lügen und nicht bewiesene Unterstellungen.

Weder Putin noch ein anderer russischer Politiker hat je behauptet, daß sie die ganze Ukraine erobern wollen und danach sogar noch andere europäische Staaten zu überfallen gedenken. Noch bösser ist die Unterstellung, wie Rußland im Sieg mit ukrainischen Offizieren umgehen würde, die man angeblich alle massakrieren wolle. Die Einseitigkeit in der Argumentation zu Rußlands Verhalten im Ukraine-Krieg kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich keiner der Leserbriefschreiber die Mühe gemacht hat, sich mit der Vorgeschichte zu befassen. Schon gar nicht thematisiert einer die über 30 Kriege der USA und ihrer NATO-Willigen seit 1945. Diese Kriege haben weitaus mehr zivile Menschenleben gekostet als der Krieg in der Ukraine bisher. Besonders tragisch finde ich den Umgang mit Libyen. Dieses Land kann ich aus eigenem Erleben beurteilen. Seine wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften kamen dem Volk zugute. Dummerweise glaubte Ghaddafi den Versprechungen des Westens und gab freiwillig seine Waffen ab. Das war sein Todesurteil und das seines Landes. Wenn man nun allerorten im Westen die Ukraine und seinen Protagonisten Selensky als demokratischen Superhelden hofiert, stellt sich doch die Frage, wie demokratisch kann eine Wahl gewesen sein, die mit fünf Milliarden Dollar durch eine fremde Macht in die gewünschte Richtung gebracht wird? Will man sich heute ehrlich und objektiv mit der Situation in der Ukraine und dem Handeln Rußlands auseinandersetzen, wäre es sinnvoll, folgende Fragen zu stellen und zu diskutieren: Erstens: Rußland ist freiwillig mit tausenden von Soldaten aus Deutschland abgezogen. Die Amerikaner sind mit ihren Atomraketen geblieben! Warum? Zweitens: Putin hat vorgeschlagen, Rußland in die NATO aufzunehmen. Das wurde abgelehnt! Warum? Drittens: Putin hat die Schaffung einer

Friedenszone von Lissabon bis Wladivostok angeregt! Darauf ist im Westen keiner eingegangen! Warum? Viertens: Der Ukraine-Krieg hätte im Frühjahr 2022 beendet sein können. Es lag ein von Rußland und der Ukraine erarbeiteter und bestätigter Vertrag vor. Außer der Krim hätte die Ukraine alle ihre Gebiete behalten. Der Vertrag wurde vom Westen vom Tisch gefegt! Warum? Fünftens: Rußland will keinen Waffenstillstand, sondern einen Friedensvertrag. Es will ein neutrales natowaffenfreies Land an seiner Grenze. Kann man das verstehen? Bei einer ehrlichen Beantwortung dieser Fragen durch verantwortliche Politiker wäre der Krieg kurzfristig beendet. Eines sollten alle Entscheidungsträger verstanden haben – 2025 ist nicht 1989/90 und auch nicht 2022!

Ralf Kaestner, Bützow

### „Nein, meine Söhne geb' ich nicht ...“!

Ein knappes Jahr bin ich nun schon Eure Leserin. Heute will ich Euch einfach sagen, wie froh ich bin, Eure Zeitschrift im Internet entdeckt zu haben. Es tut gut zu wissen, daß es Leute wie Euch gibt, die noch selbständig denken können und sich trauen, ihre Meinung offen zu sagen. In den fremdgesteuerten Medien muß ich leider immer sehr schnell den Ein- und Ausschaltknopf drücken. Der Regierung der BRD, treuester USA- und NATO-Vasall, kann es gar nicht schnell genug gehen, unser Land in den Abgrund zu steuern. Jetzt will Bundeskanzler Merz, gemeinsam mit seinem hirnlosen, verbrecherischen Gefolge, selbst ohne Trump keinen Fußbreit von seinem Kriegsplan ablassen.

Vor Rußland habe ich keine Angst, was soll denn Präsident Putin mit dem NATO-ferngesteuerten Europa, allen voran den haßerfüllten, rassistischen Deutschen anfangen? Rußland braucht uns nicht. Und will uns nicht. Nein. Umgekehrt wird eher ein Schuh draus: Merz, Pistorius, Rutte, Kiese-wetter, Flak-Zimmermann, Nouripour, diese Verbrecher-Bande will Tag für Tag Rußland provozieren und zu gerne zum dritten Mal angreifen. Einmal muß es uns doch gelingen, meinen sie, dieses Riesenland zu unterwerfen und auszubeuten. „Rußland wird für immer unser Feind bleiben“, das war der erste Satz des neuen Außenministers Wade-phul. Wie dumm und anmaßend muß man sein, sich vorzustellen, man könnte gegen eine Atommacht gewinnen. Merkwürdig, im Falle Israel galt immer die Parole „Staatsräson“. Denn die deutschen Faschisten haben sechs Millionen Juden umgebracht. Welch ein großes Verbrechen! Die Deutschen haben allein im 2. Weltkrieg aber auch 27 Millionen Russen umgebracht. Da gilt die Staatsräson nicht? Was für eine unbegreifliche, unverständliche Doppelmoral! Die „goldene Milliarde“, so nennt Putin den selbsternannten „wertebasierten Westen“.

Die USA-NATO-Hegemonie beutet schon mehr als ein Jahrhundert die übrige Welt (immerhin sieben Milliarden) aus, hat zahllose Kriege und Regime-Wechsel in allen Teilen der Welt provoziert und angezettelt. Hat die ISS-Plage erst stark gemacht. Hat überall Not und Elend, verbrannte Erde und flüchtende Menschen hinterlassen. Für diese Verbrecherbande gilt kein Völkerrecht. Ich bin ein alter Mensch und werde leider deren Niedergang nicht mehr erleben. Wie ein verletztes Raubtier hetzt, kratzt und beißt die Bande jetzt mit allen Mitteln um sich.

Jetzt sollen meine Söhne, Enkel und Urenkel dieses Hegemonie-Konstrukt mit ihrem Leben verteidigen? Und die Trumps, Merze, Klingbeile, Pistoliusse, Rheinmetaller mit ihren Sofa-Generälen sacken die Gewinne ein? Da sage ich mit Reinhard May: „Meine Söhne und Enkel geb' ich nicht ...“

Eines verstehe ich nicht: Warum lassen wir diese Kriegspläne zu? Warum gehen wir nicht auf die Straße und sagen NEIN. Warum schweigen die „Lämmer“?

Macht bitte weiter. Wir brauchen Euch sehr. Auf das Konto von RotFuchs habe ich eine Spende überwiesen.

**Ingrid Großel, Falkenstein**

### **Zweifelhafte Amtsführung**

Schon die Vorgängerin des derzeitigen Außenministers wollte Rußland „ruinieren“. Für normale Diplomatie mit diesem Land hatte sie keinen Draht. Der jetzt amtierende Außenminister Wadephul ist noch schlimmer: „Rußland wird immer unser Feind bleiben.“ Wie kann er das Wort „unser“ in den Mund nehmen? Wie kann er sich anmaßen, hier für alle zu sprechen? Mein Feind ist Rußland niemals, und da bin ich nicht allein. Was sind das heute nur für Köpfe, die keine Visionen haben bzw. nur verderbliche? Napoleon hat sich an/in Rußland mächtig die Füße verbrannt. Deutschland und Rußland haben ihn gemeinsam besiegt. Bismarcks Vision (von 1859 bis 1862 selbst in Petersburg) forderte: Keine Konfrontation mit diesem Land! 1887 schloß er den „Rückversicherungsvertrag“ mit dem Zaren ab. Der junge Kaiser Wilhelm II. führte einen „Neuen Kurs“ in der deutschen Außenpolitik ein, der Nachfolger Bismarcks, Caprivi (ab 1890) verlängerte diesen Vertrag nicht mehr. Auch das war ein Grund, der zum 1. Weltkrieg führte. Der Rapallo-Vertrag vom April 1922 war ein deutsch-sowjetisches Abkommen über die Wiederaufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen nach dem 1. Weltkrieg. Auch das war ein Grund für den Mord an Rathenau.

Warum waren solche Initiativen nicht nach dem Ende des Kalten Krieges möglich? Heute gibt es in dieser leider sehr schnelllebigen Zeit kaum Visionen, weil am nächsten Tag schon wieder alles anders sein

kann. Aber ohne positive Visionen geht es nicht, sonst werden nur die egoistischen Interessen dieses einen Prozents der Bevölkerung (sogenannte Elite im Finanz-, Wirtschaftsbereich, MIK) brutal mit aller Gewalt durchgesetzt. Und das Volk muß bezahlen, mit Steuern und im Ernstfall mit dem Leben. Was hat das mit Demokratie zu tun?

Putin wurde 2001 im Bundestag für seine Visionen gefeiert, auch auf den Sicherheitskonferenzen in München trug er seine Gedanken vor. Warum wurden diese vom „Wertewesten“ nicht angenommen? Wie schon gesagt, Kapitalismus und Demokratie sind unvereinbar. Der Kapitalismus versteht nur Gewinn in möglichst ungeahnten Höhen. Im Frieden macht die Rüstungsindustrie keinen Gewinn – also braucht man einen Feind, und der muß Rußland sein, weil bestimmte konservative Kreise den Sieg der Sowjetunion über Nazideutschland nicht akzeptieren wollen. Es werden ja nur noch die Westalliierten als Sieger zugelassen. Heute will sich keiner mehr daran erinnern, daß die BRD noch nach der sogenannten Wende gut mit Rußland zusammengearbeitet hat. Seit Jahren heißt es nun, man hätte sich von Putin blenden lassen, man hätte seine verbrecherische Politik dahinter nicht erkannt. Was für ein horrender Blödsinn! Von Wadephul ist scheinbar nicht zu erwarten, daß er von „seiner“ Vision „Rußland wird immer unser Feind bleiben“, abrückt, aber sind nun 80 Millionen Bundesbürger dazu verdammt, nur weil er sich mit Rußland nicht verständigen will, in einem möglichen Atomkrieg unterzugehen? Nur weil möglicherweise für ihn alle Russen „Untermenschen“ sind? Man sollte bitte nie vergessen, daß die russische Kultur - Malerei, Musik, Ballett, Literatur, Baukunst - zur Weltkultur gehört, die von Untermenschen sicher nicht erbracht werden kann.

Wehret den Anfängen! Solche, wie die derzeitigen deutschen Politiker, die vor allem über das Verhältnis zu Rußland entscheiden, haben auf der politischen Bühne nichts zu suchen!

**Wolfgang Mengel, Stralsund**

### **Satire noch erlaubt?**

Der Russe ist immer noch nicht da. Womit wir aber bombardiert werden, sind immer neue Angriffstermine. Kann man sich da nicht mal einig werden?

Nun ist es bis Weihnachten nicht mehr lange hin, weshalb ich den Pfarrern einen guten Rat geben möchte:

Wenn sie in ihren Weihnachtspredigten an die Stelle kommen, an der von einem großen Stern oder Licht im Osten die Rede ist, dann sollten sie bitte ihren Gemeinden gleich erklären, daß es sich dabei nicht um russische Drohnen handelt. Sonst könnte es passieren, daß die Gläubigen aufgrund

der aufgeheizten Stimmung sofort aus den Kirchen flüchten.

Da wir uns aber nicht verrückt machen lassen, bleiben wir gelassen.

In diesem Sinne allen schöne Feiertage und ein gutes 2026!

**Wolfgang Seibt, Wettenberg**

### **Worin besteht die „Sache der Gewerkschaften“?**

In den Schweizer Monatsheften „Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur Gesellschaft“ schrieb 1971/1972 Werner Schollenberger, unter dem Titel „Die Proportionen der Wahrheit“ u.a. folgendes: „Aktive Gewerkschafter kennen das Wortgebilde ‚Heißer Herbst‘ schon über Jahrzehnte. Als ein Michael Sommer noch DGB-Vorsitzender war und in Stuttgart zu Beginn der zweitausender Jahre auf großen Kundgebungen sprach, wurde der ‚Heiße Herbst‘ versprochen. Am Ende waren es immer die Gewerkschaftsführer, die dafür sorgten, daß es nie wirklich heiß und kämpferisch werden konnte. Wie auch, wenn sich Gewerkschaften dem Solidarpakt mit dem Kapital verbunden fühlen wollen. Kapital und Arbeit in solidarischem Bündnis, wie kann das letztlich immer nur ausgehen? Man sollte sich in den Gewerkschaftsführungsetagen einmal die Mühe machen und Bilanz dieses Bündnisses ziehen, mal aufrechnen, worauf Gewerkschaften in wenigen Jahrzehnten bereits verzichtet haben, sich nehmen lassen haben, wo und welche Zugeständnisse gemacht wurden, soziale Leistungen geopfert wurden und alles das angeblich, um Arbeitsplätze zu sichern, um konkurrenzfähig zu sein, um dem Kapital maximale Profitabilität zu garantieren. Kann das Sache der Gewerkschaften sein, der sogenannten Arbeitnehmer, die nichts nehmen, aber mit ihrer Arbeitskraft immer mehr geben als sie dem Kapital wert sind? Was anderes, als diese Tatsache eines unerläßlichen Klassenkampfes spiegelt sich immer dramatischer, drastischer im Gegensatz zwischen Reichtum und Armut, zwischen Arbeitenden und Besitzenden, Ausbeutern und Ausgebeuteten. Wie kann es heute die Sache der Gewerkschaften sein, nun auch noch für die Kriegs- und Rüstungspolitik der Regierenden, für explodierende Profite der Kriegskonzerne sozialen Verzicht hinzunehmen? Kommunale Daseinsfürsorge der Kriegswirtschaft opfern, das war und ist nie im Interesse der Völker, der Bevölkerung und der arbeitenden Klassen. Kapital – Krisen – Kriege sind Klassenfragen, keine moralischen, ethischen, patriotischen oder Fragen von Feindbildern.

Gewerkschafter aus dem Raum Rems-Murr, Ludwigsburg haben den richtigen roten Faden wieder aufgenommen und wollen als rote Gewerkschaften die Machtfrage wieder stellen und nicht in



Solidarität mit dem Kapital von heißem Herbst sich selbst und der Arbeiterschaft etwas vormachen. Was könnte heute wichtiger und notwendiger sein, als allen emotionalen, moralischen Klagen und Kritiken die ökonomischen Wahrheiten, Tatsachen, den Ausbeutungsmechanismus des Kapitals wieder bewußt werden zu lassen?

**Roland Winkler, Aue**

### **Der Holocaust und die Verantwortung für Genozid und Vertreibung in Gaza**

Am 7. Oktober 2023 sind unter Führung der Hamas Völkerrechtsverbrechen begangen worden, indem Zivilisten getötet sowie solche als Geiseln genommen wurden. Es gibt kein Recht, das dies rechtfertigt. Aber es gibt eine von ungleich größeren Verbrechen begleitete Vorgeschichte, welche die Verbrechen der Hamas als eine darauf beruhende Reaktion erklärt. Gaza war bekannt als das „größte Freiluftgefängnis“ der Welt, Palästina als das wohl am längsten umkämpfte Gebiet nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Palästinenser sind als ein Volk in aller Welt bekannt, dessen fehlende Staatlichkeit, also ihre von Israel verursachte Staatenlosigkeit, lediglich durch eine UNRWA-Nummer ersetzt wurde, die ihnen eine „Fluchtidentität“ geben sollte; ohne diese Nummer sind Palästinenser weithin rechtlos in vielerlei Sinn.

Es gibt in der Welt Staaten, denen gegenüber zurecht und völkerrechtlich legal mit UN-Sanktionen reagiert wird, wegen der diktatorischen Machthaber und des von diesen ausgehenden Unrechts gegen Menschen. Es gibt in der Welt keine Verbrechen gegen Menschen einer Volkszugehörigkeit, welche so offensichtlich sind, wie in Palästina. Und trotzdem gibt es keinerlei UN-Sanktionen gegen die verantwortlichen Politiker in Israel oder gegen Israel schlechthin.

Juden haben jederzeit und überall ihr Existenzrecht, daran darf es nie auch nur den Hauch eines Zweifels geben. Dagegen haben israelische Zionisten kein Recht, die Ausrufung von Israel als „jüdischen Staat“ von 1948, die lediglich als erster Schritt bei einer Staatsbildung zu sehen ist, gegen das Existenzrecht der Palästinenser in Palästina einzusetzen. Die Heimat der Palästinenser wurde durch die englischen Kolonialisten ohne jegliche Rechtsgrundlage den von Zionisten geführten Juden als sogenannte „Heimstätte“ versprochen, was über diverse, teils rechtswidrige Wege sowie über dubiose und verbrecherische Mittel hin zur Ausrufung von Israel führte, einem Staat, der bis heute ohne Verfassung und definiertem Staatsvolk ist. Ein eklatanter, sehr oft gar nicht gesehener Fakt dabei ist, die Vereinnahmung aller nichtreligiöser Juden durch Unterwerfung in einen fundamental-religiösen

Staat nichtsäkularer Art, den jüdisch-religiösen Staat Israel.

Im Zusammenhang mit der Ausrufung und in deren Folge sind hunderttausende Palästinenser, inzwischen bis heute mehrere Millionen, aus ihrer hunderte Jahre von ihnen besiedelten Heimat vertrieben worden, soweit sie nicht im Rahmen der unzähligen Massaker, Militäraktionen, Kriege und Besatzungsterror umgebracht wurden. Dieses Unrecht ist durch immer weitere, für die Palästinenser verheerende, Aktionen Israels bis heute fortgesetzt worden. Neokoloniale Siedlerpolitik mit Vertreibung, jüdisch-nationalistisches Recht zum Nachteil der Palästinenser innerhalb Israels sowie Fortsetzung der Schikanen und Entrechtung der Menschen in den teils besetzten, teils belagerten oder eben eingemauerten Gebieten sind dabei die Methoden der verbrecherischen Zionisten, die bis heute Israel beherrschen. Alles das ist wissenschaftlich dokumentiert.

Die offen erklärten Ziele, also Vertreibung durch Vernichtung der Existenzgrundlagen zur endgültigen Landnahme durch jüdische Israelis, stehen ganz offen weiter auf der Tagesordnung israelischer Politik. Diese Politik wird vorbehaltlos durch die deutschen Eliten in Regierungen und auch in etlichen Teilen des „oppositionellen“ sonstigen deutschen Establishments mitgetragen, also direkt oder indirekt unterstützt.

**Renato Lorenz, Berlin**

### **Willi Sitte und die DDR-Kunst**

Danke für den interessanten Beitrag zum Schaffen Willi Sittes von Martina Dost in der November-Ausgabe des „RotFuchs“. Es ist wohl kaum zu erwarten, daß das Werk dieses hervorragenden Künstlers der DDR in dieser Bundesrepublik eine besondere Würdigung oder Aufmerksamkeit zu seinem Jubiläum oder überhaupt zu seinem Gesamtwerk erfährt.

Ich erinnere mich an ein Treffen zwischen Kulturschaffenden der DDR und der UdSSR in der Botschaft der DDR in Moskau. Es muß Anfang der 70er Jahre gewesen sein. Eine Delegation von Vorsitzenden verschiedener Künstlerverbände unter Leitung von Politbüro-Mitglied Kurt Hager traf sich mit ihren sowjetischen Partnern. Zur Begrüßung versammelte man sich im Empfangsraum der Botschaft. Dort hing als Leihgabe der Dresdener Gemädegalerie schon seit langer Zeit ein Werk Canalettos mit seinem berühmten Dresden-Blick. Dazu waren in letzter Zeit einige Originale von Mattheuer gekommen. Während der lockeren Gesprächsatmosphäre meinte einer der sowjetischen Gäste, zu Hager gewandt und auf den Canaletto zeigend, sinngemäß, das sei doch, im Vergleich zu den

neuen Bildern, noch wahre Kunst. Hager reagierte mit Blick auf Willi Sitte, den Präsidenten des Verbandes Bildender Künstler der DDR: „Auf solche Fragen können nur Spezialisten antworten.“ Sitte schaute sich lächelnd den Canaletto an und meinte, das einzige, was dieses Bild mit der DDR zu tun hat ist, daß es ihr gehört und Dresden darauf zu sehen ist. Die Botschaft sei aber nicht die Botschaft Sachsens oder August des Starken. Deshalb sei es sicher verständlich, dort auch Bilder und Kunst von Künstlern der DDR zu zeigen.

Auf diese scherzhafte, aber doch deutliche Art konnte auch über sehr unterschiedliche Kunstauffassungen gesprochen werden. Ich finde, in den mir bekannten Gemälden und Zeichnungen Willi Sittes spiegelt sich sowohl seine Lebenserfahrung, seine politische Haltung, Meinung und Hoffnung wider. Etwas, was man bei vielen Künstlern der Gegenwart und deren oft sehr dekorativen Kunstauffassung wohl vergeblich sucht oder findet.

**Franz Tallowitz, Saterland**

### **80 Jahre Bodenreform**

Der Kommunist Bernhard Quandt gilt im Kreis Güstrow und darüber hinaus als Vater der Bodenreform. Am 27. September 1945 fuhr Bernhard Quandt mit vier Pastoren nach Bredentin und führte die Bodenreform durch. Die Pastoren deshalb, weil er erfahren hatte, daß die dortigen katholischen Umsiedler aus Oberschlesien, kein fremdes Eigentum annehmen wollten. Mit Hilfe der Pastoren konnte er sie überzeugen. Im damaligen Kreis Güstrow wurden 164 Güter aufgeteilt und damit die politische Elite auf dem Lande, die größtenteils treu zum Nazifaschismus stand, enteignet. Das Land erhielten Flüchtlinge, Landarbeiter und Kleinbauern. Die Bodenreform half, die große Anzahl der Flüchtlinge und armen Dorfbevölkerung zu ernähren und die Landwirtschaft in der SBZ in Gang zu bringen. Nach 1990 kamen die von Maltzahns voller Tatendrang zurück und wollten ihre ehemaligen Besitztümer zurück. 1994 rissen Alteigentümer den Bodenreformgedenkestein in Bredentin nieder und versenkten ihn. Bernd von Maltzahn und weitere Alteigentümer vom „Hilfsfonds für die Opfer der stalinistischen Bodenreform“ triumphierten. Doch die Bauern stellten den Stein mit dem Credo der Bodenreform „Junkerland in Bauernhand“ und den Inschriften von Bernhard Quandt und Superintendent Sibrand Siegert wieder auf. Ein Großteil des Bodenreformlandes ist heute wieder Junkerland. Mit den LPG und VEG verschwanden auch ihre sozialen und kommunalen Wirkungen aus den Dörfern.

**Wilfried Schubert, Güstrow**





**Hände weg von Venezuela! Protest vor einer US-Luftwaffenbasis in Tucson, Arizona, am 11. November**

## I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

### Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

### Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0157 - 524 461 43  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

**Layout:** Hinkelsteindruck, soz. GmbH  
**Herstellung:** Evertz Berlin Papier GmbH

**Internet:** www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für das Januar-Heft**  
**ist der 28.11.2025.**

ISSN (Print) 2628-7900  
ISSN (Online) 2628-7897

### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Martin Baraki  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Dr. h.c. Gerhard Giese  
Georges Hallermayer  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Dr. Ralf Hohmann  
Lutz Jahoda  
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke  
Dr. Hans-Jürgen Joseph  
Prof. Dr. Anton Latzo  
Dr. Holger Michael  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)  
Hans Schoenefeldt  
Dr. Joachim Seider  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

### Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes  
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

### Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30  
vertrieb@rotfuchs.net

### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73  
WDockhorn@t-online.de

### Finanzen:

Gabriele Parakeninks  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Mail: parakeninks@rotfuchs.net  
Tel. 0151/68 51 51 56

### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.